

Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2026/2027



Inhalt

Wohnen.....	1
Mobilität/ Verkehr	22
Soziales	37
Vielfalt	65
Klima, Umwelt, Energie	80
Kinder, Jugend, Schule	91
Stadtentwicklung, Quartiersmanagement	124
Antirassismus, Demokratie, Migration	129
Kultur.....	152
Transparenz, Beteiligung, Digitales	205
Feuerwehr	214
Tierschutz, Artenschutz	231
Pflege, Gesundheit.....	237
Sport, Bäder	260
Stadt als Arbeitgeberin	267
Umverteilung, Einnahmeverbesserungen.....	314

Gesamt: 172 Anträge

Wohnen



Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Sicherung der DRK Wohnberatung

Wir beantragen:

- Zur Sicherung der DRK Wohnberatung die Weiterbewilligung der Förderung ab 2027 in Höhe von jährlich 110.000 €

Begründung:

Seit über 20 Jahren ist das Deutsche Rote Kreuz (DRK) Kreisverband Stuttgart e.V. Träger der Wohnberatungsstelle der Stadt Stuttgart. Dieses Angebot hat sich zu einer unverzichtbaren, niedrighschwelligen und neutralen Beratungsstelle für alle Bürger*innen entwickelt, die ihr häusliches Umfeld altersgerecht, behinderten- gerecht oder präventiv anpassen möchten. Aktuell ist die Wohnberatung durch eine jährliche Förderung der Landeshauptstadt Stuttgart sowie eine Komplementärförderung der Pflegekasse abgesichert. Die Fördersumme der Stadt Stuttgart für 2025 beträgt 110.000 €, der Zuschuss der Pflegekasse 20.000 €. Sollte die städtische Förderung ab 2027 entfallen, kann auch die Komplementärförderung der Pflegekasse nicht mehr beantragt werden – die Fortführung der DRK-Wohnberatung wäre damit akut gefährdet. Die DRK Wohnberatung Stuttgart bietet Hausbesuche, telefonische Beratungen, offene Sprechstunden sowie Führungen in der barrierefreien Musterwohnung des KVJS an, berät Betroffene, Angehörige, gesetzliche Betreuer, städtische Beratungsstellen, Baugenossenschaften, Pflegedienste, Selbsthilfegruppen und Unternehmen, leistet aktive Öffentlichkeitsarbeit durch Vorträge, Informationsstände und praxisorientierte Formate wie den Rollstuhlparcours beim Tag der offenen Tür im Rathaus und wird durch ein interdisziplinäres Team aus drei Hauptamtlichen (2 VK) und rund 20 qualifizierten Ehrenamtlichen getragen – darunter Architekt*innen, Bauingenieur*innen, Techniker*innen, Sozialpädagog*innen, Psycholog*innen und Betriebswirt*innen. Die Wohnberatung Stuttgart leistet einen nachhaltigen Beitrag zur Daseinsvorsorge in unserer Stadt. Sie wirkt dem Pflegenotstand und dem Mangel an barrierefreiem Wohnraum entgegen, unterstützt die Umsetzung von Gemeinderatsbeschlüssen wie Age Friendly City Stuttgart (2022) und Quartier 2030, entlastet die städtischen Pflegestützpunkte und Beratungsstellen, trägt dazu bei, dass Zuschüsse und Fördermittel zielgerichtet und wirtschaftlich eingesetzt werden, vermeidet Pflegeheimkosten, ermöglicht Pflege im häuslichen Umfeld, fördert Selbstständigkeit und Teilhabe im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention und stärkt das bürgerschaftliche Engagement – ein Ehrenamtlicher der Wohnberatung wurden 2023 als Stuttgarter des Jahres ausgezeichnet. Die DRK Wohnberatung Stuttgart ist landesweit Vorbild und bietet als einziger Träger in

Baden-Württemberg die Grundausbildung für ehrenamtliche Wohnberater*innen an. Dieses Schulungsangebot wird von zahl-reichen DRK-Kreisverbänden, vom VdK, von Caritasverbänden, Landratsämtern, Städten und Pflegestützpunkten genutzt.

Ein Wegfall der Förderung hätte weitreichende Konsequenzen: den Verlust von zwei Vollzeitstellen (aktuell von drei Personen besetzt), das Wegbrechen des ehrenamtlichen Netzwerks von 20 Personen und letztlich die Schließung eines bundesweit anerkannten Vorzeigeprojekts.

Die Nachfrage nach neutraler, fachkundiger und bezahlbarer Wohnberatung steigt stetig – insbesondere mit Blick auf den demografischen Wandel und die angespannte Situation auf dem Pflege- und Wohnungsmarkt. Sollte es die DRK Wohnberatung Stuttgart nicht mehr geben, stellt sich die Frage: An wen können sich die Menschen künftig wenden? Wer fängt den steigenden Bedarf auf?

Wohnberatung ist für eine Landeshauptstadt wie Stuttgart kein Zusatzangebot, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil einer zukunftsorientierten Sozial- und Wohnungspolitik.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027: 110.000€	2027:
2028: 110.000€	2028:
2029: 110.000€	2029:
2030: 110.000€	2030:

Teilhaushalt: 500

Gez.

Johanna Tiarks	Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzende)	(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Innenentwicklungs-Turbo: EnBW Areal am Stöckach, Potenzialanalyse Wohnen und Büroleerstand zur Schaffung von bezahlbaren Wohnungen nutzen – Rosensteinabteilung dafür einsetzen.

Wir beantragen:

- Zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum werden ab sofort personelle Ressourcen und die notwendigen Sachmittel für folgende Projekte eingesetzt: Die Umsetzung der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) auf dem EnBW Areal am Stöckach (Hackstraße), hier können unverzüglich 800 Wohneinheiten geschaffen werden. Zudem werden die kleinteiligen Projekte aus der Potenzialanalyse Wohnen systematisch umgesetzt sowie der Büroleerstand in leistbare Mietwohnungen umgewandelt. Exemplarisch sei hier der Leerstand auf dem ehemaligen W&W Areal am Feuersee genannt.
- Deckungsvorschlag: Die Abteilung städtebauliche Planung Rosenstein (61-10), die Abteilung Koordination S21/Rosenstein und Zukunftsprojekte (L/OB-RZ) und die Abteilung Kommunikation Rosenstein (L/OB K6) widmet sich ab sofort der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf dem Stöckach Areal, nach der Potenzialanalyse Wohnen und zur Umnutzung von Büroleerstand in leistbare Mietwohnungen.

Kosten: dieser Antrag ist kostenneutral

Begründung:

Das Rosensteinareal kann nur auf denjenigen Flächen bebaut werden, auf denen heute keine Gleise liegen – mit Ausnahme von Teilen des heutigen Abstellbahnhofs. Die Erschließungskosten für das Rosensteinareal liegen allein schon bei einer Milliarde Euro. Der Kaufpreis für die S21-Grundstücke liegt bei knapp 460 Mio. Euro. Dazu kommen die Kosten für die Beseitigung von Altlasten, die derzeit nicht beziffert werden können. Allein aus diesen Rahmenbedingungen ist abzulesen, dass im Rosensteinviertel keine einzige bezahlbare Wohnung entstehen wird.

Auf dem Stöckach-Areal hingegen können 800 Wohnungen – größtenteils im Bestand – entwickelt werden – und im Gegensatz zum Rosensteinquartier unverzüglich. Ähnlich verhält es sich mit der Potenzialanalyse Wohnen – hier sind 19 000 Wohneinheiten durch

Nachverdichtung bzw. Innenverdichtung zu schaffen. Zudem können leerstehende Büroräume (exemplarisch sei hier das ehemalige W&W Areal am Feuersee genannt) in bezahlbaren Mietwohnraum umgewandelt werden.

Für das EnBW-Areal am Stöckach liegt ein mit der Mehrheit des Gemeinderats eingebrachter Antrag (Nr. 0401/2025 AN) auf eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme, der auch 209 Tage nach Einreichung weder erkennbar bearbeitet, noch auch nur ansatzweise umgesetzt wurde.

Wenn das Personal in der Abteilung Rosenstein für das EnBW Areal Stöckach, die Potenzialanalyse Wohnen und den Büroleerstand eingesetzt werden würde, könnten dort unmittelbar bezahlbare Wohnungen entstehen, anstelle von Luftschlössern auf dem Rosensteinareal.

Gez.

Hannes Rockenbauch	Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzender)	(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Erhöhung des Zuschusses für Fachberatungsstellen und Tagesstätten der Wohnungsnotfallhilfe (trägerübergreifende)

Wir beantragen:

- Eine trägerübergreifende Erhöhung des Zuschusses für die Fachberatungsstellen und Tagesstätten der Wohnungsnotfallhilfe der Träger Ambulante Hilfe e. V., Caritasverband für Stuttgart e. V., Evangelische Gesellschaft Stuttgart e. V., Sozialdienst katholischer Frauen e. V. und Sozialberatung Stuttgart e. V. zu bewilligen und zur Verbesserung der bestehenden Förderung Mittel i.H.v. 309.200 EUR/ Jahr zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Die derzeitige Finanzierung der Fachberatungsstellen und Tagesstätten der Wohnungsnotfallhilfe basiert auf den Beschlüssen zur Umsetzung der örtlichen/überörtlichen Zuständigkeiten aus dem Jahr 2001. Die Grundlage für die Betriebskostenzuschüsse der Tagesstätte sind die Beschlüsse des Sozialausschusses und Jugendhilfeausschusses aus den Jahren 1995 und 2001. (GRDRs 617/1995 und 546/2001). Insbesondere die Sachkostenpauschalen wurden seit 2014 nicht mehr angepasst, obwohl die laufenden Betriebs- und Infrastrukturkosten seither deutlich gestiegen sind.

Zudem haben sich die Anforderungen an die Einrichtungen erhöht – sowohl durch komplexere Bedarfe der Nutzer*innen als auch durch steigende Fallzahlen. Die bisherige Finanzierung deckt diese Entwicklungen nicht mehr ab.

Mit der Bewilligung des trägerübergreifenden Antrags werden in Anlehnung an das Städtische Rundschreiben „Kosten eines Arbeitsplatzes“ die Personal- und Sachkostenpauschalen für Fachkräfte in den Fachberatungsstellen um 1.323 EUR/VZÄ/Jahr, für Fachkräfte in den Tagesstätten um 6.591 EUR/VZÄ/Jahr und für die Wirtschaftskräfte in Tagesstätten um 14.636 EUR/VZÄ/Jahr angehoben. Darüber hinaus werden erstmals 50 % der Betriebskosten (Miete, Mietnebenkosten und Reinigungskosten) der Fachberatungsstellen sowie eine 60% Ausbildungspauschale für Duale Student*innen übernommen. Die Erhöhung des Zuschusses stellt eine überfällige Anpassung an die in den letzten Jahren gestiegenen Kosten dar und sichert den Bestand sowie die Qualität der Angebote langfristig.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 309.200€	2026:
2027: 309.200 €	2027:
2028: 309.200€	2028:
2029: 309.200€	2029:
2030: 309.200€	2030:

Teilhaushalt: 500 Amt für Soziales und Teilhabe

Gez.

Johanna Tiarks	Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzende)	(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Erfrierungsschutz für Kinder und Familien

Wir beantragen:

- Die Weiterbewilligung des Erfrierungsschutzes für Kinder und Familien in voller Höhe. Dafür werden für den Doppelhaushalt 2026/2027 insgesamt 635.000 Euro benötigt

Begründung:

Seit 2023 gibt es in den Wintermonaten einen Erfrierungs-Schutz für Kinder. Hier werden obdachlose Familien aufgenommen, die keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Angesichts des hohen Bedarfs an diesem Angebot und einem zunächst kleinen Bestandsgebäude (15 Plätze), wurde bereits ab Frühjahr 2024 mittlerweile erfolgreich nach einem neuen Gebäude gesucht, welches jetzt 56 Plätze bietet. Aus dem Geschäftsbericht des Amtes für Soziales und Teilhabe ist der hohe Bedarf bereits im ersten Winter des Angebots ersichtlich: Insgesamt 52 Personen benötigten von 28.12.2023 bis 30.04.2024 einen Erfrierungs-Schutz. Darunter waren 10 Kinder unter 4 Jahre, 9 Kinder zwischen 5 und 10 Jahre sowie 10 Kinder zwischen 11 und 17 Jahre.

Sowohl das Fehlen von Wohnraum als auch die Situation von Kindern in Wohnungslosigkeit ohne Zugang zu Bildung stellen keine kindgerechten Bedingungen zum Aufwachsen dar. Hinzu kommt eine zunehmende Verelendung von Kindern und ihren Eltern je länger diese Lebensbedingungen anhalten. Notübernachtungsangebote für akut obdachlose Erwachsene sind nicht kindgerecht und nicht geeignet für eine Unterbringung von Familien mit Kindern.

Angesichts der nachgewiesenen Bedarfe an einem Erfrierungsschutz für Kinder und Familien sowie das Fehlen an alternativen Angeboten, sehen wir das vollumfängliche Fortführen des Angebots für unabdingbar. Es darf nicht an den schwächsten unserer Gesellschaft gekürzt werden. Besonders Kinder und Jugendliche müssen - vor dem Hintergrund der UN-Kinderrechtskonvention und aufgrund der §§ 1 und 3 Polizeigesetz (PolG) mit der abgeleiteten Verpflichtung zur ordnungsrechtlichen Unterbringung - unter einem besonderen Schutz stehen!

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 263.000 €	2026:
2027: 372.000€	2027:
2028: 372.000€	2028:
2029: 372.000€	2029:
2030: 372.000€	2030:

Teilhaushalt: 500 Amt für Soziales und Teilhabe

Gez.

Johanna Tiarks	Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzende)	(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Wohngeldanträge –Bearbeitungszeit drastisch reduzieren

Wir beantragen:

Die Verwaltung legt dar, welche personellen wie finanziellen Mittel notwendig sind, um die derzeit übliche Bearbeitungszeit von Wohngeldanträgen in Stuttgart von 12 bis 14 Monaten auf höchstens drei Monate zu reduzieren.

Begründung:

Die letzte Reform des Wohngeldgesetzes hat den Kreis der Antragsberechtigten nahezu verdreifacht. Im Jahr 2021 hatten noch 3.565 Haushalte Stuttgart Wohngeld bezogen. Durch das Wohngeld Plus haben ab 2023 ca. 10.000 Haushalte Anspruch auf Wohngeld. Diese Situation führt zu längeren Wartezeiten für die Beantwortung von Wohngeldanträgen. Bereits in den Stuttgarter Zeitung 13.11.2023 „Wartezeit aufs Wohngeld derzeit verdoppelt“ oder Blättle-West Dez. 2023/ Jan. 2024 „Wohngeldstelle-West: zwei bis drei Monate Wartezeit“ wurde über die problematische Situation berichtet. Lange Wartezeiten führen für viele Antragstellende zu ernststen sozialen Notlagen, die insbesondere in Zeiten von Inflation eine zusätzliche Belastung ist.

Hinzu kommt, dass uns Nachrichten erreichen, dass Eltern, die eigentlich Anspruch auf eine Erlassung der Kitagebühren haben, diese nicht bekamen. Dies lag daran, dass dafür die Bonuskarte bis Ende Februar im Kindergarten vorgelegt werden muss. Diese bekommt man aber nur, wenn man den Wohngeldberechtigungsschein hat. Welchen man wiederum jedes Jahr aufs Neue beantragen muss. Wenn dieser Prozess schon zu Beginn nicht funktioniert, werden gerade Stuttgarter:innen mit weniger Geld finanziell großen Belastungen ausgesetzt. Hinzu kommt, dass auch die Sozialtickets in diesem Zusammenhang gesehen werden müssen. Und damit wird noch zusätzlich die Mobilität eingeschränkt.

Hier hat die Stadt Stuttgart eine besondere Verantwortung gegenüber den Stuttgarter:innen mit wenig Geld. Die Wohngeldstellen in den Bezirksämtern müssen personell deutlich besser ausgestattet werden, da sich die Fallzahlen verdreifacht haben. Hierzu wollen wir bis zu den anstehenden Beratungen zum Doppelhaushalt 2026/2027 wissen, welche personellen wie finanziellen Mittel es braucht, um die Wartezeiten für das Wohngeld auf höchstens drei Monate zu verkürzen.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 150

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Statistisches Landesamt kaufen

Wir beantragen:

Den Kauf des ehemaligen Statistischen Landesamtes, dem Erwin-Schoettle-Platz, die dafür notwendige Summe von 28.3 Millionen ist in den Finanzhaushalt 2026 einzustellen.

Begründung:

Das Gebäude muss schnell aktiviert werden, der Verfall nimmt zu und steigert die Investitionskosten für eine schnelle Aktivierung des Gebäudes, bis hin zur Unwirtschaftlichkeit. schnelles Handeln ist geboten!

Durch den aktuellen Leerstand wird das Umfeld nachhaltig negativ beeinflusst und widerspricht dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept Stuttgart, in dem die Böblingerstr. als D-Zentrum definiert ist. Das Ladensterben in der direkten Umgebung ist bereits jetzt spürbar und es könnte mit einem solchen Projekt entgegengewirkt werden und das städtische Konzept umgesetzt werden.

Da die LEA-Prüfung für das Gebäude abgeschlossen ist, steht diese einem sofortigen Kauf durch die Stadt NICHT MEHR im Wege. Das Projekt könnte sofort beginnen!

Die Initiative solidarische Nachbarschaft Schoettle-Areal will durch Investitionspartner:innen die Betriebs- und Umbaukosten selber akquirieren und spart der Stadt aktiv Kosten und Arbeit.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026: 28,3 Millionen €
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 610

Gez.

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Housing first erhalten

Wir beantragen:

für die abschließende Projektphase in den Jahren 2026 und 2027 von Housing First in geteilter Trägerschaft (Ambulante Hilfe e. V., Caritasverband für Stuttgart e.V., Evangelische Gesellschaft Stuttgart e. V., Sozialberatung Stuttgart e. V.) Personalressourcen in folgendem Umfang: 1 VZÄ Wohnraumakquise, 1,5 VZÄ Soziale Arbeit und 2 VZÄ Wohnhelfende sowie ein Budget für Programm-, Sach- und Raumkosten.

Begründung:

Das Modellprojekt Housing First Stuttgart (2022–2025) hat den Ansatz erfolgreich eingeführt. In der abschließenden Phase sollen die gewonnenen Erkenntnisse flächendeckend in die Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe integriert werden.

Die Evaluation des Gesamtsystems der Wohnungsnotfallhilfe durch FOGS zeigt, dass der Fokus stärker auf dem Zugang zu eigenem Wohnraum gelegt werden muss, da der Wohnungsmarkt in Stuttgart für die Zielgruppe stark begrenzt ist. Langfristig sollte eine eindeutigere Trennung von Wohnraum und Hilfsangeboten etabliert werden, mit der frühzeitigen Vermittlung in eigenen Wohnraum als zentrales Prinzip.

Für die abschließende Projektphase in den Jahren 2026 und 2027 sind folgende Ziele festgelegt:

1. Von der Zuwendungsfinanzierung zur Finanzierung nach § 67 SGB XII ff.

Die Finanzierung von Housing First soll zukünftig zum größten Teil durch die Bereitstellung von Mitteln im Rahmen der Einzelfallfinanzierung nach § 67 SGB XII ff erfolgen. Hierzu müssen gemeinsam neue Verfahren erprobt werden. Die Klärung der Finanzierung und eine entsprechende Anpassung des Hilfeplanverfahrens sind die Grundlage dafür, den Ansatz in die Fläche zu bringen.

2. Strategische Weiterentwicklung der Wohnraumakquise

Einer der Schlüssel zur erfolgreichen Umsetzung des Housing-First-Ansatzes ist die Wohnraumakquise, da ohne passenden, bezahlbaren Wohnraum kein Housing First möglich ist. Erfolgreiche Kooperationen mit Wohnungsunternehmen müssen fortgeführt und ausgebaut werden. Darüber hinaus soll erneut geprüft werden, wie Privatvermietende

gewonnen werden können und welche Anreize bzw. Sicherheiten an dieser Stelle notwendig sind, um Housing First nachhaltig zu etablieren.

3. Bildung von Kooperationsstrukturen

Neben Housing First gibt es in Stuttgart weitere Angebote, die den Übergang in eigenen Wohnraum unterstützen. Diese unterschiedlichen Initiativen, wie WERTvoller Wohnraum, Garantiewohnen und WohnenPlus, sollten sich vernetzen. Ziel ist es, die Anstrengungen zu bündeln, Synergieeffekte zu nutzen und die Zahl der akquirierten Wohnungen zu maximieren sowie passgenau zu vermitteln.

4. Klärung der Finanzierung und Ausbau der wohnbegleitenden Hilfen

Innerhalb der ersten Projektphase hat sich das multiprofessionelle Team aus Akquise, Sozialarbeit und Wohnhelfer*innen (Menschen mit einer hauswirtschaftlichen und/oder handwerklichen Ausbildung) bewährt. Dabei wurde mit den Stellen der Wohnhelfer*innen eine bislang bestehende Lücke im System geschlossen. Es ist zu klären, wie die wohnbegleitenden Hilfen dauerhaft zu finanzieren sind und wo die Wohnhelfenden verortet werden. Um den Bedarf an wohnbegleitenden Hilfen decken zu können, soll in Kooperation mit der Sozialverwaltung nach und nach ein Pool an Engagierten aufgebaut werden, um das Angebot in die Fläche zu bringen.

Der Gesamtmittelbedarf in 2026 und 2027 für die o.g. Personalressourcen beträgt 388.400 EUR/ Jahr.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 388 400€	2026:
2027: 388 400€	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 500

Gez.

Johanna Tiarks (Fraktionsvorsitzende)	Hannes Rockenbach (Fraktionsvorsitzender)
--	--

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff:

Projekt Azubi Wohnen: Sicherung der Ressourcen für Bezahlbaren Wohnraum für Azubis

Wir beantragen:

- Für die Umsetzung weiterer bezahlbaren Wohneinheiten für Auszubildende Mittel in Höhe von 340.000€ im Jahr 2026 und 235.000€ im Jahr 2027.

Begründung:

Die erfolgreiche Gewinnung von Auszubildenden und die Bindung dieses qualifizierten Fachpersonals für die Stadtverwaltung ist einer der wichtigsten Bausteine der öffentlichen Arbeitgeber*innen bei der Personalgewinnung und –erhaltung. So ist insbesondere in Stuttgart, wo bezahlbarer Wohnraum besonders für junge Menschen in Ausbildung ein rares Gut ist, das Wohnungsangebot seitens des Arbeitgebers für Auszubildende oft ausschlaggebend für die Begründung des Ausbildungsverhältnisses.

Das Haupt- und Personalamt konnte den Prozess der Vermittlung von Wohnungen für Mitarbeitende schrittweise aufbauen und dabei insbesondere auch seit 2022 16 WG-Zimmer für Auszubildende in der Robert-Koch-Straße 21 zur Verfügung stellen. Trotz dieses Erfolges ist der Bedarf an weiteren Wohneinheiten für Auszubildende, die überdies für eine Person im Ausbildungsverhältnis bezahlbar sind, weitaus höher und liegt derzeit bei insgesamt 75 Wohnplätzen für alle städtischen Auszubildenden. Um diesen Hohen Bedarf decken zu können, werden dringend weitere Ressourcen benötigt.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 340.000€

2026:

2027: 235.000 €

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt:

Gez.

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Zusatzantrag Anteilige kommunale Förderung der Mietkosten der Zentralen Fachberatungsstelle für wohnungslose Frauen

Wir beantragen:

- für die Zentrale Fachberatungsstelle für wohnungslose Frauen eine anteilige kommunale Förderung für den Gebäudeaufwand von 50% in Höhe von 40.750 Euro für das Jahr 2026 und 2027.

Begründung:

Der gemeinsame Antrag der Träger auf Erhöhung der kommunalen Regelförderung zur Förderung der Fachberatungsstellen und Tagesstätten sieht erstmalig eine anteilige kommunale Förderung der Mietkosten der Fachberatungsstellen vor. In Abstimmung mit dem Amt für Soziales und Teilhabe beinhaltet der Antrag eine Förderung von 50% der tatsächlichen Miet- und Mietnebenkosten sowie einen festgelegten Pauschalbetrag für Reinigung in Höhe von 80 Euro je qm² und Jahr. Zum Zeitpunkt der Antragstellung war nicht bekannt, dass die bis dato mietfreie Nutzung der Räume der zentralen Beratungsstelle für wohnungslosen Frauen zu einem abzuschließenden Mietvertrag und Mietzins umgewandelt wird. Daher wird die anteilige kommunale Förderung der Miet-, Mietnebenkosten und Reinigungskosten für die Zentralen Fachberatungsstelle für wohnungslose Frauen nun gesondert in einem Zusatzantrag gemeinsamen Abtrag der Träger beantragt. Entsprechend der aktuell tatsächlich genutzten Bürofläche der Zentralen Fachberatung für wohnungslose Frauen von insgesamt 250qm² ergeben sich Mietkosten, Mietnebenkosten und Reinigungskosten in Höhe von insgesamt 81.500 Euro.

Der gesamte Antrag der Träger auf Erhöhung der kommunalen Regelförderung zur Förderung der Fachberatungsstellen und Tagesstätten für wohnungslose Menschen sowie der Zusatzantrag auf anteilige kommunale Förderung der Mietkosten der Fachberatungsstelle für wohnungslose Frauen sind für die Träger von besonderer Bedeutung, um die Eigenmittel an den Angeboten von über 30% zu reduzieren und somit die Angebote für wohnungslose Menschen aufrecht erhalten zu können.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 20.375€	2026:
2027: 20.375€	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 500 Amt für Soziales und Teilhabe

Gez.

Johanna Tiarks	Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzende)	(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Förderprogramm barrierefreies und altersgerechtes Wohnen in voller Höhe weiterführen**Wir beantragen:**

- im Förderprogramm für barrierefreies und altersgerechtes Wohnen keine Kürzungen vorzunehmen.
- Weiterhin soll im Förderprogramm die Förderung von Menschen mit BonusCard (bisher maximal 7000 €) der Förderung von Menschen ohne BonusCard (bisher 10 000 €) mindestens gleichgestellt werden, da Menschen mit BonusCard deutlich geringere finanzielle Ressourcen haben.

Begründung:

Die Landeshauptstadt Stuttgart ist gesetzlich verpflichtet, die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) umzusetzen. Dies wird durch das Rechtsgutachten der Monitoring-Stelle UN-BRK „UN-BRK kommunal“ (April 2024) bestätigt. Darin wird dargelegt, dass die Vorgaben der UN-BRK uneingeschränkt für alle staatlichen Ebenen gelten – einschließlich der Kommunen. So zählen gemäß Art. 1 Abs. 3 und Art. 20 Abs. 3 GG auch Kommunen zur staatlichen Gewalt und sind daher verpflichtet, die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten. Sie haben entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Ziele der Konvention auf lokaler Ebene umzusetzen.

Altersgerechtes und barrierefreies Wohnen ist ein Baustein zur Umsetzung der UN-BRK.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 33 000 €

2026:

2027: 33 000 €

2027:

2028: 33 000 €

2028:

2029: 33 000 €

2029:

2030: 33 000 €

2030:

Teilhaushalt:

810

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Mobilität/ Verkehr



Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Barrierefreie Bushaltestellen umsetzen statt einsparen – gesetzliche Pflichtaufgabe

Wir beantragen:

- Die von der Verwaltungsspitze geplante Einsparung von jährlich 500 000 Euro für die gesetzliche Pflichtaufgabe barrierefreie Bushaltestellen wird nicht umgesetzt. Der Umbau hin zur Barrierefreiheit wird forciert und umgehend abgeschlossen.
-

Begründung:

Die Pauschale für barrierefreie Bushaltestellen soll in den Jahren 2026 und 2027 um jeweils 500 000 Euro reduziert werden. Das Tiefbauamt begründet die Reduzierung des Budgets in der Mitteilungsvorlage 0983/2025 MV wie folgt: „Budget wird erst in Folgejahren benötigt“. Dabei ignoriert die Verwaltungsspitze, dass es sich hier um eine gesetzliche Pflichtaufgabe handelt. Das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) hat nach § 8 Abs. 3 Satz 3 eine klare Vorgabe formuliert: "Der Nahverkehrsplan hat die Belange der in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkten Menschen mit dem Ziel zu berücksichtigen, für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs bis zum 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen." Da Stuttgart dieser gesetzlichen Vorgabe bereits seit fast vier Jahren hinterherhinkt, kann man das Budget jetzt nicht einfach mit der lapidaren Begründung nahezu halbieren, man benötige das Budget erst in den Folgejahren. Die notwendigen Personal- und Sachmittel müssen jetzt bereitgestellt werden, damit diese gesetzliche Pflichtaufgabe zumindest innerhalb der nächsten drei Jahre umgesetzt werden kann. Ein weiteres Verzögern bei diesen Pflichtaufgaben ist nicht akzeptabel.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 500 000 €	2026:
2027: 500 000 €	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

660 Tiefbauamt

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Fußverkehr stärken – beim Autoverkehr sparen

Wir beantragen:

- Keine Streichung bei der Pauschale Fußverkehrskonzept (je 600 000 Euro für die Jahre 2026 und 2027)
- Keine Streichung der Pauschale Fußverkehr, Hauptfußwegrouten (je 800 000 Euro für die Jahre 2026 und 2027)
- Deckungsvorschlag: Die 2,8 Mio. Euro für die Jahre 2026 und 2027 werden jeweils aus dem Budget für den Autoverkehr (z.B. Straßenunterhaltung) finanziert.

Begründung:

Eine Reduzierung der Maßnahmen im Fußverkehr ist für uns nicht hinnehmbar. Allein für die Jahre 2026 und 2027 sollen pro Jahr 1,4 Mio. Euro eingespart werden. Wenn man sich vor Augen hält, dass bei der Straßenunterhaltung im gleichen Zeitraum gerade einmal 800 000 Euro eingespart werden sollen, zeigt das einmal mehr, wo die Prioritäten der Verwaltungsspitze liegen.

Wir wollen Geld umverteilen vom Autoverkehr in den Fuß- und Radverkehr. Das hat den Vorteil, dass Einsparungen bei der Straßenunterhaltung zu weniger Baustellen und damit weniger Staus im Stadtgebiet führen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

660 Tiefbauamt

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Keine Kürzungen beim Radverkehr – Anti-Stau-Programm für den Autoverkehr

Wir beantragen:

- Die Pauschale Radwege im THH des Tiefbauamts, die für die Jahre 2026 und 2027 Kürzungen in Höhe von 1,5 Mio. Euro vorsieht, wird nicht umgesetzt. Alle radverkehrspolitischen Maßnahmen werden im gewohnten Umfang weitergeführt.
- Die Pauschale „Straßenunterhaltung“ im THH des Tiefbauamts wird um weitere 1,5 Mio. Euro gekürzt. Damit werden Baustellen vermieden und es entstehen in den kommenden zwei Jahren weniger Staus.

Begründung:

Im Februar 2019 hat der Gemeinderat mehrheitlich den Radentscheid beschlossen (Antrag Nr. Nr. 76/2019). Vorausgegangen war ein Bürgerbegehren, bei dem über 35 000 Unterschriften gesammelt wurden. Damit wurde ein klares Signal aus der Bürger*innenschaft und der Mehrheit des Gemeinderats gesetzt, dass Stuttgart zu einer „echten Fahrradstadt“ werden soll. Hier passen Kürzungen von 1,5 Mio. Euro pro Jahr in Sachen Radverkehr so gar nicht ins Bild.

Wenn man sich vor Augen hält, dass bei der Straßenunterhaltung im gleichen Zeitraum gerade einmal 800 000 Euro eingespart werden sollen, zeigt das einmal mehr, wo die Prioritäten der Verwaltungsspitze liegen.

Wir wollen Geld umverteilen, vom Autoverkehr zum Radverkehr. Das hat den Vorteil, dass Einsparungen bei der Straßenunterhaltung zu weniger Baustellen führen und damit weniger Staus im Stadtgebiet.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

660 Tiefbauamt

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Kein Geld für den Klimakiller Flughafen – 105 Mio. Euro im Jahr 2028 sparen!

Wir beantragen:

- Die Streichung der geplanten Kapitaleinlage für die Stuttgarter Flughafen, 1. Teilbetrag Kapitaleinlage STRzero in Höhe von 105 Mio. Euro im Jahr 2028.

Begründung:

Angesichts der dringend notwendigen Reduktion von CO₂-Emissionen, können in Deutschland nicht mehr als zwei Flughäfen betrieben werden. Dabei wird es wohl auf die Flughäfen Berlin und Frankfurt hinauslaufen. Letzterer ist heute schon per Bahn in einer Fahrzeit von 75 Minuten erreichbar. Mit der Schließung des Flughafens wären 400 Hektar bereits versiegelte Fläche für Städtebau mit ICE Anschluss frei. Beim Projekt Stuttgart 21 sind es im Vergleich dazu lediglich 80 Hektar. Selbst wenn die Stadt Stuttgart entsprechend ihrer Anteile an der Flughafengesellschaft lediglich 30 Prozent der insgesamt 400 Hektar, für ein eigenes Stadtentwicklungsprojekt bekommen würde, wäre dies immer noch erheblich.

Der Versuch, den Betrieb des Flughafens mit dreistelligen Millionenbeträgen klimaneutral machen zu wollen ist nicht sinnvoll, da der Stuttgarter Flughafen für die Einhaltung der internationalen Klimaziele geschlossen werden muss. Damit ließen sich dreistellige Millionenbeträge sparen, die in effektiven Klimaschutz (wie z.B. Gebäudesanierung) investiert werden können.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028: -105 Mio. €	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

900 Allgemeine Finanzwirtschaft

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Olgaeck dauerhaft sicher machen

Wir beantragen:

- Ein Budget in Höhe von 5 Mio. Euro für Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit am Olgaeck für den Fuß- und Radverkehr.

Begründung:

Nach dem tödlichen Unfall Am Olgaeck im Mai 2025 wurde Tempo 30 angeordnet und eine Expertenkommission damit beauftragt, Verbesserungsvorschläge für mehr Verkehrssicherheit zu erarbeiten. Wir wollen, dass diese Vorschläge noch im laufenden Doppelhaushalt umgesetzt werden und deshalb beantragen wir ein Budget von 5 Mio. Euro im Haushalt einzuplanen, damit die Schulwegesicherheit gewährleistet werden kann, mehr Platz für den Fußverkehr an der U-Bahn-Haltestelle Olgaeck geschaffen werden kann und mehr Platz für den Fahrradverkehr entstehen kann.

Damit greifen wir zentrale Forderungen des 63. Deutschen Verkehrsgerichtstags auf: „Ausreichende Flächen für den Fußverkehr bereit zu stellen, durchgängige und barrierefreie Fußwegenetze zu errichten und dabei einen sicheren und selbsterklärenden Verkehrsraum zu schaffen, sichere Querungen dort, wo offenkundiger Bedarf dafür besteht, einzurichten (...)“.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026: 2 Mio. €
2027:	2027: 3 Mio. €
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

610 Amt für Stadtplanung und Wohnen

660 Tiefbauamt

Gez.

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Verkehrsberuhigung Gablenberger Hauptstraße und Schmalzmarkt

Wir beantragen:

- Die Gablenberger Hauptstraße wird verkehrsberuhigt. Alle Lichtsignalanlagen werden entfernt und durch Zebrastreifen ersetzt, auf der gesamten Länge wird Tempo 30 angeordnet, die Fußwege werden verbreitert und durchgängig auf mindestens zwei Meter Breite pro Seite verbreitert, fehlende Überwege für den Fußverkehr werden in Form von Zebrastreifen zusätzlich eingerichtet. Die Kosten für die Umgestaltung werden von der Verwaltung beziffert und in den Haushalt übernommen.
- Die Umsetzung der beiden Umgestaltungsprojekte am Schmalzmarkt in Stuttgart-Ost in den Jahren 2028 und 2029 mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 2,672 Mio. € (Siehe Anmeldeliste, S. 13)

Begründung:

Die Anwohner*innen der Gablenberger Hauptstraße leiden seit vielen Jahren an hohem Pkw- wie Lkw-Verkehrsaufkommen, Lärm und an einer schlechten Infrastruktur für den Fußverkehr. Daran muss sich dringend etwas ändern. Eine Umgestaltung mit vergleichsweise wenig Aufwand würde eine deutliche Verbesserung bringen. Der Status einer Vorbehaltsraße müsste im Fall der Gablenberger Hauptstraße aufgehoben werden, durchgehend Tempo 30 angeordnet und alle Ampeln (Lichtsignalanlagen) durch Zebrastreifen ersetzt werden. Die Breite der Fußwege muss auf das Mindestmaß von zwei Metern vergrößert werden. Damit greifen wir eine der zentralen Forderungen des 63. Deutschen Verkehrsgerichtstags auf: „sichere Querungen dort, wo offenkundiger Bedarf dafür besteht, einzurichten.“

In dem Zuge muss die bereits begonnene Umgestaltung des Schmalzmarktes fertiggestellt werden. Das Projekt Sanierung Stuttgart 30 -Gablenberg-Umgestaltung Schmalzmarkt Kostenerhöhung Neue Gesamtkosten: 7.002 TEUR muss fertiggestellt werden. Zudem soll Sanierung Stuttgart 30 -Gablenberg- Umgestaltung Schmalzmarkt, zus. Maßnahmen: Freifläche Muse-O, Toilettenanlage, Buswartehäuschen, Gesamtkosten: 1.500 TEUR umgesetzt werden.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028: 1,71 Mio. €
2029:	2029: 962 000 €
2030:	2030:

Teilhaushalt:

610 Amt für Stadtplanung und Wohnen

Gez.

Hannes Rockenbauch	Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzender)	(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Shuttle-Service am Stuttgarter Hauptbahnhof fortführen

Wir beantragen:

- die Fortführung des Shuttle-Services für die baustellenbedingte lange Wegstrecke zwischen Bahnhofsvorplatz und Ferngleisen am Stuttgarter Hauptbahnhof **bis zum Entfall** des langen „Wanderweges“ für Menschen, die diesen Weg nicht ohne Hilfe zurücklegen können.
- Prüfung der Kostenübernahme durch die Deutsche Bahn, da ausschließlich aufgrund von Bauverzögerungen noch immer der Bedarf für das Shuttle besteht.

Begründung:

Der Weg ist für Menschen mit Behinderungen, Beeinträchtigungen und Menschen mit diversen Erkrankungen nicht eigenständig zu bewältigen. Das bisherige Angebot wurde gerne und intensiv in Anspruch genommen und bedeutet, dass Mobilität für alle gewährleistet ist (UN-BRK). Das Shuttle ist somit ein Bestandteil eines inklusiven Stuttgarts.

Da aktuell nicht absehbar ist, wie lange der Hauptbahnhof noch nicht fertiggestellt und damit der lange Umweg nötig ist, sind Mittel für diesen gesamten Zeitraum noch zur Verfügung zu stellen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 60 000 €	2026:
2027: 60 000 €	2027:
2028: 60 000 €	2028:
2029: 60 000 €	2029:
2030: 60 000 €	2030:

Teilhaushalt:

810

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Soziales



Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Persönliche Schutzkleidung (PSA) für Frauen**Wir beantragen:**

- Die notwendigen Mittel, damit jede Mitarbeiterin* passende persönliche Schutzkleidung erhält.

Begründung:

Für einige PSA gibt es bei der Landeshauptstadt Stuttgart keine Damengrößen zu bestellen. Dazu gehören u.a. besondere Hosen, Jacken und Handschuhe.

Zum Beispiel beim Schulverwaltungsamt betrifft dies 25 Schulhausmeisterinnen. Die städtische Kleiderkammer kann leider keine genauen Angaben geben welche Ämter noch von ihnen beliefert werden.

Die örtlichen Personalräte kümmern sich, dass auch Damen-Modelle beschafft werden. Falls diese wegen z.B. der kleineren Mengenbedarfe teurer sind, darf das daran nicht scheitern.

Die Schutzausrüstung muss passen, damit sie optimal schützen kann.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 100

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Kindersprechstunde in Gemeinschaftsunterkünften

Wir beantragen:

- Haushaltsmittel zur Fortführung der Finanzierung von Kindersprechstunden.

Begründung:

Die Kindersprechstunde wurde im Haushalt 2022/2023 für vier Jahre bewilligt (GRDrs 149/2022) und zielt insbesondere auf die nachhaltige Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Not- und Gemeinschaftsunterkünften ab. In nach spezifischen Kriterien ausgewählten Unterkünften sind Koordinator*innen spezifisch vor Ort, um die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen zu fördern. So ist der Einsatz der Kindersprechstunde beispielsweise in Unterkünften mit geringer Anbindung an sozialräumliche Angebote der Kinder- und Jugendarbeit oder eines allgemeinen Mangels an Angeboten besonders wichtig. In Einzelgesprächen und Kleingruppen werden Kinder und Jugendliche im Alter von 6-14 Jahren beteiligt und gestärkt.

Zudem leistet die Kindersprechstunde einen wichtigen Beitrag zur Realisierung der UN-Kinderrechtskonvention, zu deren Einhaltung sich der Gemeinderat mit dem Beschluss - 2 - der Aktionspläne Kinder- und Jugendfreundliche Kommune (GRDrs 1510/2019 und 134/2024) verpflichtet hat.

Wir unterstützen das Vorhaben, dass pro Träger der Wohlfahrtspflege (insgesamt 8 Träger) 0,5 VZÄ für die Kindersprechstunde zur Verfügung stehen, um das Angebot dem Bedarf angemessen in den vielfältigen Not- und Gemeinschaftsunterkünften anbieten zu können. Dabei werden alle Träger, die in der Betreuung der Unterkünfte in Stuttgart aktiv sind, mit Stellenanteilen berücksichtigt.

Der Gesamtmittelbedarf beträgt 175.000 EUR/Jahr

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 175 000€	2026:
2027: 175 000€	2027:
2028: 175 000€	2028:
2029: 175 000€	2029:
2030: 175 000€	2030:

Teilhaushalt: 500

Gez.

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Sicherheitsdienst für die Bürger*innenbüros

Wir beantragen:

- Für die Sicherheit der Beschäftigten im Bürgerbüro einen weiteren Budgetbedarf für einen Sicherheitsdienst in Höhe von 715.000€ für das Jahr 2026, 1.300.000€ für das Jahr 2027 und 1.170.000€ für das Jahr 2028.

Begründung:

Der Sicherheitsdienst in den hochfrequenten Kund*innenbereichen der Ausländerbehörde und der Bürgerbüros sollte fortgeführt werden. Die Hauptaufgabe ist, die Kund*innen nach Vorgaben des Amts für öffentliche Ordnung zu steuern. Dadurch wird Verlässlichkeit und Nachvollziehbarkeit für die Kundschaft erreicht und zusätzlich der Kund*innendurchlauf optimiert. Die Kolleg*innen in der Sachbearbeitung werden von Diskussionen darüber entlastet, in welcher Reihenfolge die Kundschaft bedient wird. In den ohnehin belasteten Bereichen wird so auch die Produktivität verbessert. Darüber hinaus ist die Steigerung der objektiven Sicherheitslage und des subjektiven Sicherheitsempfindens ein wichtiger Baustein der Attraktivitätssteigerung für Kundschaft und Mitarbeiterschaft. Die steigende Anzahl an Übergriffen auf Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes führen zu einer sinkenden Attraktivität der Arbeitsbereiche mit Kundenkontakt. Die Sicherheit am Arbeitsplatz ist von wesentlicher Bedeutung für das Wohlbefinden der Mitarbeitenden. Ein unzureichendes Sicherheitskonzept kann nicht nur zu einem erhöhten Risiko für Vorfälle führen, sondern beeinträchtigt auch das Vertrauen der Mitarbeitenden in den Arbeitgeber. Vielen Mitarbeitenden ist es sehr wichtig, dass ihre Sicherheit spürbar ernst genommen wird. Daher ist es für die Stadt Stuttgart unerlässlich, einen professionellen Sicherheitsdienst einzusetzen, um ein sicheres Arbeitsumfeld zu gewährleisten. Dies ist somit auch als Maßnahme der Personalerhaltung zu begreifen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 715.000€	2026:
2027: 1.300.000€	2027:
2028: 1.170.000€	2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 320 Amt für öffentliche Ordnung

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Soziale Quartiersentwicklung S-Freiberg

Wir beantragen:

- für die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Quartierskoordination in Stuttgart-Freiberg Mittel bereitzustellen.
- Dies ist ein wichtiger Bestandteil der Umsetzung der Rahmenkonzeption zur sozialen Quartiersentwicklung.

Begründung:

Die Quartierskoordination „Wir für Freiberg“ hat das Ziel, den sozialen Zusammenhalt und die positive soziale Quartiersentwicklung im Stadtteil Freiberg zu stärken. Sie fördert die Vernetzung aller Einrichtungen, Gruppen und Engagierten in Freiberg und koordiniert zwischen lokalen Akteuren u. der kommunalen Verwaltung. Sie schafft Begegnungs- u. Austauschmöglichkeiten und ermutigt die Menschen vor Ort zur Mitgestaltung des Quartiers und ihrer unmittelbaren Nachbarschaft.

Die Quartierskoordination hat sich in den letzten zwei Jahren von der Quartiersarbeit zur Quartierskoordination im Sinne der Rahmenkonzeption zur sozialen Quartiersentwicklung weiterentwickelt. Wir unterstützen Quartierskoordinationen, die im Sinne der städtischen Rahmenkonzeption zur sozialen Quartiersentwicklung in Gebieten mit einem erhöhten Bedarf an sozialer Quartiersentwicklung fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 25 000 €	2026:
2027: 84 000 €	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 500

Gez.

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Aufstockung Supervisionsmittel

Wir beantragen:

- Wir beantragen die Aufstockung der Supervisionsmittel.

Begründung:

Die Mittel sind einerseits wegen Personalzuwachs, aber auch als zusätzliche Hilfestellung für die Mitarbeitenden wegen hohen Arbeitsbelastungen aufgrund Krisenbewältigungen und nicht besetzter Stellen dringend notwendig.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
------------	----------

2026: 30 000 €	2026:
----------------	-------

2027: 30 000 €	2027:
----------------	-------

2028:	2028:
-------	-------

2029:	2029:
-------	-------

2030:	2030:
-------	-------

Teilhaushalt: 500

Gez.

Johanna Tiarks (Fraktionsvorsitzende)	Hannes Rockenbauch (Fraktionsvorsitzender)
--	---

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Aufwind – Beratung, Information und Vermittlung

Wir beantragen:

eine Stellenerweiterung im Gesamtumfang von 1,0 VZÄ für Fachkräfte in Gemeindepsychiatrischem Zentrum (GPZ) für das Angebot „Aufwind – Beratung, Information und Vermittlung“ aufgeteilt auf die GPZ des Klinikums der Landeshauptstadt Stuttgart gKAöR und der Evangelische Gesellschaft Stuttgart e. V. mit jeweils 0,375 VZÄ und für die beiden GPZ des Caritasverbandes für Stuttgart e. V. mit 0,25 VZÄ.

Begründung:

Die Angebote umfassen die niederschwellige Beratung, Information, Anlauf- und Vermittlungsfunktion für Kinder psychisch kranker Eltern. An „Aufwind“ können sich Familien mit einem psychisch erkrankten Elternteil, Angehörige und Fachdienste wenden.

Wichtige Ziele des Angebots sind, die bestehenden Hilfen der Sozialpsychiatrie und der Jugendhilfe besser zu vernetzen, betroffene Familien zu beraten, sie in geeignete Hilfen zu vermitteln und Multiplikatoren für die Probleme der Kinder zu sensibilisieren.

Im Rahmen von „Aufwind“-Patenschaften werden Ehrenamtliche gewonnen und vermittelt, die als zuverlässige Bezugspersonen ein Kind und seine Familie begleiten. Für diese besondere Aufgabe werden die Paten geschult und fachlich begleitet.

Die Stellenerweiterung ist aufgrund der gestiegenen Fallzahlen der letzten Jahre notwendig. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 166 Familien beraten, informiert und begleitet. Im Jahr 2023 waren es noch 145 Familien. Die Anzahl der Beratungstermine insgesamt hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 977 auf 1.340 Kontakte erhöht. In den vergangenen Jahren ist ein Anstieg bei Familienberatungen zu verzeichnen. Die Anzahl der erreichten Kinder und Jugendlichen hat sich von 241 im Jahr 2023 auf 265 im Jahr 2024 erhöht. Weiter führten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Aufwind 2024 insgesamt 340 Fachberatungen durch - im Vergleich zu 290 Beratungen im Jahr 2023. Dieser Anstieg zeigt einen erhöhten Bedarf an Fachberatungen.

Der Gesamtmittelbedarf für 1,0 VZÄ beträgt rund 83.200/ Jahr.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 83 000€

2026:

2027: 83 000€

2027:

2028: 83 000€

2028:

2029: 83 000€

2029:

2030: 83 000€

2030:

Teilhaushalt: 500

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Mehr Personal für GPZ

Wir beantragen:

- 0,5 VZÄ Leitungsanteile pro Gemeindepsychiatrisches Zentrum (GPZ).

Begründung:

Die (Gemeindepsychiatrischen Zentren) GPZ arbeiten als gemeindepsychiatrische, niedrigschwellige Angebote im Vor- und Umfeld der Eingliederungshilfe (SGB IX) und bieten für Menschen mit psychischer Erkrankung den Vorteil, dass der Zugang zu Hilfen ohne Antragstellung möglich ist.

Die Erweiterung der Funktionsbereiche der GPZ wurde in Stuttgart seit 2004 sukzessive und bedarfsgerecht ausgebaut. Dies betrifft die geförderten Funktionsbereiche und die ergänzenden Funktionsbereiche der GPZ.

Die Zentren bestehen mittlerweile aus 20-25 Mitarbeitenden. Hinzu kommt, dass die Arbeit im Schnittstellenbereich zur Wohnungsnotfallhilfe, Suchthilfe, Jugendhilfe und die Arbeit mit geflüchteten Menschen immer mehr Raum einnimmt und zusätzliche Kapazitäten in der Koordination erfordert.

Um die Gesamtkoordination der verschiedenen Bausteine innerhalb der GPZ zu gewährleisten, sind inzwischen Leitungsanteile erforderlich, die es bislang nicht gibt. Lediglich für den Funktionsbereich Sozialpsychiatrischen Dienst (SpDi) gibt es einen ausgewiesenen Leitungsanteil.

Mit den beantragten Leitungsanteilen soll die Gesamtsteuerung und Vernetzung der GPZ in ihrem Sozialraum erreicht werden. Auch die Sicherstellung bzw. Umsetzung der Versorgungsverpflichtung sowie die Koordination und Steuerung der GPZ(-Funktionsbereiche) untereinander soll verbessert sowie die Vernetzung zu angrenzenden Hilfesystemen ausgebaut und intensiviert werden.

Der Gesamtmittelbedarf beträgt rund 444.000 EUR/ Jahr. Dieser verteilt sich wie folgt: Evangelische Gesellschaft e.V. 149.248 EUR, Caritasverband 96.137 EUR und Klinikum Stuttgart 198.627 EUR.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 444 000€

2026:

2027: 444 000€

2027:

2028: 444 000€

2028:

2029: 444 000€

2029:

2030: 444 000€

2030:

Teilhaushalt: 500

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff MIA – Beratung für Mädchen* und junge Frauen*

Wir beantragen:

- Die Fortsetzung der Förderung des Angebots MIA=Medienkompetenz und Prävention (Lagaya)

Begründung:

Das Angebot richtet sich an Mädchen* und junge Frauen*, die erste Erfahrungen mit Alkohol, Drogen und/oder Essstörungen gemacht haben oder sich unsicher fühlen und Fragen zu diesen Themen haben. Sie brauchen einen sicheren Raum, um Unterstützung zu finden, frühzeitig Hilfe zu erhalten und möglichen Problemen entgegenzuwirken. Auch Angehörige werden einbezogen, da sie eine wichtige Rolle im Unterstützungsprozess spielen und oft selbst Rat und Begleitung benötigen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 37 000€	2026:
2027: 37 000€	2027:
2028: 37 000€	2028:
2029: 37 000€	2029:
2030: 37 000€	2030:

Teilhaushalt: 500

Gez.

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

**Stellenerhöhung für das autonome Frauenhaus Frauen helfen Frauen e.V.
Stuttgart****Wir beantragen:**

- Die Erhöhung des Zuschusses für Personal im autonomen Frauenhaus Frauen helfen Frauen e.V. Stuttgart für 1,3 VZÄ im Rahmen der Istanbul Konvention zur bedarfsgerechten Stellenausstattung

Begründung:

Mit dem Rang eines Bundesgesetzes nimmt die Umsetzung und Erfüllung der Istanbul-Konvention für Schutz vor Gewalt von Frauen* eine wichtige Rolle ein. Das autonome Frauenhaus Frauen helfen Frauen e.V. Stuttgart leistet seit über 40 Jahre wichtige Arbeit in ihren Beratungsstellen, ihrem Frauenhaus und in der Präventionsarbeit. In den letzten Jahren stiegen die Fallzahlen von häuslicher Gewalt in Stuttgart (2022/ 1.333 Fälle zu 2024/ 1540 Fälle) mit einer weitaus höheren Dunkelziffer. In der Statistik nicht mit aufgenommen sind Fälle von sexueller Belästigung in der Öffentlichkeit, digitale Gewalt oder andere Formen der (sexualisierten) Gewalt an Frauen*. Angesichts dieser steigenden Bedarfe für Frauen* an Beratung und Plätzen in Frauenhäusern, benötigt der Verein Frauen helfen Frauen* dringend eine personelle Aufstockung, um diesen Bedarfen gerecht werden zu können. Andernfalls können Frauen* nicht bedarfsgerecht beraten und aufgenommen werden. Besonders in einer vulnerablen Lebenslage, in der mitunter die psychische und körperliche Unversehrtheit gefährdet wurde oder gefährdet ist, kann nur mit einem gut aufgestellten Personal aufgefangen und entgegengewirkt werden.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 119.000€

2026:

2027: 119.000€

2027:

2028: 119.000€

2028:

2029: 119.000€

2029:

2030: 119.000€

2030:

Teilhaushalt:

500 Amt für Soziales und Teilhabe

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Herausnahme BonusCard-Budget aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept (HSK)

Wir beantragen:

- die Herausnahme des BonusCard-Budgets aus dem HSK für Ganztageseschulen, Schüler:innenhäuser und freie Träger.

Begründung:

Die städtischen Tageseinrichtungen für Kinder und die Schüler:innenhäuser erhalten bisher pro BonusCard-Inhaber:in 100 €. Ganztageseschulen erhalten 50 €. Die Mittel können für folgende Bereiche verausgabt werden: Musik/ Kultur, Bewegung, Gesundheit, individuelle Unterstützung, Bekleidung/Schuhe u.ä.

Durch die Kürzung werden diese Extra-Förderungen bzw. -Aktivitäten wegfallen bzw. in reduzierter Form aus dem regulären Kita-Betriebsbudget finanziert werden müssen, was negative Folgen für das Kita-Budget hätte.

Gerade die Gruppe der BonusCard-Kinder benötigt in o.g. Einrichtungen dringend finanzielle Unterstützung, die bereits zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausreichend ist. Eine weitere Kürzung bedeutet Nachteile für Standorte mit hohem Anteil von BonusCard-Kindern, was wiederum für spätere Zeitpunkte Folgekosten für die Kommune aufwerfen kann, wenn entstandene Nachteile in den Biografien der Kinder aufgefangen werden müssen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 317 000 €	2026:
2027: 317 000 €	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

510 – Jugendamt

Anlage 5 aus 0883/2025 MV

1.9 GTS

1.10 SH

1.11 100 € freie Träger

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Förderung Essensgeld freie Träger vollumfänglich beibehalten

Wir beantragen:

- keine Erhöhung des Essensgeldes für Eltern, Herausnahme aus Haushaltskonsolidierungskonzept (HSK)
- Daraus resultierend muss die Förderung vollumfänglich fortgesetzt werden.

Begründung:

Analog unserer Ablehnung der Erhöhung des Essensgeldbeitrages der Eltern bei den städtischen Trägern.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 547 000 €	2026:
2027: 838 000 €	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

510 - Jugendamt

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Fachliche Projektkoordination zur Umsetzung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe

Wir beantragen:

- die Schaffung der Stelle einer Projektleitung 0,5 VZK in A12 im Amt für Soziales und Teilhabe
- 0,5 VZK in A12 im Jugendamt
- jeweils befristet für 4 Jahre.

Begründung:

Mit dem Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz (IKJHG) sollen alle Eingliederungshilfe- bzw. Teilhabeleistungen für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vom Jugendamt erbracht werden. Im Zuge der Umsetzung des IKJHG wird die bisherige Zuständigkeit vom Amt für Soziales und Teilhabe für die erbrachten Leistungen für Kinder und Jugendliche nach dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) auf das Jugendamt – mit allen damit zusammenhängenden organisatorischen, personalwirtschaftlichen und fiskalischen bzw. finanzwirtschaftlichen Aspekten – übergehen.

Der mit dem IKJHG verbundene Veränderungsprozess der Leistungsgewährung betrifft u.a. die in- und externen Prozesse, Schnittstellen sowie Dienstleistungen der Ämter / Abteilungen und ihrer Kooperationspartner*innen. Dazu gehört die Gestaltung der Zusammenarbeit und Einbeziehung der Menschen mit Behinderung, der freien Träger der Wohlfahrtspflege sowie der anderen Rehabilitationsträger. Erforderlich ist ebenfalls die Bearbeitung von Grundsatz- und Schnittstellenfragen der künftig leistungsgewährenden Organisationseinheit sowie die Mitwirkung bei der Koordination und Steuerung der Geschäftsprozesse.

Die Schaffung der Stelle einer Projektleitung ist notwendig um den inklusiven Gedanken für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zielgerichtet aus einer Hand strategisch umzusetzen. Eine Nichtschaffung hat zur Folge, dass der inklusive Gedanken und Ansatz innerhalb der LHS bereits in der Umsetzung scheitert.

Durch die bisherigen Sonderstrukturen, in denen Kinder und Jugendliche mit Behinderung leben, brauchen ein aktives, mutiges und engagiertes Veränderungstandem aus Jugendamt und Amt für Soziales und Teilhabe, um die Inklusion in die Köpfe, in die Verwaltungs- und Angebotsstrukturen, in die EDV-Systeme und neuen gemeinsamen Haltungen zu bringen.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt:

810 SGI

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Projekt Programm Respektlotsen fortführen

Wir beantragen:

- die Förderung für die „Respektlotsen“ Die i.H.v. 35.000 EUR/Jahr zur Weiterführung des Projekts die „Respektlotsen“ erforderlich sind.

Begründung:

Das Projekt „Respektlotsen Stuttgart“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserer Stadt. Gerade in Zeiten wachsender sozialer Herausforderungen und vielfältiger Konfliktpotenziale ist es entscheidend, präventiv und niedrigschwellig auf junge Menschen zuzugehen. Die Respektlotsen, die selbst junge Erwachsene sind, schaffen es durch ihre authentische und respektvolle Art, Brücken zu bauen und Vorurteile abzubauen.

Die Förderung dieses Projekts ist für unsere Stadt von großer Bedeutung, da es aktiv dazu beiträgt, das Miteinander in der Stadtgesellschaft zu verbessern und Konflikte frühzeitig zu entschärfen. Die ehrenamtlichen Respektlotsen agieren als Multiplikatoren und bieten zugleich Orientierungshilfen, indem sie auf bestehende städtische Angebote hinweisen und so eine Verbindung zwischen Jugendlichen und kommunalen Unterstützungsstrukturen herstellen.

Darüber hinaus stärkt das Projekt das Engagement junger Menschen, indem es ihnen Verantwortung und sinnstiftende Aufgaben in ihrer eigenen Lebenswelt überträgt. Dies fördert nicht nur die persönliche Entwicklung der Respektlotsen, sondern auch deren Identifikation mit der Stadt Stuttgart als einem lebens- und liebenswerten Raum.

Insgesamt trägt „Respektlotsen Stuttgart“ nachhaltig dazu bei, eine Kultur des Respekts und der gegenseitigen Anerkennung zu etablieren – ein Ziel, das mit den Leitlinien einer modernen und integrativen Stadtpolitik übereinstimmt. Aus diesen Gründen ist eine Förderung durch die Stadt nicht nur sinnvoll, sondern notwendig, um langfristig den sozialen Frieden und das Zusammenleben in Stuttgart zu sichern. Ihre Arbeit ist unverzichtbar.

Teilhaushalt:

810 Bürgermeisteramt

ErgebnisHH

2026: 35 000 €

2027: 35 000 €

2028: 35 000 €

2029: 35 000 €

2030: 35 000 €

FinanzHH

2026:

2027:

2028:

2029:

2030:

Gez.

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Projektmittel Kriminalprävention: Projekte „Stark ohne Gewalt“ und „wehr dich mit Köpfchen“

Wir beantragen:

- Wir beantragen für die Förderung von Kriminalprävention, für die Projekte „Stark ohne Gewalt“ und „wehr dich mit Köpfchen“ mit 15 000 Euro/Jahr.

Begründung:

Die Gewaltpräventionsprogramme „Stark ohne Gewalt“ und „Wehr dich mit Köpfchen“ sind wichtige Bausteine für die Förderung eines sicheren und respektvollen Miteinanders in Stuttgart. Gerade Kinder und Jugendliche stehen häufig vor Herausforderungen, die sie mit geeigneten Strategien zur Konfliktbewältigung unterstützen müssen. Beide Projekte setzen genau hier an und vermitteln gewaltfreie Wege, um Konflikte zu lösen und das Selbstbewusstsein der jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu stärken.

„Wehr dich mit Köpfchen“ richtet sich gezielt an Grundschüler*innen und legt den Grundstein für ein respektvolles Miteinander schon in der frühen schulischen Phase. Das Programm „Stark ohne Gewalt“ unterstützt Hauptschülerinnen und -schüler dabei, ihr Selbstvertrauen auszubauen und in schwierigen Situationen gewaltfrei zu handeln. Durch die altersgerechte Ansprache und die praxisnahen Übungen schaffen beide Projekte einen nachhaltigen Lernprozess.

Die Durchführung durch das Gemeinschaftserlebnis Sport (GES) gewährleistet eine professionelle Umsetzung, die durch den Einsatz von Sport und gemeinschaftlichen Aktivitäten zusätzlich die soziale Kompetenz und Teamfähigkeit der Teilnehmenden stärkt.

Eine Förderung dieser Projekte durch die Stadt Stuttgart ist essenziell, um Gewaltprävention bereits in jungen Jahren wirksam zu verankern, das Schulklima zu verbessern und langfristig die Sicherheit und den sozialen Zusammenhalt in der Stadt zu fördern. Die Investition in diese Programme bedeutet eine nachhaltige Stärkung der Resilienz und Konfliktfähigkeit von Kindern und Jugendlichen und leistet somit einen wertvollen Beitrag zur positiven Entwicklung unserer Gesellschaft.

Teilhaushalt:

810 Bürgermeisteramt

ErgebnisHH

2026: 15 000 €

2027: 15 000 €

2028: 15 000 €

2029: 15 000 €

2030: 15 000 €

Gez.

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Guntrun Müller-Enßlin

FinanzHH

2026:

2027:

2028:

2029:

2030:

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Manja Reinholdt

Vielfalt



Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Kulturzentrum für Frauen SARAH e.V.

Wir beantragen:

- Eine Erhöhung der Förderung auf 110.040 € im Jahr 2026 und ab 2027 121.425 € p.a.

Begründung:

Die beantragte Erhöhung dient dazu, den gestiegenen organisatorischen, personellen und inhaltlichen Anforderungen im Sarah-Kulturzentrum gerecht zu werden. Die Erhöhung um **53.340 €** dient folgenden Maßnahmen:

- **Höhere Bewertung der bestehenden Vollzeitstelle**
Bisher wurde diese Stelle pauschal mit **47.500 €** vergütet. Künftig soll sie tarifgerecht mit **63.500 €** nach TVöD VKA, E 9b, vergütet werden. (Tätigkeiten: Kulturmanagement, Raumvergabe, Veranstaltungsorganisation, Betreuung des Zentrums etc.)
→ **Mehrkosten: 16.000 €**
- **Schaffung einer halben Verwaltungsstelle**
Eine 50% Stelle (TVöD VKA EG 9b) soll eingerichtet werden, um die wachsenden Verwaltungsaufgaben abzudecken.
(Aufgaben: Buchhaltung, Fördermittelverwaltung, Fundraising, Öffentlichkeitsarbeit etc.)
→ **Kosten: 31.750 €**
- **Erhöhung des Kulturetats**
Um die Qualität und Vielfalt des Kulturprogramms zu sichern, wird der Kulturetat um **15.000 €** aufgestockt.
- **Inflationsausgleich 690 €**
- **Gesamtkosten 2026: 63.440 €**
Abzüglich einer **Eigenleistung des Trägers in Höhe von 10.100 €** ergibt sich ein beantragter → **Mehrbedarf von 53.340 €.**

Für 2027 ff:

Ab dem Jahr **2027** wird eine weitere Erhöhung der Förderung um **11.385 €** beantragt. Diese dient der **Aufstockung der Verwaltungsstelle**, um den laufenden Betrieb nachhaltig abzusichern.

→ **Gesamtförderbedarf ab 2027: 121.425 €.**

Die beantragten Mittel ermöglichen eine **nachhaltige Weiterentwicklung des Sarah-Kulturzentrums** und sichern seinen Fortbestand als **bedeutender kulturpolitischer und feministischer Ort** in Stuttgart.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 110.040€	2026:
2027: 110.040€	2027:
2028: 121.425€	2028:
2029: 121.425€	2029:
2030: 121.425€	2030:

Teilhaushalt: 810

Gez.

Johanna Tiarks (Fraktionsvorsitzende)	Hannes Rockenbach (Fraktionsvorsitzender)
--	--

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff:

Wasenboje dauerhaft fortführen

Wir beantragen:

- Das Projekt Wasenboje wird dauerhaft fortgeführt. Die notwendigen Finanzmittel in Höhe von 80.000 Euro pro Jahr (für Frühlingsfest und Volksfest) werden in den Haushalt übernommen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 80 000 €	2026:
2027: 80 000 €	2027:
2028: 80 000 €	2028:
2029: 80 000 €	2029:
2030: 80 000 €	2030:

Teilhaushalt: 320 Amt für öffentliche Ordnung

Begründung:

Das Pilotprojekt Wasenboje hat sich in den letzten zwei Jahren mehr als etabliert. Im diesjährigen Volksfest verzeichnete die Wasenboje rund 250 Fälle, von denen rund ein Fünftel als kritische Notsituation einzustufen ist. Darunter fällt Orientierungslosigkeit, sexuelle Belästigung, Übergriffe, Verdacht auf K.o.-Tropfen sowie rassistische Anfeindungen. Da in der Wasenboje alle Fälle anonym behandelt werden, ist sie im Vergleich zur Polizei besonders niedrigschwellig für Betroffene.

Die Fachverwaltung schreibt in Ihrem Teilhaushalt „Die Wasenboje ist innerhalb des Sicherheitskonzeptes auf dem Cannstatter Wasen inzwischen fester Bestandteil und deckt Bedarfe ab, die durch die Polizei, DRK und Sicherheitsdienste nicht gedeckt werden können.“ Wir sehen in der Wasenboje nicht nur einen festen Bestandteil, sondern eine essenzielle Notwendigkeit eines solchen Angebots. Warum dieses Projekt nicht dauerhaft im

Haushalt des Referats für Sicherheit, Ordnung und Sport verankert sein soll, bleibt ebenso rätselhaft wie unverständlich.

Das Referat führt weiter aus: „Aufgrund der momentanen finanziellen Situation der Landeshauptstadt Stuttgart wird bereits mit Hochdruck daran gearbeitet, für die Wasenboje Spendenakquise zu betreiben und/oder Sponsoring zu generieren, um den städtischen Haushalt zu entlasten und die Kosten so gering wie möglich zu halten.“ (Quelle: Teilhaushalt 810 - Bürgermeisteramt, Referat Sicherheit, Ordnung und Sport und Stabstelle Sicherheitspartnerschaft in der Kommunalen Kriminalprävention“ (1068/2025 MV HH, Seite 9)

Wir haben einen Vorschlag, den Hochdruck aufzulösen: das Projekt dauerhaft mit mindestens 80 000 Euro pro Jahr finanzieren.

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbach

Dennis Landgraf

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Weissenburg - Regenbogenhaus

Wir beantragen:

- laufende Kosten für die Projektarbeit (Personalkosten, Verwaltung, Ausweitung von Partizipationsformaten und Öffentlichkeitsarbeit, etc.) in Höhe von 115.5 TEUR (+26 TEUR p. a. ggü. Vorjahren). Die Kostensteigerungen ergeben sich aus den Aufwandsentschädigungen für den Projektvorstand und für die Mitglieder des Community-Beirats: +25 TEUR und die Erweiterung der Partizipationsformate, z. B. weitere thematische Arbeitsgruppen +1 TEUR p.a.
- b) Zusätzliche Betriebskosten Regenbogenhaus + 6.5 TEUR p. a, davon
 - für den Betrieb RBHS Webportal: +5 TEUR p. a.
 - für die Moderation des RBHS Community-Forum: +1.5 TEUR p. a.
- c) Für das Jahr 2026 werden weitere Mittel für eine Machbarkeitsstudie i. H. v. 50 TEUR beantragt, sollte die Standortsuche 2025 nicht erfolgreich beendet sein.

Begründung:

Die beantragten Mittel sollen die Weiterführung der begonnenen Arbeit sicherstellen. Ziel ist es, einen geeigneten Standort zu finden, die Umsetzung weiter voranzubringen und erste betriebsnahe Strukturen aufzubauen.

Die Weissenburg in Stuttgart ist ein wichtiger Treffpunkt und sicherer Raum für LSBTIQA+ Menschen. Sie bietet vielfältige Gruppen, Beratungen und Bildungsangebote, fördert Akzeptanz und Gemeinschaft und setzt sich für die Rechte und Sichtbarkeit queerer Menschen ein. Eine Weiterförderung sichert diese wichtige Anlaufstelle für Austausch, Unterstützung und gesellschaftliches Engagement – und trägt so zu mehr Vielfalt und Toleranz in der Stadt bei.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 166 000€

2026:

2027: 122 000€

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 810

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Qualifizierung für Frauen

Wir beantragen:

- Förderung des Modellprojekts zur aufsuchenden Qualifizierungsoffensive

Begründung:

Mit der Vorlage 0298/2024 BV (Förderung eines Modellprojekts der aufsuchenden Qualifizierungsoffensive für sozial benachteiligte Frauen) hat der Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie der Verwaltungsausschuss der Landeshauptstadt Stuttgart beschlossen, mit bisher nicht abgerufenen Mitteln der städtischen Arbeitsförderung und der Abteilung für Chancengleichheit ein Modellprojekt zu fördern, dass Frauen unterstützt, die eine Qualifizierung für sich (noch) nicht in Betracht ziehen.

Frauen, die aufgrund der Kindererziehung sich bisher nicht mit beruflichen Perspektiven auseinandersetzen konnten und/oder in Partnerschaften leben, die von einem sehr konventionellen Rollenverständnis geprägt sind, sollen durch eine aufsuchende Beratung angesprochen und für (berufliche) Weiterbildungen motiviert werden, um eine existenzsichernde und familienfreundliche Beschäftigung zu finden. Das Modellprojekt hat eine Laufzeit von zwei Jahren und soll von einem Gremium aus Expertinnen und Experten begleitet werden, die die strategische Ausrichtung des Projekts steuert sowie die Zwischen- und Endergebnisse bewertet und nachhält. Dieses Projekt soll noch beendet werden.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 175 000	2026:
2027: 58 300	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 290

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Förderprogramm „Stuttgart für alle inklusiv“ ungekürzt fortsetzen

Wir beantragen:

- Im Förderprogramm „Stuttgart für alle inklusiv“ werden keine Einsparungen getätigt.

Begründung:

Die Landeshauptstadt Stuttgart ist gesetzlich verpflichtet, die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) umzusetzen. Dies wird durch das Rechtsgutachten der Monitoring-Stelle UN-BRK „UN-BRK kommunal“ (April 2024) bestätigt. Darin wird dargelegt, dass die Vorgaben der UN-BRK uneingeschränkt für alle staatlichen Ebenen gelten – einschließlich der Kommunen. So zählen gemäß Art. 1 Abs. 3 und Art. 20 Abs. 3 GG auch Kommunen zur staatlichen Gewalt und sind daher verpflichtet, die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten. Sie haben entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Ziele der Konvention auf lokaler Ebene umzusetzen.

Das Förderprogramm „Stuttgart für alle inklusiv“ ist ein Baustein zur Umsetzung der UN-BRK und muss somit weiter finanziert werden. Die Umsetzung von Maßnahmen zur Sicherung der Menschenrechte hat Priorität.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 100 000	2026:
2027: 66 000	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

810

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Förderantrag des Vereins BeFF-Berufliche Förderung von Frauen e.V.

Wir beantragen:

- Empowerment-Projekt für zugewanderte und geflüchtete Frauen in Stuttgart, bis Ende 2025 finanziert über die Abt. Chancengleichheit (SINA-Programm). Weiterförderung einer 60% Personalstelle TVÖD E 11 plus Sachkosten. Aufgrund der schwierigen Finanzlage wird ab 2027 ein Kostenbeitrag in Höhe von ca. 15% durch Förderer und Förderinnen aus der Wirtschaft angestrebt. Beantragte Kosten 2026= 35 200 €, 2027= 48 500 €.

Begründung:

Ankommen auf dem deutschen Arbeitsmarkt: Gut ausgebildete und nach Stuttgart zugewanderte und geflüchtete Frauen sind ein bislang wenig genutztes Fachkräftepotenzial. Das Projekt Empowerment erschließt dieses Potenzial durch Beratung, Qualifizierung und Vernetzung mit Unternehmen. In Zeiten von Fachkräftemangel und demografischem Wandel sind diese Frauen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. So wird Dequalifizierung durch lange berufliche Auszeiten verhindert und die Integration in Arbeit gefördert.

Das Projekt leistet einen aktiven Beitrag zur Fachkräftesicherung und stärkt den Wirtschaftsstandort Stuttgart. Es wird 2024/2025 über die Abt. Chancengleichheit OB-CG / SINA-Programm gefördert. Eine Weiterfinanzierung 2026/2027 ist beantragt, aber über das SINA – Programm nicht sichergestellt.

Ziel: Änderung – damit das Projekt nicht aufgegeben werden muss angesichts der städtischen Haushaltslage: Weiterförderung einer 60% Personalstelle TVÖD E 11 plus Sachkosten. Aufgrund der schwierigen Finanzlage wird ab 2027 ein Kostenbeitrag in Höhe von ca. 15% durch Förderer und Förderinnen aus der Wirtschaft angestrebt.

Zur Nachverfolgbarkeit: Projektantrag vom 18.7.2023/ergänzt am 29.5.2024 an OB-CG – SINA-Programm. Beschluss im VWA am 26.6.2024. Zuwendungsbescheid am 9.7.2024 ausgestellt. Projektstart nach Stellenbesetzung am 1.11.2024 – bewilligte Mittel sind nur anteilig ausgeschöpft worden. Antrag zur Weiterförderung DHH 2026/2027.

Teilhaushalt: 510 Chancengleichheit

ErgebnisHH

2026: 35 200 €

2027: 48 500 €

2028:

2029:

2030:

FinanzHH

2026:

2027:

2028:

2029:

2030:

Gez.

Aynur Karlikli

Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Förderantrag des Vereins BeFF-Berufliche Förderung von Frauen e.V.

Wir beantragen:

- Wir beantragen die Kofinanzierung einer 50%-Stelle in der Kontaktstelle Frau und Beruf Stuttgart, (Beratung von Migrantinnen mit Kindern). Kosten 20 400 €/Jahr.

Begründung:

Aufgrund hoher Nachfrage von Migrantinnen in der Kontaktstelle Frau und Beruf Stuttgart bewilligte das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg eine 50%-Stelle für Beratung / Begleitung von Migrantinnen bei der beruflichen Integration im Rahmen des Landesprogramms Kontaktstellen Frau und Beruf Baden-Württemberg. Die Förderung des WM beträgt ca. 60% der Personalkosten plus einem Sachkostenanteil. BeFF e.V. benötigt die Kofinanzierung für die Stelle, um die Durchführung sicherzustellen.

Ziel: Erhalt der 50% Personalstelle und Kofinanzierung im Rahmen des Landesprogramms Kontaktstellen

Frau und Beruf BW durch die LHS.

Teilhaushalt: 810 Jugendamt

ErgebnisHH

2026: 20 400 €

2027: 20 400 €

2028: 20 400 €

2029: 20 400 €

2030: 20 400 €

FinanzHH

2026:

2027:

2028:

2029:

2030:

Gez.

Aynur Karlikli

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

Dennis Landgraf

(Fraktionsvorsitzende)

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Klima, Umwelt, Energie



Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Aufsuchende Grünraumberatung – 7 Stellen für Grünraumbeauftragte

Wir beantragen:

1. Die Schaffung von 7,0 VZÄ für Grünraumbeauftragte in den Bezirken Mitte, Ost, West, Nord, Süd, Vaihingen und Bad Cannstatt
2. Ein Budget für die Grünraumberatung und Klimaanpassungsmaßnahmen in Höhe von 700 000. Euro pro Jahr

Begründung:

Zwar existiert ein Programm zur Begrünung von Höfen, Dächern und Fassaden (Richtlinie für das kommunale Grünprogramm der Landeshauptstadt Stuttgart zur Förderung der Hof-, Dach-, und Fassadenbegrünung; GRDRs 608/2014), die Stadt bietet hierfür auch eine kostenfreie Beratung an. Die Begrünung von Dächern und Fassaden hat bauphysikalisch, lufthygienisch und stadtökologisch eine umfassend positive Wirkung. Weitere positive Eigenschaften sind die Senkung der Kosten für Klimatisierung von Gebäuden sowie ein verbesserter Lärmschutz. Die Begrünung von Hinterhöfen hat ebenfalls positive Effekte auf das lokale Klima (vor allem im Sommer) und reduziert die Schadstoffbelastung in der Luft.

Viele Bürger*innen haben keine Kenntnis von der Existenz eines solchen Programms, hier kann eine aufsuchende Beratung Abhilfe schaffen. Das Ziel sollte sein, dass zunächst in den inneren Stadtbezirken, Vaihingen und in Bad Cannstatt je eine Stelle geschaffen wird, da diese besonders von der Klimaerwärmung und den Folgen betroffen sind. In dicht bebauten Quartieren ist eine Begrünung deutlich wirkungsvoller und notwendiger wie eher locker bebauten Außenbezirken. Die Grünberater*innen werden die Aufgabe haben, aufsuchend die Bürger*innen über die Fördermöglichkeiten zu informieren und sie dabei zu unterstützen, für mehr Begrünung in ihrem Umfeld zu sorgen.

Gleichzeitig können die Beauftragten auch eine Koordinierende Rolle für dringend notwendige Klimaanpassungsmaßnahmen im öffentlichen Raum und auf städtischen Liegenschaften übernehmen und die Klimaanpassung im Bezirk vorantreiben.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
------------	----------

2026: 700 000 € Plus Stellen	2026:
------------------------------	-------

2027: 700 000 €	2027:
-----------------	-------

2028: 700 000 €	2028:
-----------------	-------

2029: 700 000 €	2029:
-----------------	-------

2030: 700 000 €	2030:
-----------------	-------

Teilhaushalt:

670 Garten- Forst- Friedhofsamt

Gez.

Hannes Rockenbauch	Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzender)	(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Biotopverbundplanung weiterführen

Wir beantragen:

- Die Fortführung der Biotopverbundplanung. Die dafür notwendigen Kosten in Höhe von 8000 Euro für die Jahre 2026 und 2027 werden in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Das Budget für ökologische Kartierungen und Gutachten wird eingeschränkt somit können wichtige Datengrundlagen für die notwendige Arbeit der unteren Naturschutzbehörde zum Schutz und zur adäquaten Pflege von für die Biodiversität wichtigen Gebieten nicht erhoben werden. Das Kartierungsdefizit kann auch Auswirkungen auf Vorhaben etc. in sensiblen Bereichen haben, da Daten nicht zur Verfügung stehen und dadurch Verfahren verlängert werden können.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 5000 €	2026:
2027: 3000 €	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

360 Amt für Umweltschutz

Gez.

Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Neckarinsel weiter fördern

Wir beantragen:

- Der Verein Neckarinsel e.V. wird jährlich mit der Summe von 167 600 Euro gefördert.

Begründung:

Stuttgart ist eine Stadt am Fluss – diese Erkenntnis ist mittlerweile auch in der Verwaltungsspitze angekommen. Im Sommer 2015 wurden der Öffentlichkeit Projektideen und Visionen unter dem Arbeitstitel „Erlebnisraum Neckar – Ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss“ vorgestellt. Auch in der Bevölkerung ist ein Interesse an einer Gestaltung des Neckarufers zu beobachten: Seit vielen Jahren ist das Projekt „Stadt am Fluss“ das beliebteste Projekt in der Bürger*innenumfrage. Auch im Bürgerhaushalt Stuttgart aus dem Jahr 2021 wurde die Forderung nach der Öffnung der Neckarinsel unterhalb der König-Karls-Brücke auf Platz 3 gewählt. Aber die Verwaltungsspitze sah in ihrer Stellungnahme vor allem Schwierigkeiten, warum die Neckarinsel „nur eingeschränkt für eine öffentliche Nutzung zur Verfügung stehen“ könnte. Zwischenzeitlich hat sich aus der Einwohner:innenschaft eine Initiative gebildet, die jetzt ein eingetragener Verein ist.

Ein Erfolg der Vereinsarbeit ist die Öffnung der Neckarinsel jeden Sonntag zwischen April und Oktober. Damit wurde auf der Neckarinsel ein konsumfreier Aufenthalt für alle am Wasser geschaffen. Zudem organisiert der Verein auch Diskussionen, Workshops und Wissensspaziergänge zum Thema Wasser. Durch diese Aktivitäten kann die Zivilgesellschaft mit den städtischen Planungen zum Erlebnisraum Neckar verzahnt werden.

Die beantragte Summe von 167 600 Euro setzt sich zusammen aus Zuschüssen für Personal (137 800 Euro), projektbezogene Aufwendungen (23 000 Euro) und Nebenkosten (19 000 Euro). Der Verein erhält darüber hinaus weitere Förderungen in Höhe von 10 000 Euro pro Jahr und erwirtschaftet Einnahmen in Höhe von 2200 Euro pro Jahr.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 167 000 €	2026:
2027: 167 000 €	2027:
2028: 167 000 €	2028:
2029: 167 000 €	2029:
2030: 167 000 €	2030:

Teilhaushalt:

610 Amt für Stadtplanung und Wohnen

Gez.

Hannes Rockenbauch	Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzender)	(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Stadtacker Wagenhallen e.V. dauerhaft finanzieren

Wir beantragen, folgende Stellen für den Stadtacker Wagenhallen e.V. dauerhaft zu finanzieren:

1. Naturraumpädagogik (50%)
2. Umzugskoordination (65%)
3. Umzugskoordination (35%)
4. Kosten für Lohnbuchhaltung, Stellenverwaltung und Versicherungsbeiträge: 3700 Euro pro Jahr.
5. Im Vorgriff auf die Genehmigung des Doppelhaushalts durch das Regierungspräsidium stellt die Kämmerei sicher, dass die Förderung bereits ab Januar 2026 an den Verein Stadtacker überwiesen wird.

Begründung:

Gemeinschaftsgarten, Willkommensort, Klimaoase und grünes Klassenzimmer – all das ist der Stadtacker Wagenhallen e.V., der seit Jahren auf dem C1 Gelände erfolgreiche Bildungs- und Beteiligungsarbeit leistet. Als gemeinschaftlich organisierter Gemüsegarten bietet der Stadtacker den Menschen die Möglichkeit des Selbstgestaltens, des Selbermachens, des Mitmachens und des Miteinanders. Dadurch wird der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt. Darüber hinaus ist der Stadtacker aber auch eine Bildungseinrichtung, ein Ort des Wissenstransfers. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, mit Schulklassen und jungen Menschen liegen dem Verein besonders am Herzen. Das Projekt „Naturzeit im Ganzttag“ bietet Schüler:innen bereits heute zwei Mal wöchentlich die Möglichkeit, auf dem Stadtacker tätig zu werden und dort zu lernen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 98 420 €	2026:
2027: 98 420 €	2027:
2028: 98 420 €	2028:
2029: 98 420 €	2029:
2030: 98 420 €	2030:

Teilhaushalt:

610 Amt für Stadtplanung und Wohnen

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Superblock – weiterführen

Wir beantragen:

- Die Pauschale Superblock bleibt mit je 1 Mio. Euro für die Jahre 2026 und 2027 erhalten.

Begründung:

Die Zustimmung zum Superblock ist hoch. 67 Prozent der bisherigen Rückmeldungen und alle befragten Kinder hielten den Superblock für eine gute Idee. Das hat die Zwischenevaluation des Beteiligungsbüros ISME gezeigt, die im Bezirksbeirat West am 19.11.2024 vorgestellt wurde. Der Superblock ist demnach ein wichtiger Bestandteil für die Schulwegesicherheit, das nachbarschaftliche Zusammenleben und die Lebensqualität. Abermals zeigt sich, dass die Veränderungsbereitschaft in Stuttgart hoch ist - auch wenn anderen nichts besseres einfällt, als den Verkehrsversuch zu verunglimpfen - trotz fast einstimmiger Beschlüsse im Gemeinderat. Deshalb wollen wir auch in den kommenden zwei Jahren weitere Superblocks realisieren.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 1 Mio. €	2026:
2027: 1 Mio. €	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

660 Tiefbauamt

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Kinder, Jugend, Schule



Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die Linke SÖS Plus

Betreff

Inklusive Spielstraßen

Wir beantragen:

- Die Weiterbewilligung der Förderung des Projekts „inklusive Spielstraßen“ in ihrer bisherigen Höhe von insgesamt 7.000 Euro jährlich.

Begründung:

Das Budget wird seit 2024 von SGI-BB verwaltet und dient der Unterstützung von

Spiel- und Freizeitangeboten von Kindern mit Behinderung (vgl. Inklusionspaket 2.0

GRDrs 375/2019). Das Projekt trägt maßgeblich zur Verbesserung der Lebensqualität in den Stadtvierteln bei, indem es sichere, inklusive, verkehrsberuhigte Bereiche für Kinder und Familien schafft.

Kosten:

ErgebnisHH FinanzHH

2026: 7.000€

2026:

2027: 7.000€

2027:

2028: 7.000€

2028:

2029: 7.000€

2029:

2030: 7.000€

2030:

Teilhaushalt: 810 Bürgermeisteramt, Abteilung Kinderbüro

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Aktuelle Gebührenhöhe Elternbeiträge in Kitas und beim Essensgeld beibehalten

Wir beantragen:

- die Beibehaltung der aktuellen Gebührensätze zur Betreuung von Kindern U3 und im Bereich der 3-6jährigen in Ganztage (GT) und in Kitas mit verlängerten Öffnungszeiten (VÖ) sowie die Beibehaltung der Elternbeiträge zum Essen in den jeweiligen Altersbereichen. Damit lehnen wir die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhungen ab.

Somit ergibt sich, dass aus Anlage 5 zur Mitteilungsvorlage 0883/2025 MV HH folgende Punkte nicht zur Haushaltskonsolidierung herangezogen werden sollen:

- 1.1. Erhöhung Elternbeiträge Kita einschl. Essensgeld U3
- 1.2. Erhöhung Elternbeiträge einschl. Essensgeld 3-6jährige

Begründung:

Sämtliche vorgeschlagene Erhöhungen der Elternbeiträge für die Betreuung von Kindern bedeuten eine enorme Belastung der Familienbudgets. Besonders Schwellenhaushalte, Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern werden sich eine Betreuung so nicht mehr leisten können. Die Folge wird sein, dass mehr Eltern auf Betreuung verzichten müssen, was einerseits Sprachentwicklung, soziale Interaktionen und Bildungschancen der betroffenen Kinder verschlechtert bzw. verunmöglicht. Andererseits werden mehr Eltern(teile) ihre Berufstätigkeit reduzieren müssen, was Armutssituationen mit entsprechender Abhängigkeit von aufstockenden finanziellen Leistungen, gefolgt von Altersarmut, deutlich verstärken wird und gleichzeitig den Fachkräftemangel durch an Betreuung der eigenen Kinder gebundene Eltern(teile), insbesondere Frauen, nochmals verschärft.

Eine teure Kinderbetreuung verringert die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen sich für (weitere) Kinder entscheiden oder Familien in Stuttgart Fuß fassen, worauf oben prognostizierter Fachkräftemangel sich nochmals verschärfen wird bzw. zusätzlich Finanzen für aufstockende Leistungen anfallen werden.

Der Konsolidierungsvorschlag belastet Familien und Kinder und verlangt von diesen einen überproportionalen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Dies ist so nicht hinnehmbar. Die geplante überproportionale Belastung der Eltern im Ganztagesbereich ist ein enormer Rückschritt für die finanzielle Eigenständigkeit von Frauen, die so in ihren Curriculum Vitae in Bildung und Erwerbstätigkeit massivst beeinträchtigt oder hierbei sogar zum Rückzug/ Ausschluss gezwungen werden.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 838 000 €	2026:
2027: 2 751 000 €	2027:
2028: 3 301 200 €	2028:
2029: 3 961 440 €	2029:
2030: 4 753 728 €	2030:
2031: 9 264 000 €	2031:
2032: 10 655 000 €	2032:

Teilhaushalt: 510

Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung des Jugendamtes

- 1.1. Erhöhung Elternbeiträge Kita einschl. Essensgeld U3
- 1.2. Erhöhung Elternbeiträge einschl. Essensgeld 3-6jährige

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff PIA-Anleitungspauschale muss bleiben

Wir beantragen:

- die Beibehaltung der PIA-Anleitungspauschale

Begründung:

Die Praxisintegrierte Ausbildung (PIA) zum/zur Erzieher:in wurde 2012 eingeführt. Mit dieser neuen Ausbildungsform konnten neue Zielgruppen, wie Abiturient/innen, Studienabbrecher/innen, männliche Bewerber und Quereinsteiger/innen gewonnen werden. Steigende Bewerber:innenzahlen sowie eine hohe Übernahmequote nach der Ausbildung sind ein Beleg dafür, dass die neue Ausbildungsform ein Erfolgsmodell ist.

Aufgrund des Ausbaus im Bereich der Kindertagesbetreuung besteht weiterhin ein erheblicher Fachkräftemangel. Die Auswirkungen des Fachkräftemangels konnten durch den Ausbau der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) zumindest teilweise abgemildert werden.

Die Anleitungspauschale wird für eine zentrale Ausbildungseinheit zur Steuerung der Leiter:innen, zur fachlichen Unterstützung der Kindertageseinrichtungen und Betreuung der Auszubildenden verwendet. Dadurch bleibt die Übernahmequote nach Beendigung der Ausbildung / Qualifizierung und die Bereitschaft der Fachkräfte, intensiv auszubilden, hoch. Ziel ist es, eine verbindliche Begleitung der Auszubildenden zu garantieren, um eine gute Ausbildung sicherstellen zu können – verbunden mit einer positiven Arbeitgeberbindung und daraus folgend mit dem Ergebnis einer Weiterbeschäftigung, weiterhin nachhaltig zu sichern.

Ohne Attraktivität der Anleitung in der PIA reduziert sich die Attraktivität für praktisch Auszubildende, was auch eine sinkende Attraktivität der Ausbildung für Azubis und damit neuen Fachkräften nach sich zieht.

Einen Rückgang der Qualität im Erfolgsmodell PIA können wir uns als Kommune vor dem Hintergrund vieler unversorgter Kinder nicht leisten.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 156 000 €

2026:

2027: 156 000 €

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt:

510 – Jugendamt

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Ressourcen kinderfreundliches Stuttgart

Wir beantragen:

- Die Weiterbewilligung der Förderung kinderfreundliches Stuttgart in ihrer bisherigen Höhe von insgesamt 20.000 Euro jährlich.

Begründung:

Aus den Mitteln wird der jährliche Kostenbeitrag für den Verein Kinderfreundliche Kommunen e. V. in Höhe von 8.000 EUR pro Jahr finanziert, Kosten für Veranstaltungen, wie z. B. der Fachtag zur Siegelverlängerung am 26.04.2024, die Feier zu 20 Jahre Kinderbüro am 20.02.2024, die Konferenzen der Kinderbeauftragten zweimal pro Jahr. Soweit die Mittel reichen, werden Projekte und Maßnahmen unterstützt, die der Kinderfreundlichkeit in Stuttgart dienen, wie der jährliche Weltmädchentag, Einzelprojekte wie ein Jugendgraffiti in Feuerbach, Material für Aktionen mit Kindern, z. B. zur Aufwertung von Spielflächen 2025, oder zum Bespielen der Wasserfontänen auf dem Marktplatz. Da die Landeshauptstadt Stuttgart aktuell bereits nicht die besten Umfragewerte in Bezug Familienfreundlichkeit aufweist, sollten nicht genau dann auch noch erfolgreiche und gut angenommene Angebote für Kinder und ihre Familien gekürzt werden. Sonst verliert der Standort noch mehr an Attraktivität, was dann auch in anderen Bereichen spürbar wird.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 20.000€	2026:
2027: 20.000€	2027:
2028: 20.000€	2028:
2029: 20.000€	2029:
2030: 20.000€	2030:

Teilhaushalt: 810 Bürgermeisteramt, Abteilung Kinderbüro

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Kosten für Schulverpflegung nicht erhöhen

Wir beantragen:

- die geplante Erhöhung des Essensgeldes für Eltern nicht vorzunehmen und die Herausnahme dieses Vorhabens aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept (HSK).
- daraus resultierend darf die Schulverpflegung nicht verteuert werden.

Begründung:

Die geplante Erhöhung der Kosten für die Schulverpflegung bedeutet einen zunehmenden Attraktivitätsverlust für gesundes Schulessen. Schüler:innen werden entweder vermehrt zu Junk-Food greifen, was dann fast zum gleichen Preis erhältlich ist oder nicht mehr am Schulessen teilnehmen, da die Eltern sich das Essen nicht mehr leisten können. Besonders Schwellenhaushalte werden hier betroffen sein.

Schulverpflegung muss gesund und so erschwinglich bleiben, dass ungesunde Alternativen von vornherein unattraktiv sind.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 363 000 €

2026:

2027: 1 097 000 €

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt:

400 - Schulverwaltungsamt

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Gustav-Werner-Schule, 1. Bauabschnitt: Schulerweiterung Anbau Ost im kommenden Doppelhaushalt verankern

Wir beantragen:

- Für die Gustav-Werner-Schule, den 1. Bauabschnitt (Schulerweiterung Anbau Ost) im kommenden Doppelhaushalt zu verankern.

Begründung:

Durch den Gesamtprojektverzug entstehen Baukostensteigerungen, die künftig den kommunalen Haushalt noch stärker belasten würden als bisher.

Weitere Auslagerungen von Schulklassen wären erforderlich, damit zerfasert die Schulgemeinschaft. Schulorganisatorische Aufgaben würden weiter wachsen und den Schulbetrieb einschränken.

Die Schulraumversorgung wäre trotzdem nur noch für voraussichtlich vier Jahre möglich.

Der Schulbetrieb ist also akut gefährdet, genauso die Umsetzbarkeit des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung aufgrund der räumlichen Situation.

Die Baurechtliche Genehmigung des Interimsbaus kann nicht weiter verlängert werden.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027: 3 700 000 €

2027:

2028: 21 400 000 €

2028:

2029: 24 720 000 €

2029:

2030: 2 200 000 €

2030:

Teilhaushalt: 400

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Außerschulische Bildung und Betreuung (städt. Jugendbegleiter) weiter finanzieren.

Wir beantragen:

- die außerschulische Bildung und Betreuung (städt. Jugendbegleiter) weiter zu finanzieren.

Begründung:

Das Mittagessen für Kinder von Bonuscard-Inhaber:innen wird bei der Stadt kostenfrei angeboten. Die Planansätze sind in den vergangenen Jahren im Verhältnis zu den tatsächlichen Mittelabflüssen überproportional angestiegen. Die vorgeschlagene Einsparung die Reduzierung des Ansatzes um 1,5 Mio. Euro entspricht nicht der Abdeckung des tatsächlichen Bedarfs, da nicht alle Schulen mit einer Mensa ausgestattet sind und somit kein Mittagessen anbieten können. Hier bedarf es im Rahmen der Chancengerechtigkeit einer Nachbesserung, so dass alle Kinder mit BuT-berechtigung eine kostenlose warme Mahlzeit erhalten können.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 1 500 000 €

2026:

2027: 1 500 000 €

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt:

400

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

AVdual: Personalkostensteigerung in den DHH aufnehmen**Wir beantragen:**

- die Personalkostensteigerung für AVdual (duale Ausbildungsvorbereitung) mit in den Doppelhaushalt aufzunehmen.

Begründung:

- Steigerung der Personalkostenerstattung bei den Trägern
- Steigerung des Bedarfs an Schulplätzen

Die duale Ausbildungsvorbereitung ist ein Vollzeitangebot für berufsschulpflichtige Jugendliche mit oder ohne Hauptschulabschluss. Die Schüler:innen können im AVdual einen dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Abschluss erwerben bzw. ihren Hauptschulabschluss verbessern. Die Jugendlichen haben dabei die Möglichkeit, verschiedene Berufsfelder kennenzulernen und werden durch eine spezielle AVdual-Begleitung, die auch Praktika unterstützt, auf das Berufsleben vorbereitet. Ziel ist es, möglichst viele Jugendliche für eine Ausbildung und damit für das Berufs- und Erwerbsleben zu qualifizieren.

Bei steigenden Schüler:innenzahlen ist ein höherer Personalbedarf eine nachvollziehbar unvermeidbare Konsequenz.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 137 800 €

2026:

2027: 172 800 €

2027:

2028: 172 800 €

2028:

2029: 172 800 €

2029:

2030: 172 800 €

2030:

Teilhaushalt:

400

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Betreuungsgebühren Schulkindbetreuung nicht erhöhen

Wir beantragen:

- die Beibehaltung der aktuellen Gebührensätze zur Betreuung von Kindern im Rahmen der verlässlichen Grundschule, der ergänzenden Betreuung in Grundschulen und SBBZ, in Betreuungsformen außerschulischer Trägerschaften, in Schüler:innenhäusern und der Ferienbetreuung. Damit lehnen wir die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Elternbeiträge ab.

Somit ergibt sich, dass aus Anlage 5 zur Mitteilungsvorlage 0928/2025 MV HH folgende Punkte nicht zur Haushaltskonsolidierung herangezogen werden sollen:

- 1.3 verlässliche Grundschule
- 1.4 außerschulische Bildung und Betreuung
- 1.6. ergänzende Betreuung Ganztageschulen plus (GTS-SBBZ)
- 1.7 Schüler:innenhäuser freie Träger
- 1.9 Ferienbetreuung sollen ebenfalls aus dem Haushaltssicherungskonzept (HSK) herausgenommen werden.

Begründung:

Sämtliche vorgeschlagene Erhöhungen der Elternbeiträge für die Betreuung von Schüler:innen während der Schulzeit und in den Ferien bedeuten eine enorme Belastung der Familienbudgets.

Besonders Schwellenhaushalte, Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern werden sich eine Betreuung so nicht mehr leisten können. Die Folge wird sein, dass mehr Eltern auf Betreuung verzichten müssen, was einerseits Sprachentwicklung, soziale Interaktionen, gemeinsame Erlebnisse und Bildungschancen der betroffenen Kinder verschlechtert bzw. verunmöglicht und den unbeaufsichtigten Medienkonsum steigern wird.

Andererseits werden mehr Eltern(teile) ihre Berufstätigkeit reduzieren müssen, was Armutssituationen mit entsprechender Abhängigkeit von aufstockenden finanziellen Leistungen, gefolgt von Altersarmut, deutlich verstärken wird und gleichzeitig den Fachkräftemangel durch an Betreuung der eigenen Kinder gebundene Eltern(teile), insbesondere Frauen, nochmals verschärft.

Die gesamtgesellschaftlichen Folgekosten, welche auch kommunal aufschlagen werden, werden höher ausfallen als Investitionen in Bildung von Kindern und Unabhängigkeit der Frauen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 2 605 000 €	2026:
2027: 7 884 000 €	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

400

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks (Fraktionsvorsitzende)	Hannes Rockenbach (Fraktionsvorsitzender)
--	--

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

BuT-Mittagessen für alle Berechtigten sicherstellen**Wir beantragen:**

- Den Anschluss aller Schulen, die bisher keine Mensa haben, an das **Bildungs- und Teilhabe-** (BuT-) Essensangebot durch geeignete Maßnahmen.
- die Erhebung der Schüler:innen, die bisher noch nicht vom Angebot des kostenlosen Mittagessens im Rahmen BuT profitieren.
- die Anpassung im Haushaltskonsolidierungskonzept um diese Kosten.

Begründung:

Im städtischen Bildungs- und Teilhabe-Angebot (BuT) ist vorgesehen, alle Stuttgarter Schüler:innen mit BonusCard mit einem kostenlosen warmen Mittagessen zu versorgen. Allerdings hat nicht jede Schule eine Mensa, wodurch die dortigen berechtigten Schüler:innen nicht von diesem wichtigen Angebot profitieren.

Die Planansätze sind in den vergangenen Jahren im Verhältnis zu den tatsächlichen Mittelabflüssen überproportional angestiegen. Die vorgeschlagene Einsparung die Reduzierung des Ansatzes um 1,5 Mio. Euro entspricht nicht der Abdeckung des tatsächlichen Bedarfs, da nicht alle Schulen mit einer Mensa ausgestattet sind und somit kein Mittagessen anbieten können. Hier bedarf es im Rahmen der Chancengerechtigkeit einer Nachbesserung, so dass alle Kinder mit BuT-Berechtigung eine kostenlose warme Mahlzeit erhalten können.

Für die Berechnung der künftigen Kosten wurden die Zahlen der bisher veranschlagten Mittel angegeben.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 1 500 000 €

2026:

2027: 1 500 000 €

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt:

400

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Freie Fahrt für Schüler:innengruppen**Wir beantragen:**

- Die Kostenübernahme wird weiterhin sichergestellt.

Begründung:

Ausflüge oder Fahrten innerhalb der Unterrichtszeit wie beispielsweise Fahrten zum Sportunterricht in Turnhallen anderer Stadtteile, zum Schwimmunterricht, ins Museum, im Rahmen von Projektwochen usw. fallen unter die Schulpflicht und Präsenzplicht. Die Kosten übersteigen den zumutbaren Anteil im Sinne der Lehrmittelfreiheit, zumal sie als wiederkehrend und damit aggregierend zu betrachten sind. Dabei ist mit einzukalkulieren, dass auch Ausflüge im Rahmen der (ergänzenden) Ganztagesangebote Bildungsinhalte darstellen.

Fahrkosten im Rahmen des Unterrichts oder der Ganztagesbetreuung würden Familienbudgets zusätzlich belasten.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 492 000 €

2026:

2027: 590 000 €

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt:

400

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Kosten für Schulverpflegung nicht erhöhen

Wir beantragen:

- die Beibehaltung der bisherigen Höhe der Kostenbeiträge für die Schulverpflegung.

Begründung:

Ein gesundes Mittagessen muss preislich attraktiv bleiben, um das Abwandern von Schüler:innen zu Fast-Food-Angeboten nicht zusätzlich zu forcieren. Gesunde Ernährung dient der Gesunderhaltung der Schüler:innen und ist ein Baustein für die Vermeidung von gesamtgesellschaftlichen Folgekosten durch Übergewicht, Fettstoffwechselerkrankungen u.ä. und damit Erkrankungen des Bewegungsapparates, Diabetes mellitus Typ II, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und daraus folgender vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit im Erwachsenenalter.

Daher sollten die Kosten für das Mittagessen für Schüler:innen nicht angehoben werden.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 363 000 €	2026:
2027: 1 097 000 €	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

400

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Schulstandort Lindenschulviertel: Kinobauer-Areal in Stuttgart Untertürkheim muss den Schulen schnell zur Verfügung stehen

Wir beantragen:

- für den Schulstandort im Lindenschulviertel das Kinobauer-Areal in Stuttgart Untertürkheim so zu entwickeln, dass der ursprünglich anvisierte Baubeginn 2028 starten kann und damit der Linden-Realschule und dem Wirttemberg-Gymnasium dringend notwendige Klassenzimmer zur Verfügung stehen.
- die Verwaltung teilt entsprechende Mittelbedarfe mit, da aus den Tabellen nicht alle Zahlen hervorgehen
- die nötigen finanziellen Mittel finden Eingang im Haushalt.

Begründung:

Die Stadt Stuttgart erwarb kürzlich das Kinobauer-Areal, da es in den beiden Schulen im Lindenschulviertel mittlerweile sehr eng wird. Durch den baldigen Wegfall der Interimscontainer, deren Baugenehmigung im Jahr 2028 ausläuft (bevor diese Genehmigung bereits mehrmals verlängert wurde) besteht dringender Handlungsbedarf.

Eine Verlängerung der Container ist baurechtlich nicht mehr möglich. Die Substanz der Container ist desolat: sie sind nicht isoliert, so dass es im Winter sehr kalt und im Sommer sehr heiß ist, die Innenräume stinken regelrecht und es zeigt sich massiver Verfall.

Steigende Klassenzahlen in der Realschule stellen diese vor enorme Herausforderungen. Auch das Wirttemberg-Gymnasium ist auf weitere Schulräume angewiesen, auch hier müssen Klassenzimmer im Container genutzt werden. Die Schulhoffläche ist durch die Klassenzimmercontainer stark verkleinert und der Schüler:innenzahl nicht angemessen. Das geplante Auslaufen der Werkrealschule in Stuttgart Wangen birgt weitere Schüler:innenwanderung.

Außerdem ist die Linden-Realschule eine Startchancenschule mit entsprechenden Bedarfen durch die Zusammensetzung des umgebenden Sozialraumes, was wiederum kein Nachlassen in den baulichen Voraussetzungen für einen reibungslosen Schulbetrieb zulässt.

Durch die letzte Schulgesetzänderung haben zum SJ 2028/29 insgesamt 8-10 Klassen keinen Klassenraum mehr. Die **Beschulung** aller Schülerinnen und Schüler **kann nicht sichergestellt werden**.

Zeitgleich ist am Standort eine Flüchtlingsunterkunft geplant. Auch hier ist zu erwarten, dass Schülerinnen in der Schule aufgenommen werden müssen.

Die schulgesetzliche Änderung in Baden-Württemberg erfordert Tempo im Ausbau der Schulstandorte. Daher ist die Umsetzung der baulichen Schulerweiterung aus unserer Sicht direkt und ohne Verzögerung anzugehen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 0	2026:
2027: 190 000 €	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

400 Schulverwaltungsamt

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks	Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzende)	(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Pilotprojekt „Offene Schulhöfe“ umsetzen

Wir beantragen:

- Es darf keine Streichung des Projektes „Offene Schulhöfe“ im Zuge der Haushaltskonsolidierung geben.

Begründung:

Mit dem Pilotprojekt im Rahmen der **Fortschreibung des Aktionsplanes Kinder- und Jugendfreundliche Kommune** GRDRs 298/2023 soll geprüft werden, ob eine grundsätzliche Öffnung der Schulhöfe perspektivisch eine **Erweiterungsmöglichkeit der Freiflächen** für Jugendliche sein könnte.

Freiflächen für Kinder und Jugendliche sind rar in der Stadt. Gerade Jugendliche aber brauchen konsumfreie Räume für Begegnung in der Peer-Group. Als Kommune mit dem Siegel „kinderfreundliche Stadt“ müssen entsprechende Maßnahmen Eingang finden.

Zuletzt wurde deutlich, dass die Planung von Freiflächen in Stuttgart durch die bereits bestehende Bebauung massiv beeinträchtigt ist. Paradoxerweise führte diese Tatsache zur künftigen Verringerung der zu planenden Freiflächen in m²/ Einwohner:in, da die bis dato gesetzten Standards „sowieso nicht erreicht werden können“. Umso wichtiger ist aus unserer Sicht das Projekt „Offene Schulhöfe“.

Das genannte Projekt benötigt für die damit zusammenhängende Sonderreinigung 90T € jährlich.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 90 000 €	2026:
2027: 90 000 €	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

400

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Ausbau Schulsozialarbeit an einem SBBZ sowie zwei beruflichen Schulen

Wir beantragen:

- 0,5 VZÄ Fachkraftstelle für ein SBBZ (Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum)
- Zwei 0,5 VZÄ Fachkraftstellen für zwei berufliche Schulen

Begründung:

Die Schulsozialarbeit an Schulen muss ausgebaut werden. Die realen Bedarfe sind längst noch nicht gedeckt.

Im Voting des diesjährigen Bürger:innenhaushaltes schaffte es der Antrag „Ausbau der Schulsozialarbeit“ auf Platz 7, im vorangegangenen Bürger:innenhaushalt auf Platz 6. Damit zeigt sich das enorme Interesse der Stuttgarter Bürger:innen an dieser Maßnahme.

Der Ausbau der Schulsozialarbeit muss flächendeckend präventiv als auch an zusätzliche Bedarfe angepasst werden.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 177 000 €

2026:

2027: 303 000 €

2027:

2028: 303 000 €

2028:

2029: 303 000 €

2029:

2030: 303 000 €

2030:

Teilhaushalt:

510 Jugendamt

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Qualitätsentwicklungsfond-Fonds nicht abschmelzen**Wir beantragen:**

- den Qualitätsentwicklungsfond (QE-Fonds) nicht abzuschmelzen und aus dem Haushaltssicherungskonzept (HSK) herauszunehmen.

Begründung:

Durch eine Einsparung im QE-Fond würden Mittel für den Förderschwerpunkt I zur Unterstützung des Übergangs Kita-Grundschule und für den Förderschwerpunkt II zur Unterstützung von kooperativen Schulentwicklungsprojekten fehlen – in beiden Fällen ein herber Verlust für wichtige Projekte, zumal die Voraussetzungen der Kinder für einen guten Übergang in die Schule zunehmend schlechter werden bzw. Ergebnisse von Bildungsanalysen weiterhin talwärts fahren.

Hier ist dringend Schulentwicklung als ein wichtiger Gelingensfaktor für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn vonnöten.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 131 000 €	2026:
2027: 60 000 €	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

810 – Bürgermeisteramt, JB-BiP

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Stadtentwicklung, Quartiers- management



Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Mehr Personal für Abteilung Städtebauliche Planung Neckar (61-6)

Wir beantragen:

- Vier zusätzliche Planer*innenstellen für die Abteilung städtebauliche Planung Neckar (61-6)

Begründung:

Seit vielen Jahren ist das Projekt Stadt am Fluss (Landschaftspark Neckar) auf Platz 1 der beliebtesten Projekte in der Bürger:innenumfrage. Zuletzt hatten 28 Prozent der Befragten eine sehr gute Meinung zu dem Projekt, 40 Prozent eine gute Meinung, 22 Prozent waren der Überzeugung, das Projekt sei teils teils gut, nur zwei Prozent hatten eine schlechte und ein Prozent eine sehr schlechte Meinung. Nur 16 Prozent der Befragten hatten keine Meinung dazu.

In der Stellungnahme der Verwaltung zu „Neckaruferpromenade“ (Platz 4) des letzten Bürgerhaushalts war zu lesen, dass die Umgestaltung des Teilprojekts „Wasenufer und Wasenquerung“ vom Gemeinderat im Jahr 2019 beschlossen wurde. Der Baubeginn ist derzeit für das Jahr 2028 geplant.

Es ist nicht akzeptabel, dass Projekte, die in Sachen Klimaanpassung und Stadtgestaltung enorm wichtig und wertvoll sind, so lange dauern. Wenn zwischen Beschluss und geplanter Umsetzung ganze 9 Jahre liegen, dann hat das Projekt innerhalb der Stadtverwaltung keine Priorität – das muss sich dringend ändern. Ein erster Schritt sind vier zusätzliche Planer*innenstellen für die Abteilung städtebauliche Planung Neckar.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 610 Amt für Stadtplanung und Wohnen

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Lebenswerte Innenstadt nach wie vor mit 1. Mio. Euro pro Jahr umsetzen

Wir beantragen:

- Das Budget zur Umsetzung der Lebenswerten Innenstadt für alle wird nach wie vor mit einer Höhe von einer Million Euro pro Jahr festgesetzt.

Begründung:

Das Ziel sollte es sein, in diesem Doppelhaushalt sichtbare Maßnahmen des Zielbeschlusses in die Umsetzung zu bringen. Dabei ist insbesondere die Entfernung von oberirdischen Parkplätzen bereits Beschluss des Gemeinderats, und muss nicht Gegenstand einer vertiefenden Planung oder Konzeption sein. Auch die Umwidmung von Straßenflächen, die zur Anbindung der bestehenden Parkhäuser dienen, zu Shared-Space-Bereichen kann bereits abschnittsweise in Angriff genommen werden. Der Verkehrsversuch der Rathausschleife ist ein erster positiver Ansatz. Ebenso wie die Ausweitung der Fußgängerzone.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026: 1 Mio. €
2027:	2027: 1 Mio. €
2028:	2028: 1 Mio. €
2029:	2029: 1 Mio. €
2030:	2030: 1 Mio. €

Teilhaushalt:

610 Amt für Stadtplanung und Wohnen

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Antirassismus, Demokratie, Migration



Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Stellenplan Stärkung Assistenz in der Abteilung Integrationspolitik

Wir beantragen:

- Wir beantragen die Förderung einer 0,5 Assistenzstelle in 0 EG 6. Kosten 32.400€/Jahr.

Begründung:

Die Abteilung Integrationspolitik koordiniert die Integrationspolitik der Landeshauptstadt Stuttgart. Die Grundlage dafür bildet seit 2001 das Stuttgarter Bündnis für Integration. Die Abteilung Integrationspolitik besteht aus den drei Fachbereichen Strategie und Konzeption, Fachstelle Migration und Welcome Center Stuttgart.

In der Abteilung Integrationspolitik arbeiten insgesamt 14 städtische Beschäftigte auf 13,1 Personalstellen. Die Abteilung hat eine Verwaltungskraft als 1 VZÄ.

Durch den Aufgaben- und Personalzuwachs in den letzten Jahren ist auch der Verwaltungsaufwand gewachsen und erfordert eine Aufstockung. Viele organisatorische Aufgaben werden von der stv. Leitung und den Mitarbeiterinnen selbst übernommen. Dies geht zu Lasten der fachlichen Aufgaben in der Abteilung.

Beantragt wird eine 0,5 Assistenzstelle.

Aufgaben:

Zuarbeit für die Leitung und das Team (Terminkoordination, Schreibaarbeiten), alle Sekretariatsaufgaben: Telefonbetreuung, Korrespondenz Email & Post, Datenbankpflege, Organisation und Verwaltung von Büromaterial.

Teilhaushalt:

810 Bürgermeisteramt

ErgebnisHH

2026: 32 400 €

2027: 32 400 €

2028: 32 400 €

2029: 32 400 €

2030: 32 400 €

FinanzHH

2026:

2027:

2028:

2029:

2030:

Gez.

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Sozialdienst muslimischer Frauen Stuttgart e. V. weiter unterstützen

Wir beantragen:

- Sozialdienst muslimischer Frauen Stuttgart e. V. bekommt zur Weiterführung der Projekte „Frauen stärken Frauen“ und PPQ (Patenschaft - Praxis - Qualifizierung) einen städtischen Zuschuss in Höhe von 75 000 Euro pro Jahr.

Begründung:

Der Sozialdienst muslimischer Frauen Stuttgart e.V. engagiert sich seit dem Jahr 2016 dafür, die soziale, politische und gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern. Der Verein bekämpft jegliche Form von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Angebote richten sich an Frauen und Männer, Kinder, Jugendliche, und Familien, Geflüchtete und Zugewanderte, Senior*innen und Angehörige, Menschen mit Behinderungen und Menschen in besonderen Lebenslagen.

Jährlich führt der Verein rund 500 Beratungen mit Dokumentation durch. 180 engagierte Ehrenamtliche unterstützen den Sozialdienst. Ein bedeutender Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Präventionsarbeit gegen religiösen Extremismus.

Drei Schwerpunkte hat der Sozialdienst muslimischer Frauen Stuttgart e.V.:

- PPQ – Das Patenschaftsprojekt des Programms Menschen stärken Menschen: Von Ehrenamtlichen Pat*innen werden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in besonderen Lebenslagen in Alltagssituationen begleitet.
- FsF – Frauen stärken Frauen: Präventionsarbeit gegen religiös begründeten Extremismus.
- HERStory: Unterstützen schwer erreichbare junge Frauen dabei, Zugang zur Gesellschaft zu finden und fördert deren soziale Teilhabe.

Gerade in der jetzigen Situation, in der die Zuspitzung des Krieges im Nahen Osten voranschreitet, sind Projekte, die den Zusammenhalt und das friedliche Zusammenleben in Stuttgart fördern, wichtiger denn je. Mit den drei Projekten leitet der Sozialdienst eine wichtige Präventionsarbeit, die unbedingt fortgeführt werden muss.

Ausgerechnet jetzt plant die Bundesregierung – ähnlich wie bei dem Projekt Partnerschaft für Demokratie oder dem Friedensprojekt Schalom und Salam – die finanziellen Mittel zum Ende des Jahres einzustellen. Damit würde die wichtige Arbeit, die interkulturellen Dialog mit sozialer und gesellschaftlicher Teilhabe verbindet, verschwinden. Die Arbeit des

Sozialdiensts ist in diesen Zeiten notwendiger denn je und darf in keinem Falle den Sparplänen der Bundesregierung zum Opfer fallen.

In dieser Situation sollte die Stadt Stuttgart Verantwortung für das Fortbestehen der Arbeit des Sozialdienstes muslimischer Frauen Stuttgart e.V. übernehmen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 75 000 €	2026:
2027: 75 000 €	2027:
2028: 75 000 €	2028:
2029: 75 000 €	2029:
2030: 75 000 €	2030:

Teilhaushalt:

810 Bürgermeisteramt

Gez.

Johanna Tiarks	Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzende)	(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff „Partnerschaft für Demokratie Stuttgart“ fortführen

Wir beantragen:

- Wir beantragen die Förderung für die „Partnerschaft für Demokratie Stuttgart“. Die Zuwendung geht an den Stadtjugendring Stuttgart i.H.v. 125.000 mit Euro/Jahr. Für die Weiterführung des Programms Partnerschaft für Demokratie in der Fach- und Koordinierungsstelle sowie zur Evaluation dieses Programms.

Begründung:

Die Partnerschaft für Demokratie ist ein starkes Netzwerk engagierter Menschen und Organisationen, das sich in Stuttgart für Demokratie, Vielfalt und ein respektvolles Miteinander einsetzt. Durch Austausch, Förderung, Beteiligung und Kooperation stärken Sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt und setzen ein klares Zeichen gegen Hass, Ausgrenzung und Spaltung.

1. Stärkung der demokratischen Werte

Die Partnerschaft für Demokratie fördert das Verständnis und die Akzeptanz von grundlegenden demokratischen Prinzipien wie Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit. Durch die Unterstützung solcher Partnerschaften werden Werte wie Toleranz, Respekt und der Dialog zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gestärkt.

2. Förderung der Zivilgesellschaft

Das Kernelement der Partnerschaft für Demokratie Stuttgart ist die Förderung und Stärkung einer lebendigen, vielfältigen und offenen Demokratie durch aktive Kooperationen von Politik, Verwaltung, Organisationen, Institutionen und Zivilgesellschaft.

Der Bildungsarbeit, im Sinne einer Auseinandersetzung mit demokratischen Werten und Haltungen, kommt bei diesen Aufgaben eine entscheidende Rolle zu.

In diesem Rahmen sollen Bildungsangebote, welche die Stärkung der Demokratie und den Abbau gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Stuttgart zum Ziel haben, gebündelt sichtbar wird. Ihre Arbeit ist für die Schaffung eines offenen und funktionierenden demokratischen Systems unverzichtbar.

Teilhaushalt:

810 Bürgermeisteramt

ErgebnisHH

2026: 125 000 €

2027: 125 000 €

2028: 125 000 €

2029: 125 000 €

2030: 125 000 €

FinanzHH

2026:

2027:

2028:

2029:

2030:

Gez.

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Stellenplanantrag Kommunale Demokratieförderung

Wir beantragen:

- Wir beantragen die Förderung eine Stelle für die kommunale Demokratieförderung, es handelt sich um 1 Vollzeitstelle in EG 13, 52.500€ pro Jahr.

Begründung:

SGI-IP hat seit der Beschlussfassung des „Bündnis für Integration“ durch den Gemeinderat im Jahr 2001 wichtige Kooperations- und Koordinierungsstrukturen in den Handlungsfeldern Demokratieförderung und Antidiskriminierung aufgebaut und weiterentwickelt, insbesondere durch die Einbindung von Migrantenorganisationen und weiteren relevanten Akteuren in verschiedene Maßnahmen und Angebote der Demokratieförderung und der politischen Partizipation. Darüberhinaus hat SGI-IP als federführendes Amt die Partnerschaft für Demokratie Stuttgart (von 2017 bis 2024) umgesetzt und mehrere Maßnahmen im Handlungsfeld Extremismusprävention, auch in der Einwanderungsgesellschaft, initiiert.

a) Die Stadt als Vernetzerin

In Stuttgart gibt es zahlreiche zivilgesellschaftliche Vereine (mit und ohne Migrationshintergrund), Projekte und Maßnahmen in den Handlungsfeldern „Demokratieförderung“ und „Antidiskriminierung“. Der Großteil ist nicht in Arbeitskreisen oder städtischen Gremien eingebunden. Eine übergeordnete Vernetzungsplattform im Sinne einer Vogelperspektive ist nicht vorhanden. Es braucht ein Netzwerk mit regelmäßigen Sitzungen unter der Leitung von SGI-IP, um die Akteure und Projekte untereinander und mit der Stadtverwaltung und Stadtpolitik zu vernetzen.

b) Die Stadt als strategische Planerin

Es bedarf einer strategischen Planung und konzeptionellen Weiterentwicklung der kommunalen Demokratieförderung mit Blick auf den extremen Anstieg von:

- Auslandsbezogenem Extremismus (Links- und Rechtsextremismus) (bspw. Ausschreitungen im Kontext Eritrea, Jüdisch-Muslimische Konflikte, Türkisch-Kurdischer Konflikt)

- Rechtsextremismus und Ultranationalismus in der Einwanderungsgesellschaft (bspw. Türkischer/Kroatischer/Russischer Ultranationalismus)
- Religiös begründetem Extremismus

(Es gibt mehrere Moscheegemeinden in Stuttgart, die verfassungsfeindliche Tendenzen haben und von den Sicherheitsbehörden beobachtet werden).

c) Die Stadt als Gestalterin

Seit mehreren Jahren initiiert SGI-IP innovative Dialogformate zur Konfliktprävention und Konfliktmediation und berät Projekte mit Fokus Demokratieförderung und Antidiskriminierung in verschiedenen Phänomenbereichen (Gesprächsforum zum Israel-Palästina Konflikt, Hearing Stuttgarter Moscheegemeinden mit dem Schwerpunkt Extremismusprävention). Es besteht der Bedarf, als Stadt eine stärkere gestalterische Rolle zu übernehmen, bestehende Formate fortzuführen und weiterzuentwickeln, um mit den gesellschaftlichen Herausforderungen umzugehen.

Es handelt sich hierbei um eine notwendige Daueraufgabe der strategischen Integrationsarbeit, die aus dem bestehenden Personalpool nicht geleistet werden kann.

Die Grundlage dafür ist das gesamtstädtische Integrationskonzept „Stuttgarter Bündnis für Integration“ mit den Handlungsfeldern „Demokratieförderung“ und „Antidiskriminierung“ (Fortschreibung 2021), zu denen die „strategische Demokratieplanung“ der Stadtverwaltung und ihrer Bündnispartner zählt.

Zielvorgabe ist die aktive Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern (unabhängig von Migrationshintergrund) an Angeboten der Demokratieförderung im Sinne einer demokratischen und diskriminierungskritischen Stadtgesellschaft.

Handlungsfeld Muslime in Stuttgart

Netzwerk Junge Muslime

Seit 2020: Koordinierung, Vernetzung und Qualifizierung von jungen Muslimen im Alter von 14 bis 27 Jahren in Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung, Eugen-Biser-Stiftung und der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

Projektgruppe Muslimischer Begegnungsraum in Stuttgart Mitte

Seit 2020: Koordinierung einer Projektgruppe mit 4 Unterarbeitsgruppen zur Erarbeitung eines Konzepts für die Schaffung eines Begegnungszentrums in Stuttgart Mitte für Muslime in deutscher Sprache.

Arbeitskreis Stuttgarter Muslime

Seit 2008: Geschäfts- und Koordinierungsstelle eines Arbeitskreises von ausgewählten Moscheegemeinden (die von den Sicherheitsbehörden als unbedenklich eingestuft sind) und weiteren Vereinen mit muslimischer Prägung mit den Themenschwerpunkten, Extremismusprävention, Gesundheit, Bildung, gesellschaftliche Teilhabe, Kinder- und Jugendarbeit, Frauenarbeit.

Hearing Stuttgarter Moscheegemeinden

Seit 2024: Gesprächsformat in Kooperation mit dem Polizeipräsidium Stuttgart mit allen in Stuttgart ansässigen Moscheegemeinden, darunter auch Gemeinden, die von den Sicherheitsbehörden beobachtet werden. Themenschwerpunkte sind Extremismusprävention und Antimuslimischer Rassismus.

Mitgliedschaften in folgenden Gremien:

- Runder Tisch der Religionen vom Sozialministerium
- Expertenkreis Islamberatung bei der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Handlungsfeld Sicherheit und Extremismusprävention

Seit 2019: Geschäftsführung der Arbeitsgruppe Sicherheit und Muslimische Akteure mit den Schwerpunkten:

- Religiös begründeter Extremismus
- Linksextremismus
- Rechtsextremismus
- Ultranationalismus in der Einwanderungsgesellschaft
- Antisemitismus

Ansprechpartnerin für Stadtverwaltung, Gemeinderat, Muslimische Organisationen und Netzwerke, Bürgerinnen und Bürger zu Themen, die den Islam betreffen.

Handlungsfeld Gesellschaftlicher Zusammenhalt / Friedensprojekte / Demokratieförderung

Seit 2024: Beratung und Begleitung von Jüdisch-Muslimischen Friedensprojekten im öffentlichen Raum:

- Sukkat Salam
- Schalom Salam

Seit 2023: Dialogformate mit Eritreischen Bürgerinnen und Bürgern zum innereritreischen Konflikt.

Seit 2023: Dialogformate zum Nah-Ost Konflikt.

Handlungsfeld Institutionelle Förderung und strategische Begleitung Akteuren und Projekten aus den Bereichen Demokratie und Antidiskriminierung

- AfroKids e.V. seit 2023
- Support Group Network e.V. seit 2023
- Büro für Diskriminierungskritische Arbeit e.V. seit 2020
- LAKA e.V. seit 2022
- Kubus e.V. ab 2025
- Sozialdienst Muslimischer Frauen e.V. ab 2025
- Die Partnerschaft für Demokratie mit dem Stadtjugendring e.V. von 2017 bis 2024 war bis zum 31.12.2024 ein Kooperationsprojekt, das vom Bundesprogramm Demokratie leben gefördert wurde. Seit 2025 wird das Projekt zunächst für das laufende Jahr von der Stadt Stuttgart finanziert.

Handlungsfeld Kommunales Demokratiemanagement / Demokratiezentrum ab 2026

- Schaffung eines Beirats mit relevanten Akteuren
- Koordinierung und Bündelung aller Demokratieangebote in der Kommune (Anstifter, Team Tomorrow, Partnerschaft für Demokratie, Schalom und Salam)
- Plattform für Vernetzung aller Akteure aus dem Bereich
- Strategische Demokratieplanung

Teilhaushalt 810 Bürgermeisteramt

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 25 000 €	2026:
2027: 25 000 €	2027:
2028: 25 000 €	2028:
2029: 25 000 €	2029:
2030: 25 000 €	2030:
Gez.	
Aynur Karlikli	Hannes Rockenbach (Fraktionsvorsitzender)
Johanna Tiarks (Fraktionsvorsitzende)	Dennis Landgraf
Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Ausbau der Asylverfahrens- und Aufenthaltsberatung

Wir beantragen:

zum Ausbau der Asylverfahrens- und Aufenthaltsberatung bei der ArrivalAid gUG Mittel in Höhe 35.000 EUR/Jahr.

Begründung:

ArrivalAid, als unabhängige, gemeinnützige Unternehmergeellschaft bietet bisher Geflüchteten durch ehrenamtlich geschulte freiwillig Engagierte Asylverfahrens- und Aufenthaltsberatung an. Da die Durchführung eines Asylverfahrens in Deutschland Bundesangelegenheit und die ausführende Behörde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist, ist die Einflussnahme über kommunale Förderstrukturen ausgeschlossen.

Die explizite Intention der Asylverfahrens- und Aufenthaltsberatung ist es, Ratsuchende über alle in Frage kommenden Aufenthaltsoptionen aufzuklären und sie auf die Anhörung beim BAMF und dem Verwaltungsgericht vorzubereiten. Diese Aufgabe übernehmen geschulte freiwillige Engagierte.

ArrivalAid möchte künftig zusätzlich eine qualifizierte Fachkraft im Umfang von 0,5 VZÄ einsetzen, die ausschließlich zu den Themen Asyl und Aufenthalt berät und direkter Kommunikationskanal zu externen Fachanwälten*innen für Migrationsrecht von ArrivalAid ist.

Dieses Vorhaben unterstützen wir. Die unabhängige themenspezifische und umfassende Asylverfahrens- und Aufenthaltsberatung eröffnet neu zugewanderten Menschen Handlungsoptionen in Bezug auf ihren Aufenthalt und ihre Zukunft in Stuttgart.

Der Gesamtmittelbedarf beträgt 35.000 EUR/Jahr .

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 35 000

2026:

2027: 35 000

2027:

2028: 35 000

2028:

2029: 35 000

2029:

2030: 35 000

2030:

Teilhaushalt: 500

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Antrag Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE)**Wir beantragen:**

Eine Kofinanzierung der Landeshauptstadt Stuttgart mit einem jährlichen Zuschuss zwischen 20 000, - und 23 000, -Euro/VZA je Träger der MBE zur Förderung der MBE Personalkosten.

Begründung:

Das MBE ist ein den Integrationskurs ergänzendes migrationsspezifisches sozialpädagogisches Beratungsangebot für erwachsene Zugewanderte. Das MBE soll durch Informationsvermittlung, professionelle Beratung und sozialpädagogische Begleitung den Integrationsprozess Erwachsener gezielt initiieren, steuern und begleiten.

Das Ziel ist, dass Zugewanderte frühzeitig an bestehende Regeldienste herangeführt werden. Dies soll u.a. dazu beitragen, die Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen auf ein notwendiges Maß zu reduzieren.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 388 200€

2026:

2027: 388 200€

2027:

2028: 388 200€

2028:

2029: 388 200€

2029:

2030: 388 200€

2030:

Teilhaushalt: 500

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Interkulturelle Brückenbauer:innen – Aufwandspauschale belassen**Wir beantragen:**

- die Beibehaltung der Aufwandspauschale für Brückenbauer:innen

Begründung:

Die Arbeit der Brückenbauer:innen wurde mehrfach lobend hervorgehoben, da diese wichtig für Integration und Unterstützung besonders für Menschen/ Eltern ohne Deutschkenntnisse ist. Diese Arbeit noch weiter in ein Ehrenamt zu schieben, bedeutet, dass die bisherige Wertschätzung verloren geht und Brückenbauer:innen auch weniger verlässlich einsetzbar sein werden, da auch diese Lebenshaltungskosten zu stemmen haben. Damit verlieren wir Brücken in die migrantische Gesellschaft.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 4 000 €

2026:

2027: 4 000 €

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt:

510 – Jugendamt

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Haus der Kulturen – Projektlabor erhalten**Wir beantragen:**

Das Projektlabor des Haus der Kulturen soll weiter bestehen bleiben, deswegen beantragen wir die jährliche Förderung von 100 000 Euro.

Begründung:

Das Projektlabor des Hauses der Kulturen in Stuttgart ist ein wichtiger Ort für interkulturellen Austausch, kreative Zusammenarbeit und gesellschaftliche Teilhabe. Er bietet Raum für neue Ideen, fördert Vielfalt und Integration und stärkt das Zusammenleben in einer offenen, modernen Stadtgesellschaft.

Und solange es noch keinen Standort für das Haus der Kulturen gibt, muss das Projektlabor erhalten bleiben.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 100 000€

2026:

2027: 100 000€

2027:

2028: 100 000€

2028:

2029: 100 000€

2029:

2030: 100 000€

2030:

Teilhaushalt: 810

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

PIA-Anleitungspauschale muss bleiben

Wir beantragen:

- die Beibehaltung der PIA-Anleitungspauschale

Begründung:

Die Praxisintegrierte Ausbildung (PIA) zum/zur Erzieher:in wurde 2012 eingeführt. Mit dieser neuen Ausbildungsform konnten neue Zielgruppen, wie Abiturient/innen, Studienabbrecher/innen, männliche Bewerber und Quereinsteiger/innen gewonnen werden. Steigende Bewerber:innenzahlen sowie eine hohe Übernahmequote nach der Ausbildung sind ein Beleg dafür, dass die neue Ausbildungsform ein Erfolgsmodell ist.

Aufgrund des Ausbaus im Bereich der Kindertagesbetreuung besteht weiterhin ein erheblicher Fachkräftemangel. Die Auswirkungen des Fachkräftemangels konnten durch den Ausbau der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) zumindest teilweise abgemildert werden.

Die Anleitungspauschale wird für eine zentrale Ausbildungseinheit zur Steuerung der Anleiter:innen, zur fachlichen Unterstützung der Kindertageseinrichtungen und Betreuung der Auszubildenden verwendet. Dadurch bleibt die Übernahmequote nach Beendigung der Ausbildung / Qualifizierung und die Bereitschaft der Fachkräfte, intensiv auszubilden, hoch. Ziel ist es, eine verbindliche Begleitung der Auszubildenden zu garantieren, um eine gute Ausbildung sicherstellen zu können – verbunden mit einer positiven Arbeitgeberbindung und daraus folgend mit dem Ergebnis einer Weiterbeschäftigung, weiterhin nachhaltig zu sichern.

Ohne Attraktivität der Anleitung in der PIA reduziert sich die Attraktivität für praktisch Auszubildende, was auch eine sinkende Attraktivität der Ausbildung für Azubis und damit neuen Fachkräften nach sich zieht.

Einen Rückgang der Qualität im Erfolgsmodell PIA können wir uns als Kommune vor dem Hintergrund vieler unversorgter Kinder nicht leisten.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 156 000 €

2026:

2027: 156 000 €

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt:

510 – Jugendamt

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Neuzugewanderte in Ausbildung vollumfänglich erhalten**Wir beantragen:**

- die Maßnahme „Neuzugewanderte in Ausbildung“ an berufsbildenden Schulen nicht zu reduzieren.

Begründung:

Jede Reduktion der Maßnahmen in diesem Bereich beeinträchtigt eine erfolgreiche Berufslaufbahn von neu zugewanderten jungen Menschen und kann dadurch an anderer Stelle Folgekosten aufwerfen, welche deutlich höher liegen als ein präventives Angebot.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 15 000 €	2026:
2027: 15 000 €	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

810 – Bürgermeisteramt, JB-BiP

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Kultur



Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Theater La Lune

- **Wir beantragen:**
Entfristung der Erhöhung der institutionellen Förderung

Begründung:

Der Wegfall der befristeten Förderung in Höhe von 15.000 EUR bedroht den Fortbestand des Theaters. Diese wurden im DHH 2024/25 befristet bewilligt. Der Betrag sichert einen unverzichtbaren Stellenanteil zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs in den Bereichen Spielplanorganisation, Vorstellungsbetreuung, Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung. Ohne Entfristung kann der Betrieb mit aktuell nur 1,5 festen Stellen und 3 Mitarbeitenden, davon eine Minijobstelle, nicht weitergeführt werden. Die Förderung ist zur Existenzsicherung zwingend notwendig. Die 19.170 EUR per Anno enthalten 1.470 EUR Dynamisierung.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 15.000 EUR

2026:

2027: 15.000 EUR

2027:

2028: 15.000 EUR

2028:

2029: 15.000 EUR

2029:

2030: 15.000 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Johanna Tiarks

Manja Reinholdt

(Fraktionsvorsitzende)

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Stups e.V.**Wir beantragen:**

- Entfristung der institutionellen Förderung

Begründung:

Die Ateliergemeinschaft Bauzug 3YG besteht seit 1999 in den ehemaligen Eisenbahnwaggons am Stuttgarter Nordbahnhof. Unter dem Trägerverein Stups e.V. arbeiten Kunstschaaffende aus verschiedenen Disziplinen wie Malerei, Musik, Theater, Design und Fotografie zusammen. Im Zuge der Rosensteinplanungen musste die Ateliergemeinschaft in 2023 auf ein neues Gelände am Nordbahnhof umziehen. Im April 2025 erhielt der Verein die Baugenehmigung für die abschließenden Maßnahmen des Umzugs. Das künftige Kunst- und Kulturzentrum wird (sozio)kulturelle Angebote schaffen, die Teilhabe, Barrierefreiheit und Experimentiermöglichkeiten für die Stadtgesellschaft bieten. Die Waggons sind ein fester Bestandteil der Stuttgarter Kunst- und Kulturszene und zeigen das interdisziplinäre Engagement der Akteure abseits der bereits etablierten Szene. Im DHH 2022/2023 wurden 77.400 EUR Personalmittel bewilligt (Projektkoordination 100 %, Assistenz 50 %, GRDRs 918/2021). In 2024 wurde eine einmalige Erhöhung von Mitteln für Personal- und Sachkosten i. H. v. 106.000 EUR beschlossen. Zur Finanzierung von Umzugs- und Investitionskosten wurden im DHH 22/23 einmalig Mittel in Höhe von 970.000 EUR beschlossen. Zur Deckung von Kostensteigerungen wurde die Fördersumme im DHH 24/25 einmalig um 525.800 EUR erhöht. Die im DHH 26/27 beantragten Mittel für Personal- und Sachkosten, d.h. Minijobs bzgl. Verwaltung und Koordination sind für den künftigen Kulturbetrieb am neuen Standort unverzichtbar. Unser Antrag folgt dem Vorschlag der Kulturverwaltung.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 21.300 EUR

2026:

2027: 21.300 EUR

2027:

2028: 21.300 EUR

2028:

2029: 21.300 EUR

2029:

2030: 21.300 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Johanna Tiarks

Manja Reinholdt

(Fraktionsvorsitzende)

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Citizen.KANE.Kollektiv.e.V.

Wir beantragen:

- Entfristung der institutionellen Förderung

Begründung:

Das Citizen.Kane.Kollektiv wurde zum DHH 2022/23 mit 130.000 EUR p.a. befristet für vier Jahre in die institutionelle Förderung aufgenommen. Im DHH 2024/24 gab es eine Erhöhung um 30.000 auf 160.000 EUR. Das Kollektiv versteht sich als Motor der darstellenden Künste in Stuttgart, bedient innovative Akzente und richtet sich vor allem an ein junges Publikum. Mit seiner performativen Arbeit erschließt es Räume der Erinnerung und der Entwicklung einer demokratischen Stadtgesellschaft. Auch auf internationaler Ebene hat das Kollektiv mittlerweile einen Bekanntheitsgrad. Der finanzielle Grundstock durch die institutionelle Förderung konnte in der Folge auch zusätzliche Mittel von Land, Bund und EU generieren. Ein Großteil der Förderung entfällt auf Honorare. Mit der Entfristung und Weiterführung der Institutionellen Förderung soll die Fortführung der Arbeit von Citizen.KANE gesichert werden. Wir folgen hier dem Vorschlag der Kulturverwaltung.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 100.000 EUR

2026:

2027: 100.000 EUR

2027:

2028: 100.000 EUR

2028:

2029: 100.000 EUR

2029:

2030: 100.000 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff GÜTESIEGEL KULTUR

Wir beantragen:

- Entfristung der institutionellen Förderung

Begründung:

Das Figuren- und Musiktheaterensemble GÜTESIEGEL KULTUR besteht seit 2008 und arbeitet an der Schnittstelle verschiedener Kunstformen. Die fantasievollen Produktionen, die häufig gesellschaftliche Themen aufnehmen und verarbeiten, finden nationale und internationale Beachtung. Nach 12 Jahren der Projektförderung konnte durch die befristete Aufnahme in die institutionelle Förderung mehr Stabilität und Planungssicherheit erreicht werden. Durch die Sichtbarkeit von GÜTESIEGEL KULTUR auch auf internationalen Festivals ist die Institution ein Aushängeschild für die Stadt Stuttgart und darf in der hiesigen Kulturlandschaft als ein besonderes Element nicht fehlen. Ein Zurückstufung in die Projektförderung wäre ein kaum verkraftbarer Rückschlag für das Ensemble und würde die Weiterführung fester, etablierter Performance- und Arbeitsformate, die auch für die Nachwuchsförderung relevant sind, verunmöglichen. Mit unserem Entfristungsantrag folgen wir dem Vorschlag der Kulturverwaltung.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 40.000 EUR

2026:

2027: 40.000 EUR

2027:

2028: 40.000 EUR

2028:

2029: 40.000 EUR

2029:

2030: 40.000 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff: Schaudepot Herbordt&Mohren

Wir beantragen:

- Entfristung der institutionellen Förderung

Begründung:

Die Institution ist ein Kulturprojekt, mit dem Melanie Mohren und Bernhard Herbordt seit 10 Jahren immer neue innovative Theaterformen, die auch ein kunstfernes Publikum ansprechen, präsentieren. Mit dem Schaudepot – 2022 ausgezeichnet mit dem Theaterpreis „DER FAUST – hat die die Institution schließlich einen dauerhaften Standort in einem ehemaligen Handwerksbetrieb im Stuttgarter Süden erhalten. Durch die zum DHH 2022/23 für zunächst vier Jahre beschlossene institutionale Förderung konnte der Standort langfristig und nachhaltig mit einem Aufführungs- und Werkstättenprogramm ausgebaut werden. Etabliert hat sich dort ein in Deutschland einmaliger Ort lokaler und internationaler Vernetzung mit vielerlei innovativen Formaten. Der inklusive Ansatz wurde ausgebaut. Die zur Entfristung beantragten Mittel werden für Personalmittel und Honorare benötigt. Dazu kommen kleinere Posten für Produktion, Veranstaltungen und Miete. Die Fortführung der institutionellen Förderung ist zwingend notwendig, ergänzt durch Landes- und Bundesmittel. Ohne die Entfristung stünde diese einzigartige Modellinstitution vor dem Scheitern. Die Fraktion folgt bei diesem Antrag der Empfehlung des Kulturamts.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 100.000 EUR

2026:

2027: 100.000 EUR

2027:

2028: 100.000 EUR

2028:

2029: 100.000 EUR

2029:

2030: 100.000 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Open Piano – Ein Klavier für alle**Wir beantragen:**

- Die Fortsetzung des Projekts Open Piano für die Haushaltsjahre 2026 und 2027.

Begründung:

Open Piano am Standort U-Bahn-Haltestelle Charlottenplatz wurde nach der Pilotphase 2023 im DHH 2024/25 für zwei Jahre beschlossen. Seither hat sich das Projekt, das als Kooperation von Stadtpalais, Jukus und der Stuttgarter Straßenbahn AG zum Leben erweckt wurde, hat seither Erfolgsgeschichte geschrieben. Das Piano entwickelte sich zu einem niederschweligen musikalischen Brennpunkt in der Stadt, sowohl was das Zuhören, als auch was das initiative Sich Ausprobieren angeht. Zu jeder Tages- und Nachtzeit wird das gebrauchte gekaufte und von einem Klavierstimmer gehostete Piano von Passant*innen bespielt; dabei wurde so manches Talent entdeckt. Man denke nur an Abdul Rahman al Ali, dessen vielseitiges Klavierspiel, das er sich am Open Piano selbst beigebracht hat, monatelang in der Unterführung zu hören war. Oder an das spontane Konzert, das die Band Tripkid mit über 200 Zuhörern an der Stadtbahnhaltestelle vor einigen Wochen veranstaltet hat. Die Videos dieser und vieler anderer Klangkunst-Events zeigen, dass sich das Klavier bei der Bevölkerung größter Beliebtheit erfreut, zu einer positiven Atmosphäre am Charlottenplatz beiträgt und dort nicht mehr wegzudenken ist. Allen Unkenrufen zum Trotz ist Vandalismus bisher ausgeblieben. Allerdings muss das Klavier nach eineinhalb Jahren Bespielung aufgrund der starken Beanspruchung bald ausgetauscht werden. Derzeit erreichen uns wieder verstärkt Bitten und Aufrufe, dass Open Piano am Charlottenplatz bleiben muss. Wir würden uns freuen, wenn sich der Gemeinderat trotz Sparmaßnahmen dazu entscheiden könnte, dieses niederschwellige Kulturprojekt, das so viel Freude schenkt, mit Mitteln, die sich unterhalb der Bagatellbetraggrenze bewegen, weiterhin zu fördern.

Kosten:

ErgebnisHH

2026: 6.000 EURO

2027: 6.000 EURO

2028:

2029:

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

Manja Reinholdt

(Fraktionsvorsitzende)

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Zero Arts e.V.

Wir beantragen:

- Entfristung der institutionellen Förderung

Begründung:

Der seit 2006 existierende gemeinnütziger Verein Zero Arts e.V veranstaltet ca. 7 Ausstellungen jährlich. Das Ziel ist es, künstlerischen Positionen einen Raum zu geben, die sich abseits kommerzieller Strömungen im Kunstmarkt bewegen. Vielfach werden auch sehr junge Künstler*innen und Künstler, die noch an der Akademie der Bildenden Künste studieren, ausgestellt. Für den planungssicheren Weiterbetrieb wird eine Entfristung der Mittel beantragt. Ohne die Förderung ist die Finanzierung der Raummiete nicht mehr möglich, so dass der Verein vor dem Aus steht. Damit würde der Kulturlandschaft eine innovative Kulturinstitution, die sich vor allem an junge Menschen richtet, fehlen.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 7.000 EUR

2026:

2027: 7.000 EUR

2027:

2028: 7.000 EUR

2028:

2029: 7.000 EUR

2029:

2030: 7.000 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Johanna Tiarks

Manja Reinholdt

(Fraktionsvorsitzende)

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Contain't**Wir beantragen:**

- Entfristung

Begründung:

Contain't e. V. arbeitet in den Bereichen Community-Building, der kreativen Aneignung von Stadtraum sowie der Bespielung von Experimentierflächen. Der Verein ist ein wichtiger Akteur der Stuttgarter Kulturszene, abseits der klassischen Sparten. Ende 2024 ist der Verein von der Container City auf den neuen Standort P7 umgezogen. In 2026 plant der Verein neben Sonderevents und der punktuellen Wiedereröffnung der „Neuen Oper“ auch weiterer Projekte, die Katalysator für die aktuell brachliegende Fläche P7 sind. Die Verstetigung der institutionellen Förderung ist zur Aktivierung und zur kontinuierlichen Bespielung des neuen Standorts P7 zwingend erforderlich.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 100.000 EUR

2026:

2027: 100.000 EUR

2027:

2028: 100.000 EUR

2028:

2029: 100.000 EUR

2029:

2030: 100.000 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Mission TRANS e.V.**Wir beantragen:**

- Entfristung der institutionellen Förderung

Begründung:

Die Koordinationsstelle Trans* hat vier zentrale Säulen: den Aufbau eines Trans-Community-Austauschnetzwerks, die Professionalisierung von Schulungen und Workshops, eine engere Zusammenarbeit mit bestehenden Strukturen sowie die Einrichtung eines eigenen Büros zur weiteren Professionalisierung. Neben diesen Schwerpunkten sollen auch die bestehenden Aufgabenbereiche kontinuierlich weiterentwickelt und ausgebaut werden. Diese Maßnahmen bilden die Grundlage der strategischen Ausrichtung der Koordinationsstelle Trans*. Ohne Förderung kann der Verein nicht weiter tätig sein.

Der Förderbetrag von 10.000 EUR beschränkt sich auf Miete 5.000 € und TransPride 6.400 €.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 10.000 EUR

2026:

2027: 10.000 EUR

2027:

2028: 10.000 EUR

2028:

2029: 10.000 EUR

2029:

2030: 10.000 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff vhs

Wir beantragen:

- Erhöhung institutionelle Förderung

Begründung:

Die beantragten Summen beziehen sich auf folgende Posten.

1. Miete und Mietnebenkosten für das städtische Gebäude Bildungshaus NeckarPark (BiNe) – laufende Kosten

Im September 2025 hat die vhs stuttgart ihren neuen Standort Bildungszentrum NeckarPark (BiNe) in Betrieb genommen. Beantragt ist, dass die Miete und die Mietnebenkosten analog zum TREFFPUNKT Rotebühlplatz über den institutionellen Zuschuss ausgeglichen werden. Für 2025 wurden über den Zuschuss bereits die Miete für vier Monate ab September 2025 abgedeckt. Der aktuell beantragte Mehrbedarf umfasst die restlichen acht Monate in Höhe von 793.260,00 EUR (Miete und Mietnebenkosten für acht Monate). Da sich die Miete im Rahmen des seit August 2025 vorliegenden Mietvertrags nochmals erhöht hat, wurde zusätzlich ein Nachtrag zum Mehrbedarf in Höhe von 94.000 EUR gestellt. Insgesamt ergibt sich so ein Mehrbedarf für die Miete ab 2026 in Höhe von 887.260 EUR. Um diesen Betrag müsste sich der institutionelle Zuschuss in 2026 und 2027 erhöhen, damit die jährliche Miete samt Mietnebenkosten laut Mietvertrag vollständig abgedeckt ist. (Insgesamt hat die vhs eine jährliche Belastung für die Miete und Mietnebenkosten (BiNe) i. H. v. 1.192.248 EUR. Dazu kommen noch Kosten für die Reinigung, Gehwegreinigung, Winterdienst und Schließdienst, die von der VHS nicht als Mehrbedarf bei der Stadt beantragt wurden.)

2. Nebenkosten städtisches Gebäude TREFFPUNKT Rotebühlplatz (TPR) – laufende Kosten

Dabei handelt es sich um eine wichtige Position, da eine weitere Anpassung der Mietnebenkosten für den TREFFPUNKT Rotebühlplatz zu erwarten ist, insbesondere

aufgrund der steigenden Kosten für den Hausmeister- und Sicherheitsdienst. Auch ist davon auszugehen, dass sich die allgemeine Kostenentwicklung auf die Betriebskosten des TPR auswirken wird. _Daher werden für die Nebenkosten TPR 50.000 EUR ab 2026 fortlaufend beantragt.

3. Personalkostensteigerungen / jährliche Tarifierhöhungen – laufende Kosten

Als tarifgebundene Einrichtung unterliegt die volkshochschule stuttgart den regelmäßigen gesetzlichen und tariflichen Anpassungen, die eine jährliche Erhöhung der Personalkosten mit sich bringen. Für das Jahr 2026 belaufen sich die tarifbedingten Personalkostensteigerungen auf 468.816,39 EUR.

Ab 2027 ergibt sich ein Bedarf von 961.073,60 EUR (Summe der Tarifsteigerungen für 2026 und 2027). Um diesen Betrag müsste sich der institutionelle Zuschuss ab 2027 fortlaufend erhöhen, damit die tariflich bedingten Personalkostensteigerungen aufgefangen werden können.

Kosten:

2026 und 2027 Miete BiNe jährlich: 887.260 EUR.

2026 und 2027 Nebenkosten Rotebühlplatz jährlich: 50.000 EUR

2026 Personalkosten: 468.816,39 EUR

2026 und 2027 Tarifsteigerungen: 961.073,60 EUR

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

Manja Reinholdt

(Fraktionsvorsitzende)

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Kunstverein Wagenhalle e.V.**Wir beantragen:**

- Entfristung

Begründung:

Der Kunstverein Wagenhalle beherbergt 100 Ateliers und Werkstätten und betreibt einen Ausstellungsraum für Kunst- und Architekturprojekte mit hoher Sichtbarkeit. Der Antrag bezieht sich auf einen befr. Beschluss i.H.v. 60 TEUR + Erhöhung um 142.661 € wg. Ausgleich Defizit NK, Kostensteigerung Technik. Reduzierung wg. Deckelung 1 Mio EUR.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 12.500 EUR

2026:

2027: 12.500 EUR

2027:

2028: 12.500 EUR

2028:

2029: 12.500 EUR

2029:

2030: 12.500 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Hotel Silber

Wir beantragen:

- Erhöhung der institutionellen Förderung

Begründung:

Personal und laufende Veranstaltungs-/Sachkosten sind weiter gestiegen und sorgen aktuell für ein planerisches Defizit. Um auch in Zukunft bei Einhaltung tarifrechtlicher Standards die Stellen mit einer VZ-Geschäftsführung und zwei Teilzeit-Stellen (davon eine Stuttgarter Stolperstein-Initiativen) beizubehalten, wird eine Erhöhung der Förderung notwendig.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 20.000 EUR

2026:

2027: 20.000 EUR

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

Manja Reinholdt

(Fraktionsvorsitzende)

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Freunde der Weissenhofsiedlung**Wir beantragen:**

- Entfristung und Erhöhung der institutionellen Förderung

Begründung:

Für den Betrieb und die Weiterentwicklung des Forum Weissenhof werden ab 2026 zusätzliche Mittel benötigt: Die Entfristung der bisherigen Förderung i.H.v. 20 TEUR p.a., die im DHH2022/23 bis Ende 2025 befristet wurden, sowie zusätzlich 83 TEUR p.a. für eine Stelle Digitalisierung, um medientechnische Systeme gemeinsam mit Planern auszuwählen, einzurichten und auch über 2027 hinaus zu betreiben. Für das 100-jährige Jubiläum des Weissenhofs sind 35 TEUR (2026) und 100 TEUR (2027) eingeplant. Ab November 2026 muss das Personal für Kasse, Shop, Besucherservice und Aufsicht aufgestockt werden.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 80.000 EUR

2026:

2027: 80.000 EUR

2027:

2028: 80.000 EUR

2028:

2029: 80.000 EUR

2029:

2030: 80.000 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Stuttgarter Modell für Ausstellungshonorare

Wir beantragen:

- Entfristung

Begründung:

Die Ausstellungsgrundvergütung wurde im Doppelhaushalt 2022/23 befristet beschlossen und war ein wichtiger Schritt in Richtung auskömmliche Finanzierung von Kunstschaaffenden. Denn seither konnten Bildende Künstler*innen für Ausstellungen in städtisch geförderten Einrichtungen eine Vergütung erhalten, die je nach Art der Ausstellung zwischen 100 und 1.550 EUR lag. Ein Wegfall der AGV wäre ein sozialer Rückschritt und würde die oft prekäre Lage der Kunstschaaffenden wieder verschärfen. Auch hätte sie negative Auswirkungen auf das kulturelle Angebot im Bereich Bildende Kunst.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 150.000 EUR

2026:

2027: 150.000 EUR

2027:

2028: 150.000 EUR

2028:

2029: 150.000 EUR

2029:

2030: 150.000 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

Manja Reinholdt

(Fraktionsvorsitzende)

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Forum der Kulturen**Wir beantragen:**

- Entfristung

Begründung:

Das Forum der Kulturen stärkt über 300 (post-)migrantische Organisationen im Raum Stuttgart durch Kulturprojekte, Qualifizierungsangebote und interkulturellen Dialog. Für die Fortführung der Arbeit ist die Entfristung der 45 TEUR aus dem DHH 24/25 erforderlich. Nur so kann die Angleichung an den TVÖD fortgesetzt werden. Der Wegfall der 45 TEUR aus dem letzten DHH würde Stellenabbau zur Folge haben.

Kosten:

ErgebnisHH

2026: 45.000 EUR

2027: 45.000 EUR

2028: 45.000 EUR

2029: 45.000 EUR

2030: 45.000 EUR

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Jugendkunstschule**Wir beantragen:**

- Erhöhung

Begründung:

Die Förderung dient mit 50.000 EUR zur Mitfinanzierung der Miete für die seit Sommer 2024 neu angemieteten Räume im Erdgeschoss des Turmareals.

10.000 soll der Finanzierung weiterer Stellenanteile, denn mehr Räumlichkeiten bedeuten auch mehr Verwaltungsaufwand.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 60.000EUR

2026:

2027: 60.000 EUR

2027:

2028: 60.000 EUR

2028:

2029: 60.000 EUR

2029:

2030: 60.000 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Kunst im öffentlichen Raum

Wir beantragen:

- Weitere Förderung von KiÖR.

Begründung:

Um eine Strategie für einen zeitgemäßen Umgang mit Kunst im öffentlichen Raum in Stuttgart zu entwickeln und das Thema langfristig fest im kulturellen Leben der Stadt zu verankern, hat der Gemeinderat der Stadt Stuttgart Ende 2021 die partizipative Entwicklung und Umsetzung eines neuen Programms für Kunst im öffentlichen Raum beschlossen. Für diese Aufgabe standen für den Zeitraum von 2022 – 2025 Mittel in Höhe von jährlich 1 Mio. EUR zur Verfügung. Diese waren für die Personal- und Programmkosten vorgesehen. Für die Umsetzung wurde der neue Fachbereich Kunst im öffentlichen Raum innerhalb der Abteilung Kulturförderung des Kulturamts gegründet. Eine komplette Streichung der Mittel würde die Errungenschaften der letzten vier Jahre zunichte machen. Die beantragten Mittel sollen dazu dienen, die Fortsetzung der vielversprechenden Programme mit entsprechendem Personal fortzusetzen, wenn auch in beschränkterem Umfang.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 500.000 EUR	2026:
2027: 500.000 EUR	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Schauspielbühnen

Wir beantragen:

- Erhöhung der institutionellen Förderung um 210.000 EUR
- Bei Ablehnung durch den GR aber mindestens 37.000 EUR

Begründung:

Der Betrag von 210.000 EUR wird benötigt aufgrund starker Erhöhung der Personalkosten, der Nebenkosten und zum unabdingbaren Ersatz sicherheitsrelevanter Maschinerien (Bühne & Werkstätten).

Die Kulturverwaltung schlägt eine Reduzierung der beantragten Fördersumme auf 37.000 EUR vor, womit eine vertragliche Verpflichtung der NV-Bühne gesichert werden soll: Löhne 131 TEUR Steigerung, davon rd. 37% verpflichtend, Verwaltungsvorschlag im Verhältnis 3:1 (Stadt:Land)

Sollte sich der Gemeinderat nicht für unseren weitergehenden Antrag entscheiden, beantragen wir mindestens die von der Verwaltung vorgeschlagenen 37.000 EUR

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 210.000 EUR	2026:
2027: 210.000 EUR	2027:
2028: 210.000 EUR	2028:
2029: 210.000 EUR	2029:
2030: 210.000 EUR	2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Johanna Tiarks

Manja Reinholdt

(Fraktionsvorsitzende)

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Figure Humaine Kammerchor

Wir beantragen:

- Entfristung der institutionellen Förderung

Begründung:

Der figure humaine Kammerchor beantragt eine Entfristung seiner Förderung von bisher 75.000 EURO, um den Chorbetrieb aufrechterhalten zu können. Durch die institutionelle Zuwendung sind die Geschäftsführung, Organisation, Öffentlichkeitsarbeit und Schulprojekte sowie teilweise die projektbezogenen Honorare der ausgebildeten Sängerinnen und Sänger und der Künstlerischen Leitung möglich geworden und gedeckt. Das professionelle Vokalensemble kooperiert regelmäßig mit den Stuttgarter Philharmonikern, dem Stuttgarter Kammerorchester, dem Stuttgarter Ballett, Carus Verlag u.a. Die meist eigens für das Ensemble arrangierten Programme sind Ausdruck der dt.-franz. Freundschaft, die der Chor aktiv pflegt.

Die Entfristung der Förderung ist notwendig, da dem Chor ohne die entsprechenden Mittel eine Weiterarbeit im erreichten Umfang verunmöglicht würde und sein Fortbestand gefährdet wäre. Wer den Chor kennt und seine Aufführungen besucht, weiß, dass es sich bei ihm um ein künstlerisches Juwel handelt, das mit seinen qualitativ äußerst hochwertigen Darbietungen und vielseitigen Programmen einen besonderen musikalischen Akzent im Stuttgarter Kulturleben setzt, der bei wegbrechenden Mitteln schmerzlich fehlen würde.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 60.000 EUR

2026:

2027: 60.000 EUR

2027:

2028: 60.000 EUR

2028:

2029: 60.000 EUR

2029:

2030: 60.000 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

Manja Reinholdt

(Fraktionsvorsitzende)

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Freie Tanz- und Theaterszene**Wir beantragen:**

- 257.000 EURO
- Davon sind 157.000 Euro für den laufenden Betrieb und 100.000 Euro für neue Vorhaben.

Begründung:

1. **Laufender Betrieb:** Beantragt wird die Verstetigung der 144.600 EUR sowie eine Erhöhung um 12.500 EUR für den laufenden Betrieb der Geschäftsstelle. Die Verstetigung sichert Personal-, Sach- und Verwaltungskosten sowie anteilig Fördermittel und sind essenziell für Struktur und Aufgabenprofil der FTTS. Ohne sie drohen Personalabbau sowie eine starke Reduktion der Tätigkeitsfelder und Serviceangebote. Die Erhöhung dient einer moderaten Anpassung aller Entgelte der Mitarbeitenden.
2. **Neue Vorhaben:** Beantragt wird die Entfristung der 100.000 EUR zur Sicherung temporärer Proben- und Spielorte. Die Raumfrage bleibt zentral für die Freie Szene Stuttgart. Bis zur Umsetzung langfristiger Lösungen sichern die Mittel den Fortbestand der Produktion.

Kosten:

ErgebnisHH

2026: 257.000 EURO

2027: 257.000 EURO

2028: 257.000 EURO

2029: 257.000 EURO

2030: 257.000 EURO

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

Manja Reinholdt

(Fraktionsvorsitzende)

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Jes

Wir beantragen:

- Erhöhung und Entfristung

Begründung:

Aufgrund verpflichtender Mehrkosten, die sich durch eine Tarifsteigerung im NV-Bühne ergeben und zu deren Umsetzung das Junge Ensemble Stuttgart vertraglich verpflichtet ist, beantragt das JES eine Erhöhung der Fördermittel um 150.000 EUR, die auch die Fortschreibung der Dynamisierung beinhaltet, also eine prozentuale Erhöhung um 4,6 %. Mit der Erhöhung soll die qualitative und personelle Sicherstellung des JES ermöglicht werden. Zusätzlich wird die Entfristung von Mietmitteln beantragt. 2022 wurde dem Jungen Ensemble Stuttgart (JES) eine Zwischennutzung im ehemaligen Casino in der Torstr. 15 durch das Liegenschaftsamt in Aussicht gestellt. Der Raum mit einer Gesamtfläche von ca. 200 qm konnte seitdem als multifunktionaler Ort genutzt werden, insbesondere für Workshops und Spielclubs für Jugendliche, aber auch weitere Formate. Der Vermittlungsauftrag des JES konnte mit Hilfe des ebenenerdigen, gut sichtbaren Treffpunkts maßgeblich gestärkt werden. Inzwischen hat sich herauskristallisiert, dass eine Nutzung im seinerzeit geplanten Kulturgeschoss im Objekt Eberhardstr. 63 aufgrund räumlicher Anordnungen keine sinnvolle Option mehr für die performative Arbeit darstellen kann, zumal die Nachbarschaft des Casinos zum ebenfalls angemieteten Abschnitt in der Torstr. 15, in dem seit 2022 ein Projektraum des JES untergebracht ist, die synergetischen Nutzungsmöglichkeiten verstärkt hat. Die Anmietung des ehemaligen Casinos war seitens Liegenschaftsamt zunächst als kurzfristige Option für zunächst zwei Jahre vorgesehen. Inzwischen konnte erfreulicherweise eine langfristige Nutzung zugesagt werden. Die Raummiete konnte ab 2024 nur durch zusätzlich, allerdings befristet beschlossene Mittel finanziert werden. Mit dem Wegfall des Casinos bei gleichzeitiger Vollausslastung der Hauptspielstätte des JES würde das erfolgreiche Stuttgarter Theater einen dringend benötigten Raum für Vermittlung und Stärkung des Kinder- und Jugendtheaters verlieren. Die Entfristung ist im Haushaltsantrag zur Erhöhung der institutionellen Förderung enthalten.

vertragliche Verpflichtung NV-Bühne: Löhne 125 TEUR Steigerung, Verwaltungsvorschlag im Verhältnis 2:1 (Stadt:Land)

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 170.400 EUR

2026:

2027: 170.400 EUR

2027:

2028: 170.400 EUR

2028:

2029: 170.400 EUR

2029:

2030: 170.400 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

Manja Reinholdt

(Fraktionsvorsitzende)

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Kulturinsel Stuttgart GmbH

Wir beantragen:

- Entfristung

Begründung:

Die Kulturinsel versteht sich seit vielen Jahren als inklusiver Ort im Quartier und hat das Ziel, Menschen verschiedenster Hintergründe anzusprechen. Die Kulturinsel möchte daher auch zukünftig ihre Bedeutung als Erholungs-Erlebnis- und kultureller Bildungsort weiter auszubauen und sicherstellen auch während der Zeit in der Interimsunterbringung wegen Umbau (Quartiersentwicklung Neckarpark). Sie ist das Herzstück des neuen Quartiers. Die Kulturinsel wird mit 3 VZÄs (134 TEUR) betrieben, die Miete liegt bei 69 TEUR im Jahr. Die beantragte Entfristung dient somit der dringenden Struktursicherung für das Grundpersonal und die Miete.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 146.400 EUR	2026:
2027: 146.400 EUR	2027:
2028: 146.400 EUR	2028:
2029: 146.400 EUR	2029:
2030: 146.400 EUR	2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Leseohren e.V.

Wir beantragen:

- Beibehaltung des bisherigen Förderbetrags ohne Kürzung plus Erhöhung

Begründung:

Der gemeinnützige Verein Leseohren e.V. besteht seit 2002. Über 500 ehrenamtlich engagierte Vorlesepat*innen lesen Kindern regelmäßig vor, mit dem Ziel, ihnen die Freude an der Sprache und am Buch zu vermitteln. 2014 ist das Projekt Lese-Heimat Stuttgart – Vorlesen für geflüchtete Kinder entstanden. Gleichzeitig wurden die Leseohren in die institutionelle Förderung aufgenommen. Aktuelle Studien zeigen, dass regelmäßiges Vorlesen die kognitive, emotionale und soziale Entwicklung von Kindern fördert. Zudem entwickeln Kinder, denen vorgelesen wird, häufiger Freude am eigenen Lesen und zeigen eine höhere Lesemotivation. Studien belegen auch, dass jedes vierte Kind am Ende der Grundschule nicht ausreichend lesen kann, deshalb ist die Integration von Vorleseangeboten in Schulen unerlässlich, sie fördert Bildungserfolge. Die Leseangebote für geflüchtete Kinder, bei denen die Kinder auch selber Lesen üben, sind nach Wegfall der Finanzierung besonders wichtig.

Kosten:

ErgebnisHH

2026: 65.000 EUR (bisherige Förderung) + 5.000 EURO Erhöhung

2027: 65.000 EUR (bisherige Förderung) + 5.000 EURO Erhöhung

2028:

2029:

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

Manja Reinholdt

(Fraktionsvorsitzende)

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Literally Peace

Wir beantragen:

- Entfristung der institutionellen Förderung

Begründung:

Literally Peace e. V. fördert mit Formaten wie „Humans of Stuttgart“, mehrsprachigen Schreibwerkstätten und künstlerischen Dialogprojekten kreativen Ausdruck sowie Begegnung zwischen Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsgeschichte. Die Formate werden kontinuierlich weiterentwickelt, z. B. durch Video-Storytelling und Social-Media-Inhalte für eine jüngere Zielgruppe. Durch das Wachstum an Projekten, Veranstaltungen und Anfragen ist die Arbeit ehrenamtlich nicht mehr leistbar. Eine hauptberufliche Geschäftsführung ist notwendig, um die Vereinsarbeit zu sichern und strategisch weiterzuentwickeln. Mit dem Betrag von 20.000 EUR soll die Grundsicherung und die Weiterführung dieser wichtigen Kultureinrichtung gewährleistet werden, ohne die sie vor dem Scheitern stehen würde.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 20.000 EUR

2026:

2027: 20.000 EUR

2027:

2028: 20.000 EUR

2028:

2029: 20.000 EUR

2029:

2030: 20.000 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Johanna Tiarks

Manja Reinholdt

(Fraktionsvorsitzende)

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Props e.V.

Wir beantragen:

- Entfristung der institutionellen Förderung

Begründung:

Props ist ein gemeinnütziger Verein, der junge Menschen aus verschiedenen Hintergründen durch inklusive, kostenfreie Kunst- und Kulturprojekte fördert, um ihre Talente, Kompetenzen und Selbstwirksamkeit zu stärken. Dabei unterstützt Props Kinder, Jugendliche und Familien, sich sozial zu engagieren und ihr Potenziale in den Bereichen Theater, Tanz, Fotografie, Film, Malerei und weiteren zu entfalten. Die Entfristung der institutionellen Förderung ist entscheidend, um Drittmittel zu sichern und Projekte wie „Props-Place to Play“, „Props-Together“ und „Care & Act“ (gefördert durch den "Kulturkessel") umzusetzen. Die Leitung und Koordinierung der Aktivitäten inkl. Fundraising muss durch den Erhalt der bestehenden Stelle gesichert bleiben, nur so kann das Team aus 17 Honorarkräften und 30 Ehrenamtlichen weiterhin begleitet, geschult und ausgebaut werden. Dringend benötigt wird die Erweiterung um eine Minijob Stelle für die Buchhaltung. Mit unserem Antrag folgen wir dem Vorschlag der Kultur-Verwaltung zur Stellensicherung von 0,65 VZÄ zur Strukturbewahrung.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 45.000 EUR

2026:

2027: 45.000 EUR

2027:

2028: 45.000 EUR

2028:

2029: 45.000 EUR

2029:

2030: 45.000 EUR

2030:

Teilhaushalt: Kultur

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Schalom und Salam weiter fördern

Wir beantragen:

- Das Friedensprojekt Schalom und Salam vom Verein Kubus e.V. wird weiterhin mit 35 000 Euro pro Jahr unterstützt

Begründung:

Die Organisation Schalom und Salam engagiert sich seit vier Jahren für ein Miteinander von Jüd*innen und Muslim*innen in und um Stuttgart. Gerade in der jetzigen Situation, in der die Zuspitzung des Krieges im Nahen Osten voranschreitet, sind Projekte, die den Zusammenhalt und das friedliche Zusammenleben in Stuttgart fördern, wichtiger denn je. Schalom und Salam engagiert sich im Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus. Der Verein bezieht klar Stellung auf seiner Homepage: „Wir betrachten Antisemitismus und Rassismus als gemeinsame Herausforderung und verpflichten uns, diese durch konkrete, messbare Maßnahmen aktiv zu bekämpfen.“ Damit leistet das Projekt eine wichtige Präventionsarbeit die unbedingt fortgeführt werden muss.

Die Bundesregierung hat die finanziellen Mittel zum Ende des Jahres 2024 eingestellt. Eine Übergangsfinanzierung wurde auf unseren Antrag hin vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossen. Damit wurde die wichtige Arbeit, die interkulturellen Dialog mit Bildungsarbeit verbindet, fortgesetzt. Das preisgekrönte Projekt (Power für Democracy Award) ist in diesen Zeiten notwendiger denn je und darf in keinem Falle den Sparplänen zum Opfer fallen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 35 000 €	2026:
2027: 35 000 €	2027:
2028: 35 000 €	2028:
2029: 35 000 €	2029:
2030: 35 000 €	2030:

Teilhaushalt:

410 – Kulturamt

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Johanna Tiarks

Manja Reinholdt

(Fraktionsvorsitzende)

Transparenz, Beteiligung, Digitales



Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Bürger*innenhaushalt weiterentwickeln statt streichen: Bürger*innenbudget

Wir beantragen:

- Der Bürger*innenhaushalt 2028/2029 wird – entgegen des Vorschlags der Verwaltung – fortgeführt und weiterentwickelt. Es werden diejenigen vier Projekte, welche die meisten Stimmen im Bürgerhaushalt bekommen haben und mit einem maximalen Volumen von 400 000 Euro realisierbar sind – umgesetzt. Damit bekommt der Bürger*innenhaushalt eine Verbindlichkeit und wird an Attraktivität gewinnen.
- Zusätzlich werden für das Jahr 2026 die Summe von 40 000 € und für das Jahr 2027 dann 100 000 € für die Öffentlichkeitsarbeit bereitgestellt.
- In Summe sollen 940 000 € für den Bürger*innenhaushalt bereitgestellt werden.

Begründung:

In Zeiten zunehmender sozialer Spaltung sind Mittel und Wege, um Verwaltung, Politik und Bürger*innen wieder näher zusammen zu bringen notwendiger denn je. Der Bürger*innenhaushalt war bislang ein halbherziger Versuch, da auch die am besten bewerteten Vorschläge selten ernsthaft in den Haushaltsberatungen diskutiert und in den wenigsten Fällen umgesetzt wurden. Es ist an der Zeit, dass der Bürger*innenhaushalt mit einem verbindlichen Bürger*innenbudget ausgestattet wird. Damit können alle Bürger*innen mitentscheiden, welche Projekte umgesetzt werden. Und zwar direkt - ohne Umweg über einen weiteren Gemeinderatsbeschluss.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 40 000 €	2026:
2027: 100 000 €	2027:
2028: 800 000 €	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 200 Stadtkämmerei

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Lotus Notes durch ein modernes E-Mail-Programm ersetzen

Wir beantragen:

- Die Verwaltungsspitze legt bis zur zweiten Lesung des Doppelhaushalts dar, welche finanziellen und ggf. personellen Ressourcen notwendig sind, das E-Mail-System von Lotus Notes durch ein modernes, zeitgemäßes und funktionierendes System zu ersetzen.

Begründung:

Im Jahr 1984 war Lotus Notes revolutionär: ein dokumentenorientiertes, verteiltes Datenbanksystem mit enger E-Mail Anbindung begeisterte damals. Das ist allerdings 41 Jahre her – und seit dem haben sich im IT Bereich mehrere technische Revolutionen ereignet. Lotus Notes, was eine echte Erfolgsstory war, wurde im Jahr 1996 für damals unerhörte 4 Milliarden US-Dollar an IBM verkauft. Die Entwicklung des Systems konnte irgendwann nicht mehr mithalten, die Anwender*innen von Lotus Notes berichten, **die Handhabung ist veraltet, zu kompliziert und zu langsam**. In Teilen der Wirtschaft gilt zwischenzeitlich die Losung: Bei Lotus Notes zu bleiben ist mittlerweile nicht mehr nur "etwas umständlich", sondern gefährlich fürs Geschäft.

In einem Artikel des schweizerischen IT-Magazins Computerworld wird ein Problem beschrieben, welches vielen Anwender*innen bekannt ist, die von Lotus Notes aus E-Mails an Adressen verschicken, die NICHT mit Lotus Notes arbeiten: „Notes/Domino verwendet ein proprietäres Format zum Speichern von Rich Text – beispielsweise Text mit Auszeichnungen, Bildern oder Tabellen. Wie bei allen Rich-Text-Formaten ist die Konvertierung in HTML und zurück nicht trivial. Im Fall von Notes/Domino ist es nur unbefriedigend gelöst. Insbesondere die Formatierung von E-Mails ist ein Problem, das noch angegangen werden muss.“

Das führt in der Praxis dazu, dass E-Mails in Lotus Notes schön formatiert beim Empfänger in einem chaotischen Zustand ankommen. Insbesondere für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wirkt das nach außen peinlich und unprofessionell.

Ein weiterer Kritikpunkt an Lotus Notes ist die fehlende Integration mit Drittanbietern wie etwa Videokonferenz-Anbieter oder Chat-Programme. Dies ist bei Lotus Notes nur teilweise oder gar nicht möglich.

Die Landeshauptstadt Stuttgart ist seit Jahr und Tag bei Lotus Notes – ein System welches in vielerlei Hinsicht veraltet ist. Wer bei google die Frage stellt, ob Lotus Notes veraltet ist, kann folgende Antworten lesen:

Lotus Notes ist eine veraltete Plattform mit begrenzten modernen Sicherheitsmerkmalen, was sie anfällig für Datenschutzverletzungen und Malware-Angriffe macht. Ausserdem kann die Wartung von Lotus Notes teuer sein und erfordert hochqualifizierte Fachleute, was für Unternehmen eine Belastung darstellen kann.

„Ja, Lotus Notes wird als veraltet betrachtet, und viele Unternehmen sind dabei, von dieser Plattform auf modernere Lösungen zu migrieren. Die Gründe dafür sind vielfältig: Lotus Notes ist eine ältere Technologie, die nicht mehr über moderne Sicherheitsfunktionen, mobile Unterstützung oder fortschrittliche Analysen verfügt. Die Wartung kann zudem teuer und komplex sein, und die Benutzeroberfläche ist für heutige Nutzer nicht mehr intuitiv.

Lotus Notes war einst eine leistungsstarke Lösung, die zuvor vorhandene Flexibilität und Agilität sind nicht mehr vorhanden. Es fehlen einige Grundfunktionen, die in einer modernen Applikationsplattform zum Standard gehören und auch die Handhabung fühlt sich für die heutigen Nutzer veraltet an.“

Es wird Zeit, dass Stuttgart den Absprung von einem veralteten System schafft und etwas modernes, frisches und zeitgemäßes als Ersatz findet und umsetzt.

Kosten: bisher unbekannt

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

810 Bürgermeisteramt

Gez.

Hannes Rockenbach (Fraktionsvorsitzender)	Johanna Tiarks (Fraktionsvorsitzende)
--	--

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Weiterführung Projekt „Digitalisierung im Stuttgarter Sport“

Wir beantragen:

- die Weiterführung des Projektes „Digitalisierung im Stuttgarter Sport“ (GRDRs 516/2023) mit 78.000 Euro/Jahr.

Begründung:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt hat in den vergangenen zwei Doppelhaushalten zur Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen bei den Stuttgarter Sportvereinen pro Jahr 78.000 EUR zur Verfügung gestellt. Die Mittel sind zum einen zur Bezuschussung einer 50 % Stelle (28.000 EUR), zum anderen für einen Fördertopf (50.000 EUR) für innovative Maßnahmen vorgesehen.

Gemeinsam mit der Hochschule der Medien Stuttgart wurde eine Bedarfsbefragung durchgeführt, an der 130 der 290 Stuttgarter Sportvereine teilgenommen haben.

Die weitere Digitalisierung ist aus unserer Sicht keine Option, sondern längst überfällig. Diese Mittel dienen zur Vereinfachung der Arbeit, der Vernetzung aller Sportvereine und wurden bereits in den letzten Jahren sinnvoll eingesetzt.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 78.000 €	2026:
2027: 78.000 €	2027:
2028: 78.000 €	2028:
2029: 78.000 €	2029:
2030: 78.000 €	2030:

Teilhaushalt:

520, Amt für Sport und Bewegung

Gez.

Dennis Landgraf

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

Aynur Karlikli

(Fraktionsvorsitzende)

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Energetische Sanierungen im Sport weiterfinanzieren!

Wir beantragen:

- den Zuschuss für energetische Sanierung von Vereinsbauvorhaben beizubehalten

Begründung:

Energetische Sanierungen sind Investitionen in Zukunft und Klima. Die versteckten Kosten, die uns durch solche Versäumnisse in Zukunft erwarten, sind deutlich höher als die Aufgaben, die heute getätigt werden müssen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 1 Mio. €	2026:
2027: 1,5 Mio. €	2027:
2028: 1,5 Mio. €	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

900 Allgemeine Finanzwirtschaft

Gez.

Dennis Landgraf

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Feuerwehr



Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Feuerwache 1

Wir beantragen:

- Die Verwaltung legt dar, wie hoch die Finanzmittel für den bereits begonnenen Bau der Feuerwache 1 für den Zeitraum des Doppelhaushalts sind.

Begründung:

Die Interimslösung Paulinenbrücke kann besonders in Bezug auf Dienst- und Übungsbetrieb sowie Funktionalität in der Stuttgarter Innenstadt keine Dauerlösung sein und ist in Anbetracht des Feuerwehrbedarfsplans nicht zielführend.

Die Modernisierung der Infrastruktur, gerade auf den Wachen 1-4, ist notwendig, um ein angenehmes Aufenthaltsklima für jene Einsatzkräfte zu gewährleisten, die unsere Stadtgesellschaft im Katastrophenschutz und während Extremwettereinsätzen unterstützen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

370 – Branddirektion

Gez.

Dennis Landgraf

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

Aynur Karikli

(Fraktionsvorsitzende)

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Stelle für das Ausbildungs- und Fortbildungszentrum der Feuerwehr

Wir beantragen:

1. Die Einrichtung einer BA 11-Stelle (gehobener Verwaltungsdienst) zur Planung und Koordination des Ausbildungs- und Fortbildungszentrum der Feuerwehr
2. Die Bereitstellung von mindestens 2,5 Mio. Euro im Haushalt für die anfängliche Geländeeinrichtung des AFZ, um eine Inbetriebnahme Anfang 2027 zu gewährleisten

Begründung:

Das geplante Ausbildungs- und Fortbildungszentrum (AFZ) ist eine zentrale Voraussetzung, um die Ausbildung und Einsatzbereitschaft der Feuerwehr dauerhaft sicherzustellen. Ab dem Jahr 2027 steht das bisher genutzte Gelände in Degerloch (AWS) nicht mehr zur Verfügung. Ohne rechtzeitige Planungs- und Investitionsentscheidungen droht eine Ausbildungslücke, die unmittelbar die Einsatzfähigkeit von Berufs- und Freiwilliger Feuerwehr gefährden würde.

Der jährliche Ausbildungsdurchsatz beträgt rund 1.000 Einsatzkräfte, einschließlich Berufsfeuerwehr und freiwilliger Feuerwehrangehöriger. Damit das neue AFZ fristgerecht nutzbar ist, muss die Planung jetzt beginnen. Eine zusätzliche BA 11-Stelle ist zwingend erforderlich, um die Projektsteuerung, Abstimmung mit den beteiligten Ämtern und die Vorbereitung der Ausschreibungen zu gewährleisten.

Zudem ist in Abstimmung mit dem Personalrat der Branddirektion (Herr Trillinger) darauf hinzuweisen, dass die baulichen und klimatischen Anforderungen der Berufsfeuerwachen, insbesondere in der Innenstadt (Wachen 1 und 2) sowie in Bad Cannstatt (Wache 3), zunehmend an Bedeutung gewinnen. Vor dem Hintergrund der Klimakrise sind zusätzliche Maßnahmen zur Klimatisierung und zum Erhalt der Einsatzfähigkeit des Personals dringend geboten. Diese Aspekte sollten bei der weiteren Planung des AFZ und zukünftiger Wachen-Neubauten (z. B. Feuerbach – Wache 4, perspektivisch Möhringen – Wache 5) berücksichtigt werden.

Mit der beantragten Stelle und den Mitteln wird die Grundlage geschaffen, die Ausbildungskapazitäten der Feuerwehr langfristig zu sichern und an die klimatischen sowie einsatztechnischen Herausforderungen der Zukunft anzupassen.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 1,25 Mio. €

2026:

2027: 1,25 Mio. €

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt:

370 Branddirektion

Gez.

Dennis Landgraf

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

Aynur Karlikli

(Fraktionsvorsitzende)

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Brandmeldeanlage für die Branddirektion

Wir beantragen:

- Wir beantragen im Doppelhaushalt 2026/27 ausreichend Mittel für eine neue Brandmeldeanlage bereitzustellen. Die Kosten hierzu werden von der Verwaltung beziffert und in den Haushalt übernommen.

Begründung:

Die neue Brandmeldeanlage wird dringend benötigt, damit dieses Vorgehen nicht nur über die Fahrzeuge koordiniert werden muss.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 370 Branddirektion

Gez.

Dennis Landgraf

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Sanierungsmaßnahmen der Freiwilligen Feuerwehr im Haushalt sichern!

Wir beantragen:

genügend finanzielle Mittel in Höhe von 12 Mio. EUR für die Baumaßnahmen der Freiwilligen Feuerwehr im Haushalt mit folgender Aufschlüsselung zu sichern:

Sanierung Birkach: Planansatz 3,0 Mio. EUR

Sanierung Botnang: Planansatz 2,6 Mio. EUR

Sanierung Büsnau: Planansatz 2,8 Mio. EUR

Sanierung Feuerwehrgerätehaus Vaihingen: Planansatz 3,5 Mio. EUR

Begründung:

Die Feuerwehrgerätehäuser Birkach, Botnang und Büsnau stammen aus dem Anfang der 1980-er Jahren und entsprechen schon seit Jahren nicht mehr den Anforderungen an den heutigen Feuerwehrdienst in Bezug auf Arbeitssicherheit, Hygiene, Geschlechtertrennung, Mitgliederbestand, Kinder- und Jugendarbeit sowie der Barrierefreiheit. Es fehlen in Birkach und Büsnau die Absauganlagen für die Inbetriebnahmen der Einsatzfahrzeuge, die Feuerwehrangehörigen ziehen sich teilweise ohne Schamwand in der Fahrzeughalle neben startenden Einsatzfahrzeuge um, die Dusch- und Reinigungsmöglichkeiten sind nur sehr eingeschränkt vorhanden, eine Geschlechtertrennung findet nur in den relativ neuen Feuerwehrgerätehäuser (z. B. Weilimdorf, Degerloch, Weilimdorf, Stammheim, Plieningen) statt. Rund 18 % der Angehörigen der Feuerwehr Stuttgart sind weiblich, Tendenz aufgrund der hervorragenden Jugendarbeit steigend. Der Anteil der weiblichen Mitglieder in der Feuerwehr Stuttgart stellt landesweit einen Spitzenwert dar. Bedingt durch die positive Mitgliederentwicklung und den damit verbundenen Aufwuchs der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen sind die Feuerwehrgerätehäuser für die heutigen Anforderungen in Bezug auf Mitgliederanteil und Technik und vor allem mit Blick auf den Ausbildungs- und Einsatzdienst nicht mehr zeitgemäß.

Die Liegenschaften der Freiwilligen Feuerwehr wurden seit Jahrzehnten nur sehr notdürftig ertüchtigt. Wassereintritte verbunden mit Schimmelbildung, Abnutzungsspuren, technische Ausfälle gehen einher mit den nunmehr sehr begrenzten Platz- und Lagerverhältnisse in Bezug auf die Unterbringung technischer und sonstiger Gerätschaften. Die Feuerwehrgerätehäuser wirken zudem als Notfalltreffpunkte. Der dringend notwendige Sanierungsauftrag der „3 B Gerätehäuser“ stellt den Auftakt für weitere ebenso dringender Sanierungsmaßnahmen verbunden mit den Neubauvorhaben dar. Ein Aufschub der Sanierungsmaßnahmen ist weder unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten noch in Bezug auf die Förderung des Ehrenamts vertretbar. Die Feuerwehrgerätehäuser sind die „Herzkammer“ der jeweiligen Freiwilligen Feuerwehrabteilung und stellen eine hohe Motivation und Verbundenheit der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr zu ihrer Einheit und somit zum ehrenamtlichen Dienst für die Landeshauptstadt Stuttgart dar.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026: 2,9 Mio. €
2027:	2027: 3 Mio. €
2028:	2028: 3 Mio. €
2029:	2029: 3 Mio. €
2030:	2030: 0 €

Teilhaushalt:

370 Branddirektion

Gez.

Dennis Landgraf	Hannes Rockenbach (Fraktionsvorsitzender)
Johanna Tiarks (Fraktionsvorsitzende)	Aynur Karlikli
Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Modernisierungsmaßnahmen Kfz-Werkstatt der Stuttgarter Feuerwehr

Wir beantragen:

- im Doppelhaushalt 2026/27 ausreichend Mittel in Höhe von 2,1 Mio. Euro für die Umsetzung der Modernisierungsmaßnahmen der Kfz-Werkstatt der Stuttgarter Feuerwehr bereitzustellen.

Begründung:

Die Kfz-Werkstatt der Feuerwehr Stuttgart entspricht nicht mehr den Anforderungen an die Arbeitssicherheit die Arbeitsgruben an beiden Arbeitsstellen müssen komplett ertüchtigt werden, hier handelt es sich um ein höchst kritisches Projekt. Da die Sanierungsarbeiten im laufenden Betrieb am Standort nicht möglich sind, muss die Werkstatt daher interimweise ausgliedert werden. Die Kosten der Gesamtmaßnahme belaufen sich auf **2,1 Mio. EUR.**

Die Feuerwehr wünscht sich eine dauerhafte Unterbringung der Werkstatt auf dem Gelände „Lager Hedelfingen“, da die Werkstattgebäude am jetzigen Standort aus den 1930er Jahre stammen und selbst bei einer notwendigen Sanierung eine befriedigende Funktionalität der Werkstatt für die heutigen Anforderungen nur sehr schwer umzusetzen wird.

Wir priorisieren diese Variante ebenfalls, da alternative Mietwerkstätten mit einem Kostenansatz von **4. Mio. EUR** berechnet wurden.

Diese Modernisierungsmaßnahmen sind notwendig und ersparen und potenziell **1,9 Mio. EUR.**

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026: 1 Mio. €
2027:	2027: 1,1 Mio. €
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 370 - Branddirektion

Gez.

Dennis Landgraf

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

Aynur Karikli

(Fraktionsvorsitzende)

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Leitstelle der Berufsfeuerwehr – wie hoch sind die Kosten?

Wir beantragen:

- Die Verwaltung legt vor, wie hoch die Planungs- und Realisierungskosten der Leitstelle der Berufsfeuerwehr für den Zeitraum des Doppelhaushalts sind.

Begründung:

Die Berufsfeuerwehr braucht eine Leitstelle, die baulichen, technischen und räumlichen Anforderungen genügt, um eine moderne Gefahrenabwehr und Notfallkommunikation zu gewährleisten. Die zunehmende Komplexität der Einsatzszenarien, die wachsende Zahl an Einsätzen sowie die fortschreitende Digitalisierung der Leitstellenarbeit machen diese Baumaßnahme zwingend erforderlich. Die Leitstelle ist das Herzstück der kommunalen Gefahrenabwehr. Sie koordiniert Einsätze der Feuerwehr, des Rettungsdienstes und im Bedarfsfall auch des Katastrophenschutzes. Eine verlässliche, ausfallsichere und leistungsfähige Leitstelle ist somit entscheidend für den Schutz der Bevölkerung, für kurze Reaktionszeiten und für eine effiziente Ressourcensteuerung. Darüber hinaus verlangt die zunehmende interkommunale Zusammenarbeit, etwa durch gemeinsame Alarmierungs- und Einsatzstrukturen, nach einer zukunftsfähigen Leitstelle, die technisch und organisatorisch auf die Kooperation mit Nachbarlandkreisen bzw. -städten vorbereitet ist. Die Baumaßnahme der Leitstelle stellt daher eine notwendige Investition in die öffentliche Sicherheit dar. Sie gewährleistet langfristig eine effiziente, sichere und moderne Einsatzsteuerung, verbessert die Arbeitsbedingungen für das Leitstellenpersonal und stellt die Einsatzfähigkeit der Berufsfeuerwehr dauerhaft sicher.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

Gez.

Dennis Landgraf

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Q14/1 als zusätzliche Feuerweereinrichtung behalten

Wir beantragen:

- das Areal Q14/1 im Neckarpark nicht zu verkaufen und es stattdessen als weitere Feuerwehrunterbringung langfristig aufzubauen

Begründung:

Die chronische Unterfinanzierung der Feuerwehr ist bekannt.

Für eine langfristige Planung wünscht sich die Branddirektion neben ihrer neuen Leitstelle und ihrem Lärmschutzriegel noch eine weitere Synergie durch diese Ergänzung.

Nicht nur die Logistik würde sich so vereinfachen, sondern auch die Zusammenarbeit mit der Feuerwache 3 Bad Cannstatt.

Diese Maßnahme würde zudem deutlich schneller umgesetzt werden können, als auf das bereits angedachte Gebäude zu warten.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

610 Amt für Stadtplanen und Wohnen

Gez.

Dennis Landgraf

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Neubaumaßnahmen der Feuerwehrgerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehr Sillenbuch und Untertürkheim finanzieren

Wir beantragen:

- im Doppelhaushalt 2026/27 ausreichend Mittel für die Planung und Umsetzung der Feuerwehrgerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehr Sillenbuch und Untertürkheim bereitzustellen.
- Die hierfür benötigten Mittel werden von der Verwaltung dargelegt.

Begründung:

Für die Umsetzung der dringend notwendigen Neubauten der Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehrabteilungen Sillenbuch (im Verbund mit dem Bürgerhaus sowie der Satellitenwache gemäß Feuerwehrbedarfsplan) und Untertürkheim braucht es dringend Planungsmittel in ausreichender Höhe, um den Fortgang zu sichern.

Die Freiwillige Feuerwehr leistet genauso wie die Berufsfeuerwehr essentielle Arbeit, was die kommunale Sicherheit und den Katastrophenschutz angeht und sind daher als Pflichtaufgabe anzusehen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

370 Branddirektion

Gez.

Dennis Landgraf

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Tierschutz, Artenschutz



Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Tierschutz im Haushalt sichern!

Wir beantragen:

- den Erhalt der geplanten Gelder für die Taubenprojekte im Amt für öffentliche Ordnung in Höhe von 152.000 EUR/Jahr im Doppelhaushalt 2026/27

Begründung:

Der Taubenschutz ist kommunale Pflichtaufgabe.

Die Erläuterung, die sich in der Ämtervorlage vorfindet, ist höchst widersprüchlich. Sie besagt „Ziel ist die Regulierung des Taubenbestandes“. Dieses Ziel ist nur über 2 Wege zu erreichen:

1. Den Erhalt der Betriebskosten, um über die zentralisierten Taubenschläge die Population zu regulieren
2. Die rechtswidrige Tötung der Tiere

Letzteres wurde bereits in Limburg durch einen Rechtsstreit im letzten Jahr als gesetzeswidrig erklärt und würde auch unabhängig von ethisch-moralischer Verantwortung gegenüber den Tieren große Kosten und medialen Aufruhr verursachen.

Wir sehen Tauben und alle anderen Lebewesen in unserer Stadt ebenfalls als Stuttgarter:innen an und möchten aktiv an der Regulierung des Taubenbestandes mitwirken. Hierfür ist aus unserer Sicht der Erhalt der Gelder unabdingbar.

Die Streichung dieser Projektgelder würde am Ende nicht nur deutliche Mehrkosten für die AWS und höhere Reinigungskosten im generellen verursachen, die Streichung würde ebenfalls den Tierschutz in der Landeshauptstadt immens ausbremsen und den Tieren das Leben extrem verschlimmern.

Hierzu liegt ebenfalls eine fachliche Stellungnahme von Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg e.V. vor:

Das betreute Stadttaubenmanagement ist aus stadttökologischer und tierschutzfachlicher Sicht die einzige nachhaltige Methode, um die Population kontrolliert, hygienisch und konfliktarm zu regulieren.

Wird das Projekt reduziert oder beendet, verlagert sich die Brutaktivität erfahrungsgemäß in unzugängliche Gebäudebereiche wie Dachrinnen, Brücken und Vorsprünge. Dadurch entstehen zunehmende Verschmutzungen und höhere Reinigungsaufwände, wie aus kommunalen Erfahrungsberichten anderer Städte (u. a. München, Augsburg, Düsseldorf) bekannt ist. Gleichzeitig entfällt das einzige wirksame Instrument, um die Bestände tierschutzgerecht und planbar zu steuern.

Wissenschaftlich belegt ist, dass Stadttaubenpopulationen stark ortstreu sind und kaum Austausch zwischen Städten oder Stadtteilen stattfindet (Jacob et al., 2014). Dadurch kann der Bestand nicht durch natürliche Abwanderung reguliert werden. Eine dauerhafte Kontrolle ist ausschließlich über lokal betreute Schläge mit systematischem Eiaustausch möglich.

Tiermedizinische und tierschutzrechtliche Stellungnahmen (von Loeper 2025; König & Stubenbord 2021) unterstreichen, dass solche Programme Leid, Verletzungen und unkontrollierte Fortpflanzung verhindern und zugleich Rechtssicherheit für die Kommune schaffen, da sie dem Staatsziel Tierschutz nach Artikel 20a GG entsprechen.

Das betreute Taubenmanagement schützt somit langfristig sowohl die Tiere als auch die städtische Infrastruktur und sorgt für gesellschaftliche Akzeptanz. Die geplante Mittelkürzung gefährdet ein funktionierendes, tierschutzgerechtes und wirtschaftlich sinnvolles Konzept, das bundesweit als Modell guter Praxis gilt.

Julia Thielert, M.Sc. Animal Welfare Science

Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg e.V. Quellen:

Jacob et al., 2014 Jacob, J., Hauser, M., & Lutz, W. (2014).

The geographic scale of genetic differentiation in the feral pigeon (*Columba livia*): implications for management. Online abrufbar: <https://folia.unifr.ch/unifr/documents/304177>

von Loeper, E. (2025) von Loeper, E. (2025).

Juristische Stellungnahme: Zur Notfütterung und Nottränkung von Stadttauben – rechtliche Verpflichtungen, tiermedizinische Konsequenzen und rechtsethische Erfordernisse.

Online abrufbar: https://eisenhart-von-loeper.de/wp-content/uploads/2025/05/Dr_vLoeper_Notfuetterung_und_Nottraenkung_von_Stadttauben_2025-05-02.pdf

König, M. & Stubenbord, J. (2021) König, M. & Stubenbord, J. (2021).
Stellungnahme der Sprecher der Landestierschutzbeauftragten Deutschlands zur
Veröffentlichung des Umweltbundesamtes zu „Maßnahmen zur Taubenvergrämung“.
Online abrufbar: <https://eisenhart-von-loeper.de/wp-content/uploads/2025/04/MarcoKoenig.pdf>

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 152.000€	2026:
2027: 152.000€	2027:
2028: 152.000€	2028:
2029: 152.000€	2029:
2030: 152.000€	2030:

Teilhaushalt:

Teilhaushalt: 320 – Amt für öffentliche Ordnung: Bericht zu Budgets und Stellen

Gez.

Dennis Landgraf	Hannes Rockenbauch (Fraktionsvorsitzender)
-----------------	---

Johanna Tiarks (Fraktionsvorsitzende)	Aynur Karlikli
--	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Hundesteuer

Wir beantragen:

- die Hundesteuer nicht pauschal zu erhöhen, sondern eine neue Hundesteuer zu gestalten, die adoptierte Hunde aus Tierheimen und deutschen Vereinen 50% des neuen Regelsatzes und die illegale Zucht belastet.
- Der Hundesteuersatz für Hunde aus dem Stuttgarter Tierheim soll bei 25% des neuen Regelsatzes (36 Euro) liegen. Damit soll ein Anreiz gesetzt werden, Hunde aus dem Stuttgarter Tierheim zu adoptieren.
- Die Kosten sind von der Verwaltung zu beziffern und in den Haushalt zu übernehmen

Begründung:

Die Hundesteuer soll im Doppelhaushalt 2026/27 pauschal erhöht werden, weil sie zu lange nicht erhöht wurde und die Stadt sparen soll. Diese pauschale Erhöhung würde viele versteckten Kosten mit sich bringen. Stuttgart ist bereits eine teure Stadt und beherbergt vergleichsweise wenig Hunde im Großstadtvergleich (Dog Happiness Index 2024).

Wie wir bereits in der Corona-Pandemie beobachten konnten, ist die Hürde für viele Hundehalter*innen ihre Tiere wieder ins Tierheim zu geben keine hohe. Sollten sich Halter*innen dazu entscheiden aufgrund finanzieller Probleme ihren Hund ins Tierheim zu geben, würde das bereits unterfinanzierte Stuttgarter Tierheim keine Chance haben diese aufzunehmen. Andere Tierheime oder schlimmeres könnte den Tieren drohen.

Wir möchten diese Chance nutzen und die Hundesteuer gänzlich neu denken:
Die illegale Welpenzucht in Kellern und Hinterhöfen lässt sich aktuell kaum kommunal eindämmen. Dennoch warten im Stuttgarter Tierheim und vielen anderen Tierheimen und Tierschutzvereinen weltweit viele Seelen, die auf die Chance für ein neues Zuhause hoffen.

Eine Erhöhung der Hundesteuer lehnen wir nicht pauschal ab, dennoch ist zu beachten, dass die Steuerzahler*innen auch etwas geboten bekommen müssen.
Wir wollen eine Hundestrategie mit passender Steuer für Stuttgart, in der nicht nur Hunde aus dem Stuttgarter Tierheim, sondern aus allen eingetragenen Tierschutzvereinen aus ganz Deutschland deutlich weniger belastet werden.

Wer ein Tier rettet, ihm eine zweite Chance bietet und den Staat, die Kommune und somit auch die Ausgaben entlastet, darf nicht gleichgesetzt werden mit Menschen, die sich einen Hund als Statussymbol, Accessoires oder sonstigen rücksichtslosen Gründen anschaffen und diese aus Qualzuchten anschaffen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

200 Stadtkämmerei

Gez.

Dennis Landgraf	Hannes Rockenbauch (Fraktionsvorsitzender)
-----------------	---

Johanna Tiarks (Fraktionsvorsitzende)	Aynur Karlikli
--	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Pflege, Gesundheit



Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Schwangerschaftsabbrüche am Klinikum umsetzen

Wir beantragen:

- Eine Empfehlung an den Verwaltungsrat des Klinikums Stuttgart, dass am Klinikum Stuttgart Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung genauso angeboten werden wie Schwangerschaftsabbrüche mit kriminologischer und medizinischer Indikation.
- Die notwendigen finanziellen Mittel für die Einführung der Beratungsregelung am Klinikum Stuttgart.

Begründung:

Städtische Kliniken haben eine öffentliche Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft und insbesondere auch gegenüber den Frauen in unserer Gesellschaft.

Die Versorgung von ungewollt schwangeren Personen ist immer wieder Diskussion in den politischen Debatten und erreicht aktuell einen Höhepunkt in der Forderung, endlich den §218 abzuschaffen.

Dabei zeigt sich immer wieder, dass die Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland schlecht ist – und öffentliche Krankenhäuser nicht dafür sorgen, diese Lücken im medizinischen System zu schließen. Nach einer Korrektiv Recherche zeigt sich, dass nur 38% der angefragten Kliniken angibt, Abbrüche nach der sogenannten Beratungsregelung durchzuführen. Auch am Klinikum Stuttgart (Olgahospital) werden lediglich Abbrüche mit kriminologischer und medizinischer Indikation durchgeführt. Und damit ist es das einzige Klinikum in Stuttgart.

Krankenhäuser, die zwar Abbrüche nach kriminologischer und medizinischer Indikation durchführen, solche nach der Beratungsregelung aber ablehnen, bezeichnet Alicia Baier als kritikwürdig. Sie ist Ärztin und Vorsitzende des Vereins Doctors for Choice, der sich für einen selbstbestimmten Umgang mit Sexualität einsetzt. „In dieser Unterscheidung schwingt mit, dass es gute und schlechte Gründe für einen Abbruch gibt. Letztlich sollte aber nicht der Grund das entscheidende Kriterium für eine gute medizinische Versorgung sein.“

Grundsätzlich müssen an allen Krankenhäusern mit Gynäkologie Schwangerschaftsabbrüche angeboten werden. Insbesondere an Krankenhäusern mit einem öffentlichen Daseinsauftrag!

Die Versorgung über Gynäkolog*innen und deren Praxen ist mit Schwierigkeiten verbunden. So bestehen mit dem Angebot von Schwangerschaftsabbrüchen Auflagen, die in Praxen teils nicht realisierbar sind. Auch der Zugang zu den notwendigen Medikamenten ist kompliziert. Ein großes Krankenhaus wie das Klinikum Stuttgart kann diesen Schwierigkeiten problemlos begegnen.

Gut zu verhüten reicht leider nicht aus um Schwangerschaften zu verhindern, da Verhütung nicht immer zuverlässig ist. So wurden bei 42,9 % der ungewollt Schwangeren ein Verhütungsmittel genutzt. Nicht nur dass Frauen trotz Verhütung schwanger werden, auch Armut spielt hier eine große Rolle. So haben ein Viertel der Sozialleistungsempfängerinnen aufgrund von Kosten schon auf Verhütungsmittel verzichtet. Und der Abbruch wird dann aufgrund von unsicherer Lebenssituation, der wichtigste Grund (40%) für Schwangerschaftsabbrüche, vorgenommen.

Und diese Frauen trifft es auch besonders. Immer noch sind die Barrieren für einen Schwangerschaftsabbruch zu hoch. In der vom Bundesministerium beauftragten ELSA Studie gab jede vierte Frau an, dass die mehr als eine Einrichtung kontaktieren musste. Frauen mussten mehr als 50 Kilometer bis zu einer Abbruchklinik fahren. Dabei hat jede fünfte Frau Schwierigkeiten für die Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aufzukommen. Und die Versorgungslage bei späten Abbrüchen im zweiten und dritten Trimenon ist besonders schlecht.

Dabei sind ungewollte Schwangerschaften für viele Menschen Teil des Lebens. Für Deutschland ergab die Studie „frauen leben 3“, dass fast 30% der Schwangerschaften nicht beabsichtigt waren.

Trotzdem sind Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland immer noch mit dem §218 verboten. Und obwohl dreiviertel der Menschen in Deutschland einen Schwangerschaftsabbruch unter bestimmten Voraussetzungen legalisieren möchten, gibt es dafür keine Mehrheit im Bundestag. Dabei hat der Staat die Aufgabe, sexuelle und reproduktiven Rechte der Frauen zu schützen und darf nicht über ihre Körper bestimmen!

Auch wenn dieses Jahr endlich die Gehwegbelästigung verboten wurde, ist es für Frauen besser, anonym zu einem Schwangerschaftsabbruch gehen zu können. Ein Klinikum wie das Klinikum Stuttgart ist so groß, das niemand erkennen kann, wohin die Frauen tatsächlich gehen. Und bietet damit einen wichtigen Schutzraum.

In Stuttgart leben 143 000 Frauen zwischen 16 und 50 Jahren. Diesen Frauen gegenüber haben wir als Stadt einen Versorgungsauftrag. Und um diesen sicherstellen zu können, müssen am Klinikum Stuttgart Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung genauso angeboten werden wie Schwangerschaftsabbrüche mit kriminologischer und medizinischer Indikation.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 900

Gez.

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Entbürokratisierung der Pflage tage

Wir beantragen:

Wir beantragen die notwendigen Mittel für eine Entbürokratisierung der Pflage tage.

Begründung:

Ziel: 10 Pflage tage, die man nehmen kann, ohne eine AU einreichen zu müssen oder andere schriftliche Dokumente oder Erläuterungen, bei voller Lohnfortzahlung.

Egal, ob das Kind krank ist (sehr hilfreich für Einzeltern, vor allem bei dem momentanen Mangel an Kinderärzt*innen auch entlastend für die Praxen, weil man keine Kind-Krank-Meldung benötigt), der Partner*in oder die Eltern einen Unfall haben und man z.B. mit Behördengängen beschäftigt ist oder eine erkrankte, alleinstehende Freund*in Unterstützung benötigt.

Vorteile für Arbeitnehmer*innen:

- Keine Lohneinbußen
- Kein Stress, mit bspw. halbkrankem Kind in eine Praxis zu müssen
- Urlaub muss nicht „geopfert“ werden für Behördengänge, etc.
- Erhält die eigene Gesundheit, da weniger Stress mit Organisation, etc.

Vorteile für Arbeitgeber*innen:

- Zufriedene und entspannte Mitarbeiter*innen, dadurch mehr Motivation
- Personalerhaltung und -gewinnung
- Kein Missbrauch von der Regelung 3 Tage ohne AU, Folge: eine ehrliche Fehlzeitenstatistik (vergleichbar z.B. mit anderen AG)

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 900

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

MedMobil sicher stellen**Wir beantragen:**

- Eine Förderung des MedMobil mit 17 000 Euro in 2026 und ab 2027 ff. mit 24 000 Euro.

Begründung:

Das MedMobil in Stuttgart leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung von Menschen, die keinen oder nur eingeschränkten Zugang zum regulären Gesundheitssystem haben – darunter Wohnungslose und sozial benachteiligte Personen. Es bietet medizinische in einem niedrighschwelligen, vertrauensvollen Rahmen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 17 000€	2026:
2027: 24 000€	2027:
2028: 24 000€	2028:
2029: 24 000€	2029:
2030: 24 000€	2030:

Teilhaushalt: 500

Gez.

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender)

Aynur Karlikli

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Präventionsangebot für synthetische Opiode

Wir beantragen:

- die Förderung eines „Stuttgarter Kompetenzzentrums für Prävention und Frühintervention bei hochpotenten synthetischen Substanzen“ (STUKO) des Trägers CORE gUG in den Jahren 2026 und 2027.

Begründung:

Die Verknappung herkömmlichen Heroins begünstigt die Verbreitung synthetischer Opiode – mit erheblichen Risiken für Konsumierende und die öffentliche Gesundheit. Zunehmende Warnmeldungen des Landeskriminalamts sowie der starke Anstieg der Drogentodesfälle in Baden-Württemberg im Zusammenhang mit synthetischen Opioiden deuten bereits auf eine zunehmende Verbreitung im Land hin.

Substanzen wie Fentanyl oder Nitazene sind deutlich potenter als herkömmliche Opiode, schwer zu dosieren und werden häufig unbewusst konsumiert, da sie oft falsch deklariert oder anderen Substanzen beigemischt werden. Besonders gefährdet sind Heroinkonsumierende, Jugendliche und junge Erwachsene mit illegal bezogenen opioidhaltigen Schmerzmitteln sowie Partydrogenkonsumierende. Die Folge sind vermehrte Drogennotfälle und drogenbedingte Todesfälle. Der als Falschdeklaration oder Beimischung erfolgende Verkauf erschwert zudem fundierte Risikoabschätzungen für Fachleute und Konsumierende, zumal synthetische Substanzen ständig weiterentwickelt werden.

Das geplante „Stuttgarter Kompetenzzentrum für Prävention und Frühintervention bei hochpotenten synthetischen Substanzen“ (STUKO) des Trägers CORE gUG will dieser Entwicklung mit zwei Bausteinen begegnen: (1) Aufbau eines Monitoring- und Warnsystems inkl. digitaler Informationsplattform sowie (2) Schulungen für Fachkräfte relevanter Institutionen.

Das Monitoring verknüpft bestehende (z. B. Abwasserdaten) und neue Datenquellen (z. B. Szenebefragungen, Labordaten), um kursierende Substanzen in Stuttgart systematisch zu erfassen. Darauf aufbauend werden risikominimierende Informationen bereitgestellt und bei Bedarf gezielte Warnmeldungen veröffentlicht. Die Schulungen richten sich u. a. an Fachkräfte aus Rettungsdiensten, Suchthilfe und Polizei und vermitteln Wissen zu spezifischen Herausforderungen, etwa dem verkürzten Interventionsfenster oder dem

erhöhten Bedarf an Naloxon im Notfall. Auf diese Weise sollen Drogennotfälle und Überdosierungen in Stuttgart möglichst vermieden werden.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 197 000€	2026:
2027: 197 000€	2027:
2028: 197 000€	2028:
2029: 197 000€	2029:
2030: 197 000€	2030:

Teilhaushalt: 500

Gez.

Johanna Tiarks	Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzende)	(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff (Monats)-Hygieneartikel im Café La Strada

Wir beantragen:

- Die Bereitstellung von Monatshygieneartikeln wie Tampons und Binden sowie im Einzelfall Zahnpasta, Zahnbürste, Duschgel, Körperlotion in kleinen Größen. Dafür werden jährlich jeweils 500 Euro benötigt.

Begründung:

Das Café La Strada ist eine niedrigschwellige Anlaufstelle und Schutzraum der Caritas für Frauen, die im Bereich der Prostitution arbeiten. Der Zugang zu Monatshygieneartikeln ist für Frauen essenziell, um ihre körperliche Gesundheit und Hygiene zu gewährleisten. Außerdem trägt sie dazu bei, die Würde der betroffenen Frauen zu wahren und ihnen ein Mindestmaß an Selbstbestimmung und Lebensqualität zu ermöglichen. Da es in Deutschland keine gesetzliche Verpflichtung für einen kostenfreien Zugang zu Menstruationshygieneartikeln gibt, liegt es in der individuellen Hand von Städten besonders für vulnerable Gruppen den kostenlosen Zugang zu ermöglichen. Die beantragten 500 Euro jährlich sind eine vergleichsweise geringe Investition, die jedoch eine große Wirkung auf das Wohlbefinden und die Gesundheit der betroffenen Frauen hat und darf aus unserer Sicht nicht gekürzt werden.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 500€	2026:
2027: 500€	2027:
2028: 500€	2028:
2029: 500€	2029:
2030: 500€	2030:

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung

Wir beantragen:

- die Förderung einer Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung in Stuttgart für einen dreijährigen Projektzeitraum (2026 - 2028). Hierfür wird für das Jahr 2026 152.400€, für 2017 173.400€ und für 2028 183.800€ benötigt.

Begründung:

In der Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung (MMM) finden Menschen, die sich in einer Notsituation befinden und keine Krankenversicherung haben, einen Arzt, der die Erstuntersuchung und Notfallversorgung bei plötzlicher Erkrankung, Verletzung oder einer Schwangerschaft übernimmt. Da viele weder eine Arztpraxis noch ein Krankenhaus aufsuchen können, helfen die Malteser ganz unbürokratisch. Vorwiegend handelt es sich bei den Patient*innen um Bürger*innen aus den neuen EU-Mitgliedsländern, Besucher aus anderen Ländern, Studierende und Deutsche, die keine Krankenversicherung haben. Aktuell werden jährlich 1500 Behandlungen durchgeführt.

Ziel der hier beantragten Clearingstelle ist es, eine zentrale Anlaufstelle zu schaffen, die Betroffene bei der Re-Integration in das Krankenversicherungssystem unterstützt. Die Integration von Menschen ohne Krankenversicherung in das reguläre Gesundheitssystem könnte für Stuttgart und Baden-Württemberg langfristig erhebliche Einsparungen und Effizienzgewinne mit sich bringen. Somit geht es bei diesem Projekt nicht nur darum, dass die medizinische Versorgung von Menschen wieder langfristig gesichert sein kann. Sondern es handelt es auch um eine Investition für die Stadt Stuttgart, die sich langfristig stark ausbezahlen wird!

Für die benötigten Sachmittel und Gesundheitsfonds wurden bereits Stiftungsmittel in Höhe von 400.000€ in Aussicht gestellt. Jedoch stehen diese Mittel nur dann zur Verfügung, wenn die Clearingstelle im Haushalt beschlossen wird und die Personalkosten zu 100% gefördert werden. Das bedeutet, ohne Genehmigung des Antrags fällt das ganze Projekt und somit auch die Möglichkeit Menschen wieder zunehmend zurück in eine Krankenversicherungsstruktur anzubinden.

Die benötigten Stellen sowie die jeweilig bereits bewilligten Förderungen durch Stiftungen und das Sozialministerium sehen wie folgt aus:

- 1 VZK Sozialarbeiter*in (inkl. Projektleitung): 70,5 TEUR/Jahr
- 1 VZK Sozialversicherungsfachangestellte*r: 65 TEUR/Jahr,
- 0,5 VZK Verwaltungskraft: 26 TEUR/Jahr,
- 0,25 VZK Gesundheitsplanung (Gesundheitsamt): 22,3 TEUR/Jahr.

Die Gesamtsumme der Personalkosten beläuft sich somit auf 183.800 EUR pro Jahr. Zusätzlich wurde eine Projektförderung durch das Sozialministerium für eine halbe Stelle (0,5 VZK) bis zum 31. März 2027 bewilligt. Die Förderung vom Land umfasst 31.470 EUR im Jahr 2026 und 10.490 EUR im Jahr 2027. Hierdurch reduziert sich der beantragte städtische Zuschuss auf 152.400 EUR für das Jahr 2026, 173.400 EUR für das Jahr 2027 und 183.800 EUR für das Jahr 2028. Für die benötigten Sachmittel und für den Gesundheitsfonds wurden Stiftungsmittel in Höhe von insgesamt rund 400.000 EUR in Aussicht gestellt.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 152.400€	2026:
2027: 173.400€	2027:
2028: 183.800€	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 530 Gesundheitsamt

Gez.

Johanna Tiarks	Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzende)	(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Sozialdienst katholischer Frauen e. V.: Gesundheitliche Versorgung von Frauen in Wohnungsnot (MediA, Baustein 2)

Wir beantragen:

- die Weiterführung der bisherigen Förderung entsprechend GRDRs 332/2019,
- die Erhöhung der Fachkraftstelle von 0,5 auf 0,75 VZK,
- die Beibehaltung des Leitungsanteils von 0,1 VZK und
- die Übertragung der geplanten Änderungen aus dem gemeinsamen Antrag der Träger von Fachberatungsstellen und Tagesstätten auf Baustein 2 der Medizinischen Assistenz (Antrag wird vom Sozialamt bearbeitet)
- ab dem Doppelhaushalt 2026/2027 werden jährlich 23.300 Euro benötigt

Begründung:

Das Angebot MediA Frauengesundheit des Sozialdienstes katholischer Frauen Stuttgart e.V. (SkF) unterstützt Frauen in Wohnungsnot bei gesundheitlichen Themen. Im Jahr 2024 wurden 57 Klientinnen betreut, 413 Einzelberatungen durchgeführt und 681 Kontakte verzeichnet. Die Nachfrage ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Aufgrund des hohen Bedarfs ist Weiterführung der Förderung, sowie die benötigten Stellen zur Gewährleistung der Leistung unabdingbar.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 23.300 €	2026:
2027: 23.300 €	2027:
2028: 23.300 €	2028:
2029: 23.300 €	2029:
2030: 23.300 €	2030:

Teilhaushalt: 530 Gesundheitsamt

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Fortbildungen und Fachtage für medizinische und pädagogische Fachkräfte sowie Nichtfachkräfte an Schulen**Wir beantragen:**

- Fortbildungen und Fachtage für medizinische und pädagogische Fachkräfte sowie Nichtfachkräfte an Schulen in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr.

Begründung:

Aufgrund der Zunahme von Kindern mit Schulschwierigkeiten mit drohendem Schulausschluss (Autismus-Spektrum-Störung u.a.) benötigt es einen ämterübergreifenden abgestimmten Lösungsansatz: Erweiterung der Zentrale Informations- und Beratungsstelle (ZIB) für den Bereich ZIB-Schule. Neue Aufgaben im Bereich ZIB-Schule als Folge des Konzepts "Kita für alle in Stuttgart" (siehe GRDRs 84/2019, GRDRs 284/2021, GRDRs 864/2022, GRDRs 174/2023, GRDRs 848/2023, GRDRs 378/2024). Die Erweiterung wurde in einem gesonderten Antrag beantragt. Nach seiner Genehmigung wird für diese Umsetzung ein Kontingent benötigt, um für medizinische sowie pädagogische Fachkräfte und Nichtfachkräfte dahingehend Fortbildungen sowie Fachtage anbieten zu können.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 50.000€

2026:

2027: 50.000€

2027:

2028: 50.000€

2028:

2029: 50.000€

2029:

2030: 50.000€

2030:

Teilhaushalt: 530 Gesundheitsamt

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Schulgesundheitsfachkräfte: Stellenspezifische medizinische Ausstattung zwei neuer Standorte**Wir beantragen:**

- Sachmittel für Schulgesundheitsfachkräfte für die stellenspezifische Ausstattung (Med. Notfallkoffer, etc.) an zwei neuen Standorten in Höhe von einmalig 1.500 Euro für das Jahr 2026.

Begründung:

Die Schulgesundheitsfachkraft trägt maßgeblich zur Gesundheitsförderung und -prävention bei. Mit einer adäquaten Ausstattung, wie z. B. einem medizinischen Notfallkoffer, kann im Bedarfsfall schnell und effektiv gehandelt werden. Dies ist besonders wichtig an neuen Standorten, um eine lückenlose Versorgung sicherzustellen. Durch die Bereitstellung geeigneter Ausstattungen wird das schulische Personal entlastet, da die Schulgesundheitsfachkraft in der Lage ist, medizinische Erstmaßnahmen eigenständig durchzuführen. Dies ermöglicht es Lehrkräften, sich auf ihre pädagogischen Aufgaben zu konzentrieren.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 1.500€

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 530 Gesundheitsamt

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Afrokids International e.V., FiZ, Wildwasser e.V., Yasemin: Gemeinsam gegen FGM/C in Stuttgart**Wir beantragen:**

- Eine Vollzeitstelle zu je 25% für die Institutionen: Afrokids International e.V.; Fraueninformationszentrum fiz im VIJ e.V. (Stuttgart); Wildwasser Stuttgart e.V. (Stuttgart); Beratungsstelle YASEMIN (Stuttgart)

Begründung:

FGM/C (Female Genital Mutilation and Cutting) ist eine schwere Menschenrechtsverletzung, bei der Teile des weiblichen Genitals entfernt oder verletzt werden. Sie verstößt gegen viele internationale, europäische sowie nationale Gesetze und gilt auch gemäß der Kinderrechtskonvention als Kindesmisshandlung.

Die auf Landesebene zentrale Anlaufstelle für von FGM/C bedrohte und betroffene Frauen und Mädchen in Baden-Württemberg sind ein Schritt in die richtige Richtung. Dies reicht aber nicht aus, um die in Stuttgart lebenden Frauen, die von FGM/C betroffen oder bedroht sind, zu versorgen.

Eine Vollzeitstelle als Gesamtes wäre notwendig um die Versorgung zu gewährleisten. Hier soll mithilfe einer fachübergreifenden Zusammenarbeit das Netzwerk und der Zugang zu den Communities sichergestellt werden. Gleichzeitig kann so den vielfältigen Bedarfen von Betroffenen im Kontext weiblicher Genitalverstümmelung/ Genitalbeschneidung nachgekommen werden.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 78.100

2026:

2027: 78.100

2027:

2028: 78.100

2028:

2029: 78.100

2029:

2030: 78.100

2030:

Teilhaushalt: 530 Gesundheitsamt

Gez.

Johanna Tiarks	Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzende)	(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf	Aynur Karikli
-----------------	---------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Bedarfsgerechter, situativer Einsatz von innovativen Maßnahmen, insbesondere bei ärztlicher Pflegeheimversorgung und die Versorgung von schwer kranken Menschen im häuslichen Umfeld

Wir beantragen:

Ein jährliches Budget von 50 000 Euro für den Einsatz von innovativen Maßnahmen, insbesondere bei der ärztlicher Pflegeheimversorgung und der Versorgung von schwer kranken Menschen im häuslichen Umfeld.

Begründung:

In Pflegeheimen sind innovative digitale Möglichkeiten zur hausärztlichen Versorgung wichtig, weil sie den Zugang zu medizinischer Betreuung verbessern, Wege und Wartezeiten verkürzen und die Zusammenarbeit zwischen Pflegepersonal und Ärzten erleichtern. Digitale Lösungen wie Telemedizin ermöglichen eine schnelle ärztliche Einschätzung, reduzieren Krankenhausaufenthalte und erhöhen damit die Versorgungsqualität und Sicherheit der Bewohner.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 50.000€

2026:

2027: 50.000€

2027:

2028: 50.000€

2028:

2029: 50.000€

2029:

2030: 50.000€

2030:

Teilhaushalt: 530

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Sport, Bäder



Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Weiterführung des Projekts „Nachtschwärmer“ des Gemeinschaftserlebnis Sport (GES)

Wir beantragen:

- die Weiterführung des Projekts „Nachtschwärmer“ des Gemeinschaftserlebnis Sport (GRDRs 515/2023) mit 75.000 Euro/Jahr

Begründung:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart hat in den vergangenen zwei Doppelhaushalten 75.000 EUR pro Jahr für die Umsetzung des Projekts „Nachtschwärmer“ des Gemeinschaftserlebnis Sport (GES) zur Verfügung gestellt. Die Mittel werden für die Bereitstellung von an den Bedürfnissen der Jugendlichen ausgerichteten Sport- und Bewegungsangeboten in der Innenstadt verwendet. Sport- sowie bewegungsorientierte Ansätze sind im Rahmen pädagogischer Maßnahmen der Gewaltprävention nicht mehr wegzudenken. Gerade für diese Jugendlichen ist der Sport das einzig verbliebene Erfahrungsfeld, in dem sie Erfolg, Selbstbestätigung und Anerkennung erleben können. Durch die Vernetzung bereits vorhandener Nachtsportangebote (Basketball um Mitternacht, Nachtaktiv) kam es mit Nachtschwärmer zur Etablierung einer „stuttgart-weiten“ Community, die den Heranwachsenden eine sinnstiftende und bewegende Freizeitalternative bietet. Die geplanten Angebote werden seit 2022 umgesetzt. Ein weiteres Element ist die intensive Netzwerkarbeit mit den relevanten Akteuren vor Ort. Die heterogenen Zielgruppen in der Innenstadt werden durch viele Netzwerkpartner des Programms angesprochen.

Wir sehen die nächtliche Belebung von öffentlichen Plätzen auch als notwendige sicherheitspolitische Pflicht an. Diese Sicherheits- und Ordnungsmaßnahmen in Kombination mit Jugendarbeit, Bewegung und Gesundheit sind ein wichtiger Bestandteil des Stuttgarter Nachtlebens.

Kosten:

ErgebnisHH

2026: 75.000 €

2027: 75.000 €

2028: 75.000 €

2029: 75.000 €

2030: 75.000 €

FinanzHH

2026:

2027:

2028:

2029:

2030:

Teilhaushalt: 520, Amt für Sport und Bewegung, Bericht zu Budgets und Stellen

Gez.

Dennis Landgraf

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Betreuung für den Öschi sichern! Urban Sports Area

Wir beantragen:

- im Doppelhaushalt 2026/27 eine Finanzielle Unterstützung in Höhe von 60.000 Euro/Jahr anzusetzen, für die Betreuung des „Öschi“ – Urban Sports Area am Österreichischen Platzes.

Begründung:

Mit GRDRs 570/2021 „Nachnutzung Bereich unter der Paulinenbrücke“ wurde vom Gemeinderat die Entwicklung und Umsetzung einer temporären Urban Sports Area auf dem Österreichischen Platz beschlossen. Mit GRDRs 514/2023 wurden unter anderem Mittel für die Betreuung des Platzes eingestellt.

Seither wurde die Fläche temporär gestaltet und weiterentwickelt. Der ehemalige Parkplatz mit einer Fläche von rund 3.000 m² und zentral in der Innenstadt gelegen, ist mittlerweile zu einem Ort für Sport, Bewegung und Begegnung geworden, insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene. Der Platz wurde 2023 eröffnet und hat sich als Experimentier- und Lernfeld etabliert, insbesondere für die Konzeption und Umsetzung von Sport- und Bewegungsangeboten, die speziell auf die Bedürfnisse der jungen Zielgruppe ausgerichtet sind. Der Platz bietet eine einzigartige Kombination aus Größe, Lage und Struktur, die es so in Stuttgart bislang nicht gibt.

Am Vormittag wird der Platz für Kitas und Schulen geöffnet. Am Nachmittag steht er allen Nutzer*innen offen und ist frei zugänglich. An sieben Tagen in der Woche wird der Platz von Sportpädagog*innen des Programms Gemeinschaftserlebnis Sport betreut. Diese bieten verschiedene Programme an und verwalten Sportgeräte wie Skateboards, BMX-Räder, Bälle, die kostenfrei ausgeliehen werden können. Zusätzlich werden betreute Sportangebote wie z.B. Tischtennis und diverse Events organisiert. Die tägliche Betreuung beinhaltet auch die Verantwortung für den reibungslosen Ablauf der Nutzung und die Aufsicht und Schlichtung wie die Intervention bei Konflikten sowie die Aufsicht zur Einhaltung der Hausordnung. Im Winter ist der Platz bis 21.00 Uhr, im Sommer bis 22.00 Uhr geöffnet. Lediglich an bedeutenden Feiertagen bleibt der Platz geschlossen. Für die Umsetzung der Sportpädagogischen Betreuung der Urban Sports Area am Öschi sind in den Jahren 2026 und 2027 Sachmittel in Höhe von 60.000 Euro je Jahr notwendig.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 60.000 €	2026:
2027: 60.000 €	2027:
2028: 60.000 €	2028:
2029: 60.000 €	2029:
2030: 60.000 €	2030:

Teilhaushalt: 520, Amt für Sport und Bewegung

Gez.

Dennis Landgraf	Hannes Rockenbach (Fraktionsvorsitzender)
Johanna Tiarks (Fraktionsvorsitzende)	Aynur Karlikli
Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Keine Erhöhung des Sachkostenbeitrages für Turn- und Sporthallen

Wir beantragen:

- den Sachkostenbeitrag für Turn- und Sporthallen nicht zu erhöhen und bei der Höhe der letzten Jahren zu behalten

Begründung:

Eine Erhöhung des Sachkostenbeitrages würde ebenfalls zu einer Erhöhung der Mitgliedsbeiträge in den Sportvereinen führen.

Stuttgart hat in den letzten 2 Jahren die Mitgliedschaften in seinen Sportvereinen um 25% gesteigert, selbst in den kritischen Altersgruppen.

Am Erfolg der Sportstadt Stuttgart muss weiter festgehalten werden.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 370 000 €	2026:
2027: 370 000 €	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

520 Amt für Sport und Bewegung

Gez.

Dennis Landgraf

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Stadt als Arbeitgeberin



Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Sekretariatsstelle für die Branddirektion

Wir beantragen:

- die Schaffung einer Sekretariatstelle (Verwaltungsunterstützung) (1,0 VZÄ) für die Branddirektion zur Entlastung des Leitungsbereichs.
-

Begründung:

Das Vorzimmer der Branddirektion ist derzeit unterbesetzt, wodurch es regelmäßig zu Erreichbarkeitsproblemen und Verzögerungen in der Bearbeitung organisatorischer und administrativer Vorgänge kommt.

Angesichts der Größe der Feuerwehr – mit rund 700 Berufsfeuerwehrleuten und etwa 1.200 Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr – besteht ein erheblicher Bedarf an verlässlicher administrativer Unterstützung.

Der Leitungsbereich ist zunehmend mit Verwaltungsaufgaben, Koordination, Schriftverkehr und organisatorischem Mehraufwand belastet, was zulasten strategischer und fachlicher Führungsaufgaben geht.

Eine zusätzliche Sekretariatsstelle ist daher dringend erforderlich, um die Arbeitsfähigkeit und Kommunikationsstrukturen der Branddirektion zu sichern und effizient auf die wachsenden Anforderungen im Feuerwehrwesen reagieren zu können.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

370 Branddirektion

Gez.

Dennis Landgraf

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Zweite Stelle für Objektbegehungen der Feuerwehrrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr

Wir beantragen:

- Die Schaffung einer weiteren Stelle (1,0 VZÖ) für Objektbegehungen der Feuerwehrrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr, eingruppiert analog zur bestehenden Stelle (EG7)

Begründung:

Die regelmäßigen Objektbegehungen der Feuerwehrrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr sind ein wesentlicher Bestandteil zur Sicherstellung der Betriebssicherheit, Arbeitssicherheit und baulichen Instandhaltung.

Der derzeit zuständige Objektbegeher kann aufgrund der Vielzahl an Standorten und des gestiegenen technischen und sicherheitsrelevanten Aufwands die Aufgaben nur noch eingeschränkt vollständig wahrnehmen.

Zur Gewährleistung einer regelmäßigen und fachgerechten Kontrolle aller Feuerwehrrhäuser ist daher die Einrichtung einer zweiten Stelle dringend erforderlich. Dies dient unmittelbar der Sicherheit der ehrenamtlichen Einsatzkräfte, der Wahrung der Einsatzbereitschaft und der Werterhaltung der städtischen Infrastruktur.

Mit der zusätzlichen Stelle kann eine systematische und nachhaltige Betreuung aller Standorte sichergestellt werden – insbesondere vor dem Hintergrund wachsender Anforderungen an Gebäudetechnik, Arbeitsschutz und Klimaanpassung.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt:

370 Branddirektion

Gez.

Dennis Landgraf

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks

Aynur Karlikli

(Fraktionsvorsitzende)

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Weiterbewilligung der Stuttgart-Zulage in voller Höhe

Wir beantragen:

- Die Weiterbewilligung der Stuttgart-Zulage in voller Höhe. Dafür werden im Doppelhaushalt 2026/2027 19,8 Mio. Euro benötigt.
- In der mittelfristigen Finanzplanung stellt die Verwaltung die notwendigen Finanzmittel in den Haushalt ein, um die Stuttgart-Zulage wie bisher dauerhaft in voller Höhe zu gewährleisten.
- Die Stuttgart-Zulage darf nicht auf bisher gewährte Zulagen angerechnet werden.

Begründung:

Wenn die Stadt eine attraktive Arbeitgeberin sein will, muss sie ihre Beschäftigten besser bezahlen! Besonders angesichts steigender Lebenshaltungskosten in Stuttgart und explodierendem Mietspiegel ist Stuttgart als Arbeitgeberin in scharfer Konkurrenz zu anderen privaten und öffentlichen Arbeitgeber*innen. Unter diesem Druck muss die Stadt Stuttgart mit der Schaffung von guten Arbeitsbedingungen reagieren. Und nicht mit der Kürzung der Stuttgart-Zulage! Um Arbeitnehmer*innen halten und Neue gewinnen zu können, muss die Stadt Stuttgart zwingend überdurchschnittlich attraktive Konditionen beim Gehalt anbieten. Stuttgarter*innen, darunter fallen Beschäftigte genauso wie Auszubildende und Studierende, müssen es sich leisten können, in dieser überdurchschnittlich teuren Landeshauptstadt zu leben und zu wohnen. Damit sich die Beschäftigten auf die Stadt als attraktive Arbeitgeberin verlassen kann, darf diese nicht gekürzt und soll weiterhin in der ursprünglichen Höhe ausbezahlt werden.

Zudem fordern wir die Stadt Stuttgart auf, in Verhandlungen mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für eine tarifizierte-Stuttgart-Zulage in Verhandlungen zu gehen. Dadurch kann sich die Stadt Stuttgart als zuverlässige Arbeitgeberin attraktiv machen und ihrem eigenen Fachkräftemangel entgegenwirken.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: 7.900.000

2026:

2027: 11.900.000

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 100

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Zusammenarbeit fördern - Verstetigung des Gemeinsamen Fonds

Wir beantragen:

- Dass der Auszahlungsbetrag aus dem Gemeinsamen Fonds für Mitarbeitende der Landeshauptstadt Stuttgart ab dem Haushaltsjahr 2026 dauerhaft auf 30 Euro pro Person festgesetzt wird. Zusätzlich werden jährlich 340.000€ benötigt.

Begründung:

Wertschätzung, Zusammenhalt und eine lebendige Organisationskultur sind die Grundpfeiler einer leistungsfähigen und motivierten Stadtverwaltung. Seit Mitte der 1990er Jahre leistet der „Gemeinsame Fonds“ hierzu einen maßgeblichen Beitrag: Er fördert die sozialen und kulturellen Interessen der Mitarbeitenden und ermöglicht Gemeinschaftsveranstaltungen, die das Wir-Gefühl stärken und die Identifikation mit der Landeshauptstadt Stuttgart fördern.

Gerade vor dem Hintergrund verschiedener Arbeitsmodelle, wie dem mobilen Arbeiten, gewinnen gezielte Maßnahmen zur Förderung des Miteinanders und der internen Kommunikation weiter an Bedeutung. Während der persönliche Austausch „über den Flur“ heute seltener stattfindet, bleibt das Bedürfnis nach direktem, gemeinschaftlichem Erleben unverändert hoch. Der „Gemeinsame Fonds“ bietet hier einen bewährten Rahmen, um den sozialen Zusammenhalt und die Zusammenarbeit auch unter veränderten Arbeitsbedingungen zu stärken.

Vom Gemeinderat wurde beschlossen, den Auszahlungsbetrag des Gemeinsamen Fonds im Jahr 2022 von 10 Euro auf 30 Euro pro Person zu erhöhen. Diese Erhöhung wurde auch für die Jahre 2023 bis 2025 fortgeschrieben und hat sich als wirkungsvolle Maßnahme erwiesen: Die Ämter und Eigenbetriebe konnten vielfältigere Gemeinschaftsveranstaltungen realisieren, was durch zahlreiche positive Rückmeldungen aus der Belegschaft bestätigt wird. Die Maßnahme wird von den Mitarbeitenden sehr geschätzt und trägt nachweislich zur Stärkung der internen Kommunikation, der Zusammenarbeit und der Arbeitgeberattraktivität bei.

Um diese erfolgreiche Entwicklung nachhaltig zu sichern, ist es notwendig, den erhöhten Auszahlungsbetrag von 30 Euro pro Person dauerhaft zu verstetigen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 340.000	2026:
2027: 340.000	2027:
2028: 340.000	2028:
2029: 340.000	2029:
2030: 340.000	2030:

Teilhaushalt: 100 Haupt- und Personalamt

Gez.

Johanna Tiarks	Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzende)	(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Gleiche und faire Bedingungen in der Mittagsverpflegung der städtischen Mitarbeitenden

Wir beantragen:

- Für die Bündelung um Umsetzung von weiteren Betriebskostenzuschüssen ab dem Jahr 2026 jährlich ein Kontingent von 650.000€.
- Dass für die dauerhafte Umsetzung und Vertragsverwaltung der KW-Vermerk der Stelle zur Konzeptionserstellung Essensversorgung beim Haupt- und Personalamt entfällt.

Begründung:

Die Bereitstellung eines warmen, gesunden und erschwinglichen Mittagessens hat einen sehr hohen Stellenwert für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Die seit Jahren sehr gute Auslastung der beiden Betriebsrestaurants ist nur ein Beispiel dafür. Beim Bezug des Verwaltungsgebäudes in der Heilbronner Straße 150 durch das Amt für Digitalisierung, Organisation und IT, war die Nutzung der dortigen öffentlichen Kantine ein zentrales Anliegen der Mitarbeitenden. Die Nutzung konnte nur durch einen jährlichen Betriebskostenzuschuss an den Betreiber erfolgen. Da bereits weitere Umzüge in Bürokomplexe außerhalb der Innenstadt erfolgt bzw. geplant sind, entstehen dort ebenfalls Bedarfe, die in den Objekten (z. B. OfficeCampus, Löwentorbogen) vorhandenen Betriebskantinen mit zu nutzen. Wir gehen davon aus, dass es innerhalb des Stadtgebiets darüber hinaus noch weitere Objekte gibt, deren Mitarbeitende durch bereits vorhandene Betriebskantinen Dritter versorgt werden können. Daher sollten die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, die es den Mitarbeitenden ermöglichen, eine Mittagsverpflegung in vergleichbarer Qualität und zu vergleichbaren Preisen der Betriebsrestaurants, einzunehmen. Damit auch wirklich alle Mitarbeitenden die Versorgungsmöglichkeit nutzen können, besteht hier zudem der Wunsch nach einer täglichen veganen Auswahlmöglichkeit.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 650.000	2026:
2027: 650.000	2027:
2028: 650.000	2028:
2029: 650.000	2029:
2030: 650.000	2030:

Teilhaushalt: 100 Haupt- und Personalamt

Gez.

Johanna Tiarks	Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzende)	(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Ausbildung im Garten und Landschaftsbau sicher stellen**Wir beantragen:**

- Eine „stellvertretende Leitung Ausbildung in der Fachrichtung Garten und Landschaftsbau“ mit 1 VZÄ in EG7 (Ild. Nr. 5975)

Begründung:

Eine Leitungs-Ausbildung in der Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau ist wichtig, weil ohne qualifizierte Leitung die Qualität der Ausbildung sinkt und weniger Nachwuchskräfte für den Beruf gewonnen werden können. Nur mit kompetenter Führung können Auszubildende fachgerecht angeleitet, motiviert und langfristig im Beruf gehalten werden.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt:

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Stellenantrag Fachärzt*in für Begutachtung von Menschen mit psychischen / psychiatrischen Erkrankungen**Wir beantragen:**

- Die Stellenschaffung für eine Fachärzt*in für die Begutachtung von Menschen mit psychischen / psychiatrischen Erkrankungen im Umfang von 0,5 VZÄ, A 15.

Begründung:

Im Verwaltungsvorschlag ist die Stelle mit 0,25 VZK versehen, jedoch werden dringend 0,5 VZK Stellen benötigt aufgrund der deutlich ansteigenden Hausbesuche durch AföO mit Begleitung durch Arzt/Ärztin des Gesundheitsamtes (2024: 158, 2023: 167, 2022: 100, 2021: 114, 2020: 65, 2019: 47, 2018: 49). Darüber wird eine Verdoppelung bis Verdreifachung der Begutachtungen von psychisch Kranken nach PsychKHG durch das neue Gefährdungsmanagement des Polizeipräsidiums, welches zum 01.03.2025 in Kraft getreten ist, erwartet.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 530 Gesundheitsamt

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

**Stellenschaffung Gebäudemanagement zur Aufrechterhaltung des
Dienstbetriebs des Gesundheitsamts****Wir beantragen:**

- Die Schaffung einer Stelle als Gebäudemanager.in, 0,5 VZÄ, EG 6

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt:

530 Gesundheitsamt

Begründung:

Erweiterung des Gebäudebestands (Deckerstraße) und steigende Nutzung und in der Folge Betreuung infolge Mitarbeitendenanstieg (seit 2018 von 186 Beschäftigten auf grob 300 Beschäftigte), Anforderungen an Sicherheit inkl. Brandschutz. Steigerung der Energieeffizienz durch Umsetzung der Auflagen des Umweltamts und zur Umsetzung eines effizienteren Gebäudebetriebs. Entlastung und Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des bestehenden Personals.

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die Linke SÖS Plus

Betreff
Gender planning stärken

Wir beantragen:

- Eine weitere Stelle Gendersensible Stadtentwicklung im Amt für Stadtplanung und Wohnen ab 2026.

Begründung:

Eine weitere Gender-Planning-Stelle ist notwendig, um bei der Planung und Umsetzung von Projekten Chancengleichheit, Diversität und Gleichstellung systematisch zu berücksichtigen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

Gez.

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender)

Aynur Karlikli

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

GJAV stärken**Wir beantragen:**

- Eine Freistellung von 100 % der betrieblichen Arbeitszeit für eine ausgebildete Person

Begründung:

Warum jetzt?

- Move&Connect-Organisation & ähnliche Großprojekte binden aktuell sämtliche Kapazitäten.
- Kernaufgaben der GJAV (Beratung, Überwachung, Beteiligung) bleiben liegen.

Ziele der Freistellung

1. Kernarbeit sichern
2. Move&Connect erhalten & verbessern
3. Ansprechperson für alle Azubis ohne örtliche JAV
4. Netzwerkpflge – aktive Zusammenarbeit mit allen örtlichen JAVen

Mehrwert

- Höhere Sichtbarkeit & Verlässlichkeit der Interessenvertretung.
- Weniger Überstunden, reduziertes Konfliktpotenzial.
- Professionalisierte Projekte stärken Arbeitgeberimage.

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Stellenschaffung Mitarbeiter*in in der Geschäftsstelle des Gesamtpersonalrats**Wir beantragen:**

- Die Schaffung einer Stelle im Umfang von 1,0 VZÄ, EG9a für die Geschäftsstelle (Sachbearbeitung) des Gesamtpersonalrats

Begründung:

Die Stelle wird aufgrund der Arbeitsvermehrung durch die Steigerung und Aufgabenvermehrung der freigestellten GPR-Mitglieder*innen benötigt.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 900 allgemeine Finanzwirtschaft

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Stellenschaffung Sachbearbeiter*in für das Welcome Center Stuttgart

Wir beantragen:

- Die Schaffung je einer Stelle im Umfang von 1,0 VZÄ, EG6; für „Brückenköpfe“ bei SGI-IP-WCS und bei der Ausländerbehörde (32) gemäß des gemeinsamen Konzepts

Begründung:

Die Schaffung einer zusätzlichen Stelle im Welcome Center Stuttgart ist unerlässlich, um den steigenden Anforderungen im Bereich der Integration und Betreuung von Neuankommenden gerecht zu werden. Das Welcome Center fungiert als zentrale Anlaufstelle für Zugewanderte und bietet umfassende Beratungs- und Unterstützungsleistungen, die für eine gelungene Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entscheidend sind. Besonders angesichts der deutschen komplexen Bürokratie, wird ein personell gut aufgestelltes Welcome Center benötigt. Mit der zusätzlichen personellen Kapazität kann das Welcome Center seine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen Zugewanderten und städtischer Verwaltung weiterhin effektiv erfüllen und somit einen nachhaltigen Beitrag zur sozialen Integration und zum Zusammenhalt in Stuttgart leisten.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 900 allgemeine Finanzwirtschaft

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Stellenschaffung Sachbearbeiter*in für den Direkteinstieg/ Quereinstieg Kita**Wir beantragen:**

- Die Schaffung einer Stelle im Umfang von 0,2 VZÄ, A11, für die Sachbearbeitung Direkteinstieg/Quereinstieg Kita; Koordination, Beratung und Geltendmachung des Kostenersatzes gegenüber der BfA

Begründung:

Der Direkteinstieg ist eine vom Gemeinderat beschlossene Aufgabe. Um diese Aufgabe zur erfüllen und dem Fachkräftemangel in der Kita entgegenzuwirken, sollte dieser verhältnismäßig geringe Stellenumfang bewilligt werden.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 510 Jugendamt

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Stellenschaffung Sachbearbeiter:in für die Schulwegsicherheit an weiterführenden Schulen

Wir beantragen:

- Die Schaffung von Stellen im Umfang von 1,0 VZÄ, A11, für die Sachbearbeitung im Bereich Schulwegsicherheit an weiterführenden Schulen, Erstellung und Aktualisierung von Geh- und Radschulwegplänen

Begründung:

Angesichts steigender Verkehrsdichten und der wachsenden Bedeutung umweltfreundlicher Mobilitätsformen ist eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Schulwegpläne unerlässlich. Nur durch eine fachkundige und kontinuierliche Betreuung kann sichergestellt werden, dass die Schulwege sicher, attraktiv und den aktuellen Gegebenheiten entsprechend gestaltet sind. Sichere Schulwege führen zudem dazu, dass Kinder und Jugendliche weniger von Eltern oder anderen Personen mit dem Auto zu Schule gebracht werden, um so den „Elterntaxi“ entgegenzuwirken.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 900 allgemeine Finanzwirtschaft

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Stellenschaffung Sachbearbeitung Azubi-Wohnen

Wir beantragen:

- Die Schaffung einer Stelle im Umfang von 1,0 VZÄ, E9a, als Sachbearbeiter*in für das Azubi-Wohnen, Weiterentwicklung des Projektes

Begründung:

Für die erfolgreiche Umsetzung des Förderprogramms „Betreuung Azubi-Wohnen“ sind weiterhin qualifizierte Sachbearbeiter*innen unverzichtbar. Sie koordinieren die Betreuung der Auszubildenden, organisieren individuelle Unterstützung und sorgen für die Einhaltung der Fördervorgaben. Ohne ausreichende personelle Kapazitäten kann die Qualität der Betreuung nicht gewährleistet werden, was negative Folgen für die Ausbildungsqualität und den Verbleib der Auszubildenden hätte. Die Stadt Stuttgart muss angesichts steigender Lebensunterhaltskosten sowie Fachkräftemangel dringend dafür sorgen, ein attraktiver Standort für Auszubildende und Studierende zu sein.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 900 allgemeine Finanzwirtschaft

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Stellenschaffung Stellenpool Inklusion**Wir beantragen:**

- Die Schaffung von Stellen im Umfang von 4,0 VZÄ, EG5, für die Einstellung weiterer Mitarbeiter*innen mit wesentlicher Behinderung (Schwerbehindertenquote der LHS)

Begründung:

Der Stadt Stuttgart fällt es zunehmend schwer die Schwerbehindertenquote unter ihren Beschäftigten einzuhalten. Dies wird sich im Laufe der nächsten Jahre noch verschärfen, da zunehmend eine Generation in den Ruhestand geht, die aktuell einen prägnanten Teil der Quote ausmacht. Daher sehen wir den Erhalt dieser Stellen für den Stellenpool Inklusion für weiterhin relevant.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 900 allgemeine Finanzwirtschaft

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Stellenschaffung zur Umsetzung der Istanbul-Konvention

Wir beantragen:

- Eine 0,5 Stelle EG 13 (TVÖD-VKA) für die Koordinierung und Steuerung der Aufgaben, die sich zum umfassenden Schutz vor Gewalt an Frauen* aus der Umsetzung der Istanbul-Konvention ergeben.

Begründung:

Seit 2018 ist die Istanbul-Konvention in Deutschland in Kraft und hat den Rang eines Bundesgesetzes. Um den kommunalen Schutz vor Gewalt an Frauen* in der Landeshauptstadt Stuttgart gewährleisten zu können, benötigt es eine Stelle für folgende Aufgaben:

- Aufbau und Begleitung koordinierter kommunaler Strukturen
- Monitoring und fachliche Begleitung von Schutz- und Hilfesystemen
- Abstimmung mit relevanten Ämtern, freien Trägern und der Landesebene
- Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung zu Gewaltprävention und –bekämpfung
- Unterstützung bei der Umsetzung des kommunalen Gleichstellungsplans im Handlungsfeld Gewaltschutz
- Ausbau von temporären Schutzplätzen/dezentralen Schutzwohnungen
- Auf- und Ausbau der Beratungs- und Schutzstrukturen insbesondere für besonders vulnerable Zielgruppen, wie Frauen* mit Beeinträchtigung und Behinderung, migrantische und geflüchtete Frauen*, von Wohnungslosigkeit oder Armut betroffene Frauen*, Alleinerziehende

Vor allem in den Bereichen der Schutzunterkünfte und in Bezug auf vulnerable Zielgruppen bestehen in der Landeshauptstadt weiterhin große Lücken, die dringend geschlossen werden müssen. Auch die Bearbeitung von Themen außerhalb der häuslichen Gewalt, wie digitale Gewalt, körperliche/ sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum, Zwangsheirat und Genitalverstümmelung, können von der aktuell bestehenden halben Stelle nicht im Ansatz geleistet werden.

Besonders in Hinblick auf das 2032 bundesweit in Kraft tretende Gewaltschutzgesetz, dass zu einem flächendeckenden, bedarfsgerechten Hilfesystem VERPFLICHTET, ist die strukturelle Etablierung einer weiteren Stelle für genau diese Umsetzung unabdingbar.

Wir fordern, dass die Landeshauptstadt Stuttgart die Ernsthaftigkeit des Themas anerkennt, mit gutem Beispiel in Hinblick auf die Erfüllung des Gewaltschutzgesetzes vorausgeht und somit die Schaffung der neuen Stelle unterstützt.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 46.750€	2026:
2027: 46.750€	2027:
2028: 46.750€	2028:
2029: 46.750€	2029:
2030: 46.750€	2030:

Teilhaushalt:

810 – Bürgermeisteramt, Abteilung für Chancengleichheit

Gez.

Johanna Tiarks	Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzende)	(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Stellenschaffung Mitarbeiter*in für das Gelbe-Karte-Team

Wir beantragen:

- Die Schaffung einer Stelle im Umfang von 0,45 VZÄ, EG5, für das Gelbe-Karte-Team

Begründung:

Die „Gelbe Karte“ ist ein wichtiges Instrument der Bürgerbeteiligung in Stuttgart, das seit 1997 den direkten Dialog zwischen Bürger*innen sowie der Stadtverwaltung ermöglicht. Sie bietet eine unkomplizierte und niederschwellige Möglichkeit, Ideen, Kritik und Lob einzubringen, wodurch die Verwaltung besser auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen kann. Durch diese transparente Kommunikation wird das Vertrauen in die städtischen Prozesse gestärkt und die Identifikation der Einwohner mit ihrer Stadt gefördert. Die „Gelbe Karte“ trägt somit wesentlich zu einer bürger*innennahen und partizipativen Stadtentwicklung bei. Da ein gestiegenes Arbeitsaufkommen nachgewiesen wurde, ist die geplante Stellenkürzung kontraproduktiv. Wenn die Anliegen und Anregungen der Bürger*innen tatsächlich ernsthaft bearbeitet sowie in Entscheidungsprozesse wahrgenommen werden, muss die Bearbeitung der Anliegen durch ein ausreichendes Stellenaufkommen gewährleistet werden.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 900 allgemeine Finanzwirtschaft

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die Linke SÖS Plus

Betreff

Stellenschaffung Mitarbeiter: öPR-Geschäftsstellen stärken

Wir beantragen:

- Die Schaffung von Stellen im Umfang von 7,3 VZK, EG6 für die öPR-Geschäftsstellen

Begründung:

Ein örtlicher Personalrat braucht Mitarbeiter*innen, weil nur so die Interessen der Belegschaft wirksam vertreten werden können. Mitarbeiter*innen im öPR stellen sicher, dass die Anliegen der Beschäftigten gegenüber der Landeshauptstadt gut vertreten und umgesetzt werden.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 900 allgemeine Finanzwirtschaft

Gez.

Johanna Tiarks	Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzende)	(Fraktionsvorsitzender)
Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Stellenschaffung für die ZIB Schule**Wir beantragen:**

- Die Stellenschaffung für die Sozialarbeit, 3,0 VZÄ, Schaffung, S 15
- Die Stellenschaffung für die Ergotherapie, 0,25 VZÄ, Schaffung, EG 9a
- Die Stellenschaffung für ein*e Fachärzt:in, 0,4 VZÄ, Schaffung, EG 15
- Die Stellenschaffung für ein*e Gesundheitsplaner:in, 0,3 VZÄ, Schaffung, EG 13

Begründung:

Zunahme von Kindern mit Schulschwierigkeiten mit drohendem Schulausschluss (Autismus-Spektrum-Störung u.a.). Ämterübergreifend abgestimmter Lösungsansatz: Erweiterung der Zentrale Informations- und Beratungsstelle (ZIB) für den Bereich ZIB-Schule. Neue Aufgaben im Bereich ZIB-Schule als Folge des Konzepts "Kita für alle in Stuttgart" (siehe GRDRs 84/2019, GRDRs 284/2021, GRDRs 864/2022, GRDRs 174/2023, GRDRs 848/2023, GRDRs 378/2024).

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 530 Gesundheitsamt

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Stellenschaffung Gesundheitsplaner*in für die Gewährleistung der ärztlichen Versorgung

Wir beantragen:

- Die Schaffung einer Stelle als Gesundheitsplaner*in, 0,7 VZÄ, EG 13

Begründung:

Erhebliche Arbeitsvermehrung:

- Verschlechterung der ambulanten ärztlichen Versorgungslage
- diverse Gesetzesinitiativen zu erwarten
- Gestiegene gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Zunahme der Beschwerden von Bürger*innen, die keine Behandlungsmöglichkeiten mehr finden
- Umsetzung der Anforderungen aus dem Gemeinderat

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 530 Gesundheitsamt

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Stellenschaffung Gesundheitsplaner*in für die mentale Gesundheit von Kindern

Wir beantragen:

- Die Schaffung einer Stelle als Gesundheitsplaner*in, 0,6 VZÄ, EG 13

Begründung:

Verschlechterung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, Bedarf an Gesundheitsförderung und der Stärkung der Gesundheitskompetenz von Kindern und Jugendlichen bezüglich der mentalen Gesundheit, neue Anforderungen aus dem Gemeinderat im Rahmen der „Maßnahme 1.5: Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ des „Aktionsplan Kinder- und Jugendfreundliche Kommune 2024 – 2026“ (GRDrs 134/2024).

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 530 Gesundheitsamt

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Stellenschaffung Teamleitung HIV/STI/Prostituiertenschutzgesetz**Wir beantragen:**

- Die Schaffung einer Stelle als Teamleitung, 0,2 VZÄ, A 15

Begründung:

Bisher Doppelfunktion Sachgebietsleitung und Teamleitung bei hoher Themenvielfalt, unterschiedlichen Berufsgruppen und Mitarbeitendenanstieg.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 530 Gesundheitsamt

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Stellenschaffung Teamleitung Sozialdienst für sexuelle Gesundheit, Prostitution und Tuberkulose

Wir beantragen:

- Die Schaffung von Stellen als Teamleitung, 2 x 0,2 VZÄ, S 17

Begründung:

Mitarbeitendenanstieg (6,0 VZK (2012) auf 14,7 VZK) und erheblich gewachsener Aufgabenumfang – auch durch die Einrichtung einer neuen Beratungsstelle nach dem Prostituiertenschutzgesetz im Jahr 2018. Eine Trennung von Team- und Sachgebietsleitung ist erforderlich.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 530 Gesundheitsamt

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzender)

Aynur Karlikli

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Zweckentfremdungssatzung wirksam durchsetzen**Wir beantragen:**

- Für die Umsetzung der Zweckentfremdungssatzung 5 weitere VZÄ.

Begründung:

Die wirksame Umsetzung der Zweckentfremdungssatzung erfordert eine intensive Kontrolle, Bearbeitung von Anzeigen sowie die Durchführung von Ermittlungen und Verfahren. Aufgrund der hohen Zahl an Verdachtsfällen und der steigenden Komplexität der Prüfungen (z. B. bei Ferienwohnungsplattformen) ist das vorhandene Personal nicht ausreichend, um die gesetzlichen Vorgaben zeitnah und effektiv durchzusetzen. Mehr Personal ist notwendig, um eine konsequente Ahndung von Verstößen sicherzustellen und den angestrebten Schutz des Wohnraums tatsächlich zu gewährleisten.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 610

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

**Stellenschaffung Poolstellen für Quereinsteiger*innen Sachbearbeitung
Ausländer- und Staatsangehörigkeitsbehörde**

Wir beantragen:

- Die Schaffung von Stellen im Umfang von 10,0 VZÄ, EG6, für eine Poolstelle Quereinsteiger*innen für die Ausländer- und Staatsangehörigkeitsbehörde

Begründung:

Angesichts der hohen Fluktuationsrate besonders in der Ausländerbehörde, der als unattraktiver Arbeitsplatz wahrgenommen wird, ist es besonders wichtig Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Diese Poolstelle ermöglicht es, qualifizierte Quereinsteiger*innen gezielt auszubilden und einzusetzen, um den wachsenden Anforderungen und der steigenden Arbeitsbelastung gerecht zu werden. Durch die Integration von Quereinsteiger*innen kann der Personalbedarf kurzfristig gedeckt und zugleich eine nachhaltige Fachkräfteentwicklung sichergestellt werden. Die Poolstruktur schafft zudem eine flexible Ressourcenzuteilung, die es erlaubt, Engpässe schnell auszugleichen und die Bearbeitungszeiten für Bürgerinnen und Bürger zu verkürzen. Angesichts der zunehmenden Komplexität und Quantität der Aufgaben in der Behörde ist die Erweiterung des Personals durch diese Stellen ein entscheidender Schritt

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 900 allgemeine Finanzwirtschaft

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Guntrun Müller-Enßlin

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Aynur Karikli

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Stellenschaffung Sachbearbeiter*in für Bürger*innenbüros zur Erweiterung der Antragsberechtigten durch neues Staatsangehörigkeitsrecht**Wir beantragen:**

- Die Schaffung von Stellen im Umfang von 0,56 VZÄ, A9, für die Sachbearbeitung Bürger*innenbüros zur Erweiterung der Antragsberechtigten durch neues Staatsangehörigkeitsrecht

Begründung:

Die Schaffung der Teilzeitstelle für die Sachbearbeitung in den Bürger*innenbüros ist notwendig, um den gestiegenen Anforderungen durch die Erweiterung der Antragsberechtigten im Rahmen des neuen Staatsangehörigkeitsrechts gerecht zu werden. Die geänderten gesetzlichen Regelungen führen zu einer deutlich höheren Zahl von Anträgen, die fachgerecht geprüft und bearbeitet werden müssen.

Eine angemessene personelle Ausstattung ist unerlässlich, um die Bearbeitungszeiten trotz des gestiegenen Aufkommens kurz zu halten und den Bürgerinnen und Bürgern einen effizienten sowie bürgernahen Service zu gewährleisten. Mit der zusätzlichen Stelle wird die Leistungsfähigkeit der Bürger*innenbüros gestärkt, wodurch eine zügige und qualitätsgesicherte Abwicklung der Anträge sichergestellt wird.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026:

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 900 allgemeine Finanzwirtschaft

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Umverteilung, Einnahme- verbesserungen



Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Eigentumsprogramm streichen**Wir beantragen:**

- Die vorhandenen Mittel für das Stuttgarter Eigentumsprogramm (SEP) mit einem Volumen von 12 Millionen EUR werden gestrichen.

Begründung:

Dass der Mietwohnungsmarkt in Stuttgart einer der angespanntesten in ganz Deutschland ist, steht außer Frage. Aber klar ist, wir brauchen keine Förderung von Wohnungseigentumsprogramm, solange nicht alle Menschen eine bezahlbare Wohnung haben. Die städtische Wohnpolitik muss zuerst die soziale Grundversorgung sichern. Und das wir noch nicht soweit sind, zeigt die die Vormerkdatei für Wohnungssuchende und Wohnungsvergaben, in der es tausende Dringlichkeitsfälle und jahrelange Wartezeiten gibt und eine Entspannung nicht in Sicht ist.

Teilhaushalt: 610Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026:

2026: 12 Millionen

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Gez.

Johanna Tiarks

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzende)

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Stadträt*innen zeigen Solidarität mit den Beschäftigten der Landeshauptstadt Stuttgart**Wir beantragen:**

Die Streichung von 75 Euro/Monat bei allen Stadträt*innen bei der Grundpauschale.

Begründung:

Mit der Streichung der eigenen Grundpauschale wollen wir ein klares Zeichen der Solidarität mit den städtischen Beschäftigten setzen, die von den Kürzungen betroffen sind. In Zeiten, in denen von der Verwaltung und den Beschäftigten Einsparungen verlangt werden, ist es nur konsequent, dass auch wir als Stadträt*innen Verantwortung übernehmen und auf den Beitrag in Höhe der Reduzierung der Hälfte der Stuttgart Zulage verzichten. So zeigen wir, dass Sparmaßnahmen nicht einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden dürfen.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: 54 000	2026:
2027: 54 000	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 800 Gemeinderat

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag Kultur

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Konsolidierung Kulturhaushalt**Wir beantragen:**

Die Aussetzung folgender Festivals, Stipendien und Preise für den Zeitraum von 2026 und 2027:

- Hannsman-Poethen.Literatur-Stipendium 35.000 EUR
- Cotta Literatur- und Übersetzerpreis 28.000 EUR
- Kulturregion Stuttgart biennales Festival 40.000 EUR
- Kompositionspreis Stuttgart 80.000 EUR

Einnahmen:

ErgebnisHH

2006 und 2027: 183.000 EUR

Teilhaushalt: Kultur

Begründung:

Bei den vorgeschlagenen Kürzungsvorschlägen handelt es sich um Institutionen aus Bereichen, bei denen es niemand weh tut, wenn sie für ein oder zwei Jahre nicht stattfinden. Wegen der Nichtvergabe eines Literaturpreises gerät niemand in existentielle Not, bei der Kürzung eines Betrags beispielsweise für ein Theater bisweilen schon.

Gez.

Guntrun Müller-Enßlin

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

Dennis Landgraf

(Fraktionsvorsitzender)

Aynur Karikli

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Einsparpotenzial Telefonanschlüsse an Schulen**Wir beantragen:**

- die Überprüfung der Anzahl der gemeldeten Telefonanschlüsse in Schulen und den Abgleich mit dem tatsächlichen Bedarf.
- die Nachjustierung der Anschlussgebühren, orientiert am tatsächlichen Bedarf.
-

Begründung:

Die Stadt Stuttgart zahlt für jeden Telefonanschluss Gebühren. Nach Hinweisen aus Schulen stehen teilweise etliche Telefonanschlüsse ohne wirklichen Bedarf der Schule zur Verfügung, welche von der Stadt bezahlt werden müssen. Diese Kosten können eingespart werden.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: -

2026:

2027: -

2027:

2028: -

2028:

2029: -

2029:

2030: -

2030:

Aktuelles Einsparpotenzial kann noch nicht beziffert werden.

Teilhaushalt:

400 HSK

Gez.

Manja Reinholdt

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karikli

Guntrun Müller-Enßlin

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Einnahmeverbesserung: 20 zusätzliche Blitzer in Stuttgart aufstellen

Wir beantragen:

- Wie hoch wären die zusätzlichen Einnahmen, wenn die Stadt an geeigneten Standorten 20 zusätzliche Blitzer aufstellen würde?
- Wie viele Blitzer müsste die Stadt Stuttgart aufstellen, damit sie im Blitzerranking nach der Methode von der Plattform „Leasingmarkt.de“ auf Platz 1 liegt?

Begründung:

Nach einer Berechnung der Plattform „Leasingmarkt.de“ nimmt die Stadt Stuttgart derzeit 2 Mio. Euro pro Jahr mit Radarkontrollen (Blitzer) ein. Pro zugelassenem Pkw entspricht das rund 7 Euro pro Jahr. Andere Städte sind in Sachen Blitzereinnahmen deutlich erfolgreicher. Karlsruhe nimmt nach Angaben aus der Studie pro Jahr rund 13 Mio. Euro mit Blitzern ein – pro zugelassenem Pkw sind dies 92 Euro im Jahr.

Wir wollen wissen, wie hoch die Einnahmen wären, wenn die Stadt an geeigneten Stellen weitere 20 Blitzer aufstellen würde. Damit könnten neben einer Verbesserung der Einnahmen auch die Verkehrssicherheit deutlich gesteigert und ein Beitrag geleistet werden, die Zahl der Verkehrstoten und Verletzten deutlich zu reduzieren.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 200 Stadtkämmerei

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Einsparung: Außenentwicklungsprojekt Mittlere Wohlfahrt in Stuttgart Hofen verschieben**Wir beantragen:**

- Die Streichung der Mittel für das Außenentwicklungsprojekt Mittlere Wohlfahrt in Hofen. Dadurch lassen sich 1,25 Mio. Euro im Finanz- und Ergebnishaushalt einsparen.

Begründung:

Projekte, bei denen auf der „Grünen Wiese“ gebaut wird, sind in hohem Maße klimaschädlich. In Zeiten der fortschreitenden Klimakrise, passen solche Projekte nicht mehr in die Zeit und auch in die finanzpolitische Landschaft.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: -1 250 000 €

2026: -1 250 000 €

2027:

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 610 Amt für Stadtplanung und Wohnen

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Einnahmeverbesserung: Wie wirkt sich die Aufstockung des Personals bei der Kämmerei im Bereich Betriebsprüfung für Gewerbesteuern aus?

Wir beantragen:

- Wie hoch wären die Einnahmen, wenn das Personal im Bereich der Betriebsprüfung Gewerbesteuer bei der Kämmerei (Abteilung 20-7 BP) um 4,0 VZÄ erhöht werden würde?

Begründung:

Für das Jahr 2025 geht die Finanzverwaltung davon aus, dass in Stuttgart Einnahmen aus der Gewerbesteuer in Höhe von rund eine Milliarde Euro erwartet werden. Dem gegenüber stehen derzeit zwei Stellen für Betriebsprüfer*innen, die in Sachen Gewerbesteuer unterwegs sind. Wenn deutlich mehr Betriebsprüfer*innen unterwegs wären, könnte sich die Einnahmenseite bei der Gewerbesteuer verbessern. Wir möchten wissen, was nach Einschätzung der Kämmerei vier weitere Betriebsprüfer:innen bewirken könnten in Sachen Einnahmeverbesserung bei der Gewerbesteuer.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Einnahmeverbesserung: Gewerbesteuer erhöhen nach Münchner Vorbild

Wir beantragen:

- Die Gewerbesteuer wird auf 490 Hebesatzpunkte (wie in der bayerischen Landeshauptstadt München) angehoben. Dadurch werden bei einem geschätzten Gewerbesteueraufkommen von 1 Milliarde pro Jahr zusätzlich 166 Mio. Euro pro Jahr eingenommen.

Begründung:

In den Jahren 1995 bis 1998 betrug der Hebesatz für die Gewerbesteuer in Stuttgart 445 Punkte. Ab dem Jahr 1999 wurde dieser – entgegen der allgemeinen Teuerungsrate – auf 435 Hebesatzpunkte gesenkt. Nur ein Jahr später – im Jahr 2000 dann – wurde der Hebesatz für die Gewerbesteuer in Stuttgart abermals auf 420 Punkte gesenkt. Bis zum heutigen Tage blieb es dabei.

Ein Blick auf die Großstädte in Deutschland zeigt: Stuttgart hat einen der niedrigsten Steuersätze für Gewerbesteuer. Im ewigen Duell um den Titel „Stern des Südens“ könnte Stuttgart in Sachen Gewerbesteuer gleichziehen, wenn der Hebesatz in Stuttgart auf 490 Hebesatzpunkte angehoben werden würde.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: -166 Mio. €	2026:
2027: -166 Mio. €	2027:
2028: -166 Mio. €	2028:
2029: -166 Mio. €	2029:
2030: -166 Mio. €	2030:

Teilhaushalt:

200 Stadtkämmerei

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Einnahmeverbesserung: Wie viel könnte die Stadt für unbebaute Grundstücke an Grundsteuer erheben?

Wir beantragen:

- Wie hoch wären die Einnahmen der Stadt, wenn unbebaute Grundstücke über die sogenannte Grundsteuer C möglichst hoch besteuert werden?

Begründung:

Mit der Reform der Grundsteuer besteht seit 1. Januar 2025 für Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg die Möglichkeit, die höhere Grundsteuer C zu verlangen. „Damit soll mehr Wohnraum auf unbebauten, aber baureifen Grundstücken entstehen. Erste Kommunen, darunter Wendlingen und Merdingen, brachten die Steuer nun auf den Weg“, wie das Magazin „die Gemeinde“, welches vom Gemeindetag Baden-Württemberg herausgegeben wird, am 18. November 2024 meldet.

Wir wollen wissen, wie hoch die Einnahmen für die Stadt Stuttgart wären, wenn wir vom Instrument der Grundsteuer C Gebrauch machen würden.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 200 Stadtkämmerei

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Nur 49 Euro – Nahverkehrsabgabe für alle Autofahrer*innen einführen

Wir beantragen:

- Wie hoch wären die Einnahmen für eine Nahverkehrsabgabe, wenn alle in Stuttgart gemeldeten Kfz eine Nahverkehrsabgabe in Höhe von 49 Euro bezahlen müssten, welche anrechenbar auf ein tatsächlich gekauftes Deutschlandticket ist?

Begründung:

Stuttgart ist nach wie vor unter denjenigen Städten, welche eine der höchsten Luftschadstoffkonzentrationen und gleichzeitig einer nach wie vor wachsenden Zahl an Kraftfahrzeugen auf den Straßen aufweist. Eine grundlegende sozial-ökologische Verkehrswende hin zu einer multimodalen Mobilitätskultur durch Verlagerung des Verkehrsgeschehens auf umwelt-, klima- und ressourcenschonende Transportmittel ist jedoch dringend notwendig.

Wir wollen wissen, wie hoch die Einnahmen wären, wenn alle Halter*innen eines Kfz in Stuttgart eine Nahverkehrsabgabe in Höhe von 49 Euro entrichten müssten, die auf ein tatsächlich gekauftes Deutschlandticket anrechenbar ist.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

900 Allgemeine Finanzwirtschaft

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Einnahmeverbesserungen: Öffentlichkeitsarbeit für Stuttgart 21 einstellen**Wir beantragen:**

Die Streichung der Kosten für

- Öffentlichkeitsarbeit S21 (Betriebszuschuss TurmForum, Städtebau Rosenstein)
- Öffentlichkeitsarbeit S21 Miete und Nebenkosten (Entwicklung Rosensteinquartier)

Damit lassen sich

- 2026: 365.000 € 2027: 250.000 €

und

- 2026: 95.110 € 2027: 95.110

Euro im Doppelhaushalt sparen. In Summe sind damit **805 220 Euro** eingespart**Begründung:**

Die Öffentlichkeitsarbeit für das Stadtzerstörungsprojekt Stuttgart 21 war schon immer überflüssig. Werbung für ein Schienen-Rückbauprojekt braucht niemand. In Zeiten knapper Kassen werden die rund 800 000 Euro für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 in anderen Bereichen viel dringender gebraucht. Damit könnte beispielsweise die Wasenboje Zehn Jahre lang betrieben werden – und im Gegensatz zu S21 einen echten Mehrwert bieten.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: -460 110 €

2026:

2027: -345 110 €

2027:

2028:

2028:

2029:

2029:

2030:

2030:

Teilhaushalt: 810 Bürgermeisteramt Kostenstelle 8108020 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
--------------------------------	-----

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Anwohner*innen-Parkgebühren anheben – Kinder zwischen 0 und 14 fahren umsonst in der Zone 1 mit Bus und Bahn

Wir beantragen:

- Die Anwohner*innen-Parkgebühren werden in folgenden Schritten erhöht: Stufe 1: 10 Euro pro Monat (SUV: 20), Stufe 2: 15 Euro pro Monat (SUV 30). Das Tübinger Modell soll innerhalb der nächsten drei Jahre umgesetzt sein.
- Das Parkraummanagement wird in den kommenden fünf Jahren auf die gesamte Fläche der Stadt Stuttgart ausgeweitet.
- Die dadurch eingenommenen Gelder werden für folgendes Vorhaben verwendet: Kinder von 0 bis einschließlich 14 Jahre fahren in der Zone 1 des VVS künftig kostenfrei und ohne Ticket.

Begründung:

30,70 Euro – das war lange Zeit der gesetzlich vorgeschriebene Betrag der die Obergrenze für einen Anwohner*innenparkausweis pro Jahr. Zwischenzeitlich gibt es eine neue Gesetzeslage, die es den Städten und Gemeinden erlaubt, deutlich höhere Parkgebühren zu erheben. Die Stadt Tübingen hat mit Wirkung zum Dezember 2024 beschlossen, die Jahresgebühr für einen Anwohner:innenparkausweis auf 240 Euro zu erhöhen. Schwere Fahrzeuge (z.B. SUV) zahlen in Tübingen 300 Euro). Inhaber*innen von BonusCard bezahlen jeweils 50% weniger. Im Gegenzug bezuschusst die Stadt Tübingen alle Bewohner:innen, die ein Deutschlandticket haben mit monatlich 15 Euro.

Zudem wollen wir wissen, wie lange es dauert, bis das Parkraummanagement stadtweit umgesetzt werden kann. Nach der Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) sind die Anforderungen für das Anwohner*innenparken gesunken – damit sollte eine Ausweitung des Parkraummanagement auf die gesamte Stadt zügiger vonstatten gehen.

Die Einnahmen sollen dafür verwendet werden, dass Kinder zwischen 0 und 14 Jahren zukünftig in der VVS-Zone 1 kostenfrei und ohne Ticket unterwegs sein können.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

900 Allgemeine Finanzwirtschaft

Gez.

Hannes Rockenbach (Fraktionsvorsitzender)	Johanna Tiarks (Fraktionsvorsitzende)
--	--

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Ein Plan B für die Oper: Sanierung verschieben, abspecken, einsparen

Wir beantragen:

- Der Standort der Interimsoper an den Wagenhallen wird zu einem dauerhaften Standort der Oper. Die dafür notwendigen Gelder werden von der Verwaltungsspitze beziffert und in den Haushalt gestellt.
- Die geplante Sanierung des Littmann-Baus wird verschoben – der Umfang der Sanierung wird reduziert. Der Littmann-Bau soll nach der Sanierung für Ballett, Schauspiel und Konzerte genutzt werden. Eine Kreuzbühne wird nicht realisiert. Die Einsparungen werden von der Verwaltung beziffert und in den Haushalt aufgenommen.

Begründung:

Die Gesamtkoste des Opernsanierungs-Vorhabens werden absehbar auf mehr als zwei Milliarden Euro steigen. Die Hälfte der Gesamtkosten werden aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren sein. Ein Projekt dieser Größenordnung passt nicht in die finanzpolitische Landschaft und ist der Bürger*innenschaft auch angesichts des exorbitanten Finanzvolumens nicht zu vermitteln.

Der Sanierungsbedarf ist aus unserer Sicht unstrittig – der Umfang des Projekts muss aber drastisch reduziert werden. Das betrifft vor allem den Littmann Bau, der aus unserer Sicht in Zukunft die Spielstätte für Ballett, Schauspiel und Konzerte sein sollte. Die Oper sollte dauerhaft an den Wagenhallen spielen. Damit ließe sich viel Geld sparen. Der Bund der Steuerzahler spricht bereits, bevor auch nur ein Handgriff bei der Sanierung gemacht wurde, von Oper 21 – in Anspielung an der Milliardengrab Stuttgart 21. Noch ist Zeit, das totale Desaster abzuwenden.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026:
2027:	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff S21 Maßnahmen streichen

Wir beantragen:

Die Streichung folgender Gelder, die in den Investive Ermächtigungsübertragungen des Jahresabschlusses 2024 (Anlage 4) (40719/2025 BV) stehen:

- Stadtquartier Rosenstein - Ersatzhabitat 787300 Sonstige Baumaßnahmen in Höhe von 366.204,58 EUR
- S21 Masse-Feder-System 781 Investitionszuweisungen und -zuschüsse 1.648.055,00 EUR
- S21 Äußere Erschl. A1 Anschl. Kopenhagen 7872 Tiefbaumaßnahmen 2.045.388,46 EUR

Begründung:

Stuttgart 21 ist ein Stadtzerstörungs- und Eisenbahninfrastrukturrückbauprojekt. Es ist schädlich für das Stadtklima, finanziell ein maximales Desaster und bietet für die Stadt keinen Mehrwert.

Alle Kosten hierfür können ohne negative Auswirkungen eingespart und an anderer Stelle wirksam eingesetzt werden.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026:	2026: -2,030 Mio. €
2027:	2027: -2,030 Mio. €
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

660 Tiefbauamt

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Einsparung: 45 Mio. Euro durch Verzicht auf Neubau Schleyerhalle einsparen

Wir beantragen:

- Die geplanten Investitionsmittel für das Abriss-Neubau-Projekt Schleyerhalle in Höhe von 45 Mio. Euro werden nicht in den Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung übernommen.

Begründung:

Überambitionierter Gigantismus passt nicht in die finanzpolitische Landschaft in Zeiten knapper werdender Kassen. Nach gerade einmal 43 Jahren soll die Schleyerhalle abgerissen werden, weil die großen Stars angeblich nicht mehr in die Schleyerhalle kommen. Aber dass sie – wie Ed Sheeran im Sommer – dann trotzdem nach Stuttgart kommen und dort sogar spontan vor der Oper ein Konzert geben, wird bei den Befürwortern des 400-Mio. Euro Projekts geflissentlich übersehen. Einmal mehr will Stuttgart mit einem überambitionierten Projekt ganz vorne mitspielen. Zentrale Aspekte wie die Klimabilanz werden nicht berücksichtigt.

Auch gab es keinen Grundsatzbeschluss im Gemeinderat, dass dieses Projekt realisiert werden soll – und jetzt soll das Projekt mit 45 Mio. Euro im Haushalt verankert werden. An anderen Stellen werden Projekte gestrichen, rasiert – aber für die Schleyerhalle findet man noch genug Geld, um es einem Investor in den Rachen zu werfen, der sich an dem Projekt dann versuchen soll. Die Rendite für den Investor bezahlen entweder die Zuschauer*innen, oder die Steuerzahlenden. Beide Varianten sind absurd und vollkommen inakzeptabel.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: -2,5 Mio. €	2026:
2027: -2,5 Mio. €	2027:
2028: -20 Mio. €	2028:
2029: -20 Mio. €	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt: 200 Stadtkämmerei

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag vom 27.10.2025	Nr.
---------------------------------------	------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Linke SÖS Plus
Betreff Anti-Stau-Programm: Straßenunterhaltung für zwei Jahre um die Hälfte reduzieren

Wir beantragen:

- Das jährliche Budget zur Straßenunterhaltung wird für die Dauer von zwei Jahren (2026 und 2027) um 10,5 Mio. Euro gekürzt. Die Kürzungen betreffen ausschließlich Straßen, Geh- und Radwege, Fußgängerzonen, Feldwege, Treppen, Staffeln und Plätze sind von den Kürzungen ausgenommen.
-

Begründung:

Am 23. September 2025 wurde im zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik

Das „Ergebnis der Straßenzustandserfassung 2024/25“ (0970/2025 MV) vorgestellt. Dabei wurde deutlich, dass die Stadt pro Jahr 21 Mio. Euro für die Unterhaltung von Straßen ausgegeben hat.

Wir schlagen vor, die Summe für den Zeitraum des Doppelhaushalts (2026-2027) um die Hälfte zu reduzieren – damit gäbe es deutlich weniger Baustellen und damit auch weniger Stau. Geh- und Radwege, Fußgängerzonen, Feldwege, Treppen, Staffeln und Plätze sollen von den Kürzungen ausgenommen werden.

Kosten:

ErgebnisHH	FinanzHH
2026: -10,5 Mio. €	2026:
2027: -10,5 Mio. €	2027:
2028:	2028:
2029:	2029:
2030:	2030:

Teilhaushalt:

660 Tiefbauamt

Gez.

Hannes Rockenbach
(Fraktionsvorsitzender)

Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Eine Verpackungssteuer für Stuttgart. Weniger Müll, mehr Nachhaltigkeit, bessere Aufenthaltsqualität

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung legt den im Januar und Februar 2025 beantragten Entwurf einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer (Verpackungssteuersatzung) dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vor.
2. Die zu erwartenden Erträge der Verpackungssteuer werden von der Verwaltungsspitze dargelegt und in den Haushalt übernommen.
3. Die dafür notwendigen Stellen von 6 bis 7 im Mittleren Dienst und 1 Stelle im gehobenen Dienst werden in den Stellenplan übernommen.
4. Die Verwaltungsspitze legt dar, warum die Stadt Tübingen mit – gemessen an der Zahl der Einwohner*innen – mit deutlich weniger Personalaufwand eine Verpackungssteuer einführen und umsetzen kann.

Begründung:

Mit unserem Antrag vom 23. Januar 2025 (0082/2025 AN) haben wir bereits den Auftrag an die Fachverwaltung übermittelt, bis zu den Haushaltsberatungen einen Entwurf für eine Verpackungssteuersatzung vorzulegen. In der Folge beantragten die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (0149/2025 AN vom 3.2.2025) und die Gruppierung PULS (0148/2025 AN vom 3.2.2025) sowie die Fraktion SPD und VOLT (0210/2025 AN vom 18.2.2025) ebenfalls eine Verpackungssteuer – womit eine gemeinderätliche Mehrheit für das Vorhaben Verpackungssteuer vorliegt.

Die laufenden Kosten einer Verpackungssteuer liegen bei jährlich 800 000 Euro, die Kosten für die Einführung werden auf einmalig rund 150 000 Euro geschätzt.

Die Städte Tübingen und Konstanz haben eine solche Satzung bereits erlassen und berichten von positiven Erfahrungen. So wird von spürbar weniger Müll, mehr Mehrwegangebote und auch Einnahmen für die Stadtkasse berichtet. Der bürokratische Aufwand in Tübingen hält sich in engen Grenzen: eine halbe Stelle reicht für die 91 000 Einwohner*innen Stadt am Neckar aus, um die Einnahmen einzutreiben. Hochgerechnet auf Stuttgart müssten rund 3,5 Stellen ausreichen, um auch in der Landeshauptstadt eine Verpackungssteuer einzuführen.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: -1 Mio. €

2026:

2027: -5 Mio. €

2027:

2028: -5 Mio. €

2028:

2029: -5 Mio. €

2029:

2030: -5 Mio. €

2030:

Teilhaushalt:

200 Stadtkämmerei

Gez.

Hannes Rockenbauch

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzender)

(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Planungsstopp Villa Berg: Raumprogramm kürzen, Kosten deutlich senken, Sanierung beginnen

Wir beantragen:

- Die Planungen für das 170-Millionen-Projekt Villa Berg werden gestoppt. Die Verwaltungsspitze wird beauftragt, Einsparmaßnahmen zu erarbeiten und das Raumprogramm drastisch zu reduzieren.
- Die Tiefgarage wird ebenfalls gestrichen, die mit Anteilige Finanzierung aus der Davon-Position Parkierungsrücklage (Stuttgart 29 -TG Villa Berg) in Höhe von 6 Mio. € in 2026 und 3,45 Mio. € in 2027.

Begründung:

Das Projekt Villa Berg ist über die Jahre immer weiter gewachsen – die Kosten sind längst aus dem Ruder gelaufen. Aus den ursprünglich geplanten Sanierungskosten von 20 Mio. Euro sind jetzt mit Erweiterungen Gesamtkosten in Höhe von 170 Mio. Euro geworden. Zuletzt hat der Gemeinderat im Juli mit Beschlussvorlage - 0646/2025 BV eine ungebremsste Fortführung des Projekts beschlossen – angesichts zunehmend knapper werdender Finanzmittel passt dieses Projekt nicht mehr in die finanzpolitische Landschaft.

Wir fordern einen Planungsstopp in Verbindung mit einer Aufgabenkritik beim Projekt Villa Berg. Das Raumprogramm muss drastisch reduziert werden und damit werden auch die Gesamtkosten drastisch reduziert.

Gleichzeitig wollen wir, dass die dringend notwendige Sanierung der Villa (ohne Erweiterungen und ohne Tiefgarage) endlich begonnen wird.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: -8,5 Mio. €

2026:

2027: -6,55 Mio. €

2027: 2 Mio. €

2028: -2,644 Mio. €

2028: 9 Mio. €

2029:

2029: 6,694 Mio. €

2030:

2030:

Teilhaushalt:

THH 610, Amt für Stadtplanung und Wohnen

Gez.

Hannes Rockenbach	Johanna Tiarks
(Fraktionsvorsitzender)	(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf	Aynur Karlikli
-----------------	----------------

Guntrun Müller-Enßlin	Manja Reinholdt
-----------------------	-----------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Linke SÖS Plus

Betreff

Mit gutem Beispiel voran gehen: Zulage für die Bürgermeister*innen streichen

Wir beantragen:

- Die Dienstaufwandsentschädigung für die weiteren Beigeordneten wird gem. § 8 Abs. 2 LKomBesG zum 1. Januar 2026 ersatzlos gestrichen. Damit werden pro Kalenderjahr rund 64 000 Euro im THH 810 - Bürgermeisteramt, Kontengruppe 400 – Personalaufwendungen eingespart.

Begründung:

Wer im großen Stil sparen will, sollte mit gutem Beispiel voran gehen. Der städtische Haushalt steht vor großen Herausforderungen, es drohen schmerzhaft Kürzungen in vielen kommunalen Bereichen. Unter diesen Umständen ist es mehr als angemessen, dass Personen, die zu den einkommensreichsten Top-1-Prozent gehören, ihren Beitrag leisten und auf die Zulage von 7 Prozent ihres Gehalts verzichten. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hat folgendes errechnet: „Bei Berücksichtigung der steuerlichen Regeln des Jahres 2018 musste ein Alleinstehender auf ein Jahres-Brutto von rund 150.000 Euro kommen, um zu dem einkommensreichsten Top-1-Prozent der Gesellschaft zu zählen.“ Ein*e Bürgermeister*in in Stuttgart ist in der Besoldungsgruppe B8 angesiedelt. Das sind 11.764 Euro pro Monat. Hochgerechnet auf 13 Monatsgehälter sind das 152 933 Euro. Damit zählen die Bürgermeister*innen (Beigeordneten) zu den einkommensreichsten Top-1-Prozent.

Die Einsparungen mit jährlich 64 000 Euro sind gemessen am Gesamthaushalt gering. In Zeiten, in denen mit der Rasenmäher-Methode ganze Teilhaushalte rasiert werden und zahllose Projekte wegfallen, Menschen ihre berufliche Existenz verlieren oder zumindest akut darin gefährdet sind, ist es angemessen, dass die Top-Verdiener*innen auf ihre Zulagen verzichten.

Kosten:

ErgebnisHH

FinanzHH

2026: -64 000 €

2026:

2027: -64 000 €

2027:

2028: -64 000 €

2028:

2029: -64 000 €

2029:

2030: -64 000 €

2030:

Teilhaushalt:

810 Bürgermeisteramt

Gez.

Hannes Rockenbauch

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzender)

(Fraktionsvorsitzende)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt